

rhein-Westfalen hineinbringen! (Müller: „... die Koalition mit denjenigen fortzusetzen, die das Verhalten mißbilligt haben und mißbilligen werden!“) Also, meine Damen und Herren, jetzt haben wir: „... mit denjenigen, die ihre Koalitionstreue dadurch bewiesen haben, daß sie das Verhalten in Nordrhein-Westfalen mißbilligt [haben] und sich von ihm lossagen.“ (Müller: „... dadurch beweisen!“ – Kiesinger: Wenn wir es auf Nordrhein-Westfalen beschränken, wird der Eindruck erweckt, als ob wir nur wegen einer Landespolitik den Vorwurf machten!) Sie haben es nicht richtig gehört, Herr Kiesinger! Wir haben doch gesagt: „... die ihre Koalitionstreue beweisen und das mißbilligen.“ (Zurufe: Sehr richtig!) Sollen wir es so machen? (Zustimmung.) Ich brauche nicht abstimmen zu lassen? (Bach: Lassen Sie abstimmen!) Dann lasse ich abstimmen. Wer dem Beschluß, wie besprochen – vorbehaltlich einiger redaktioneller Änderungen –, zustimmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben! Wer ist dagegen? – Gegen eine Stimme (Dr. Gradl) angenommen.<sup>59</sup>

Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren, insbesondere unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen, und darf damit die Sitzung schließen.

## 13

Bonn, 10. März 1956

Anwesend: Adenauer, Altmeier, Bauknecht, Bitter, Dufhues, Eplée, Farny<sup>1</sup>, Fay, von Fisenne, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Johnen, Kaiser, Krone, Meyers, Noltenius, Riesebrodt<sup>2</sup>, Schneider, Schröder, Sieveking, Simpfendörfer, Strickrodt, Wackerzapp, Wuermeling, Zimmer.

Bericht über die Lage. Wahlrecht: Bundesliste und Listenverbindungen. Bundesparteitag in Stuttgart.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 16.20 Uhr

---

<sup>59</sup> Wortlaut des Beschlusses in UiD vom 1. März 1956.

1 Dr. h.c. Oskar Farny (1891–1963), 1919–1921 MdL Württemberg (Zentrum), 1930–1945 MdR (bis 1933 Zentrum), 1953 MdB (CDU), 1953–1960 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

2 Dr. Günter Riesebrodt (1911–1989), vor 1933 DDP, 1945 Mitgründer der LDPD, dann CDU Berlin, 1945–1947 Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg, 1954–1958 geschäftsführender Landesvorsitzender der CDU Berlin, 1958–1971 Mda.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie zu entschuldigen, weil ich Sie etwas habe warten lassen müssen. Ich hatte den Besuch des ägyptischen Wirtschaftsministers.<sup>3</sup> Das ist nach Nasser<sup>4</sup> der mächtigste Mann z.Z. in Ägypten. Ich konnte ihm nicht gut sagen, bitte gehen Sie weg.

Ich darf zunächst etwas zur technischen Seite sagen. Ich bin gefragt worden, wie wir es heute halten wollen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, daß wir um die Mittagszeit am Büfett etwas zu uns nehmen und dann weitertagen; wie lange, das hängt von uns allen ab. Ich würde sagen bis 3 oder 4 Uhr. Sollen wir es so halten, daß wir um 1 Uhr den Imbiß nehmen, wenn man allerdings darauf verzichtet, nach dem Essen gleich abzureisen? Sonst würde ich vorschlagen, daß wir den Imbiß später machen. (*Zustimmung.*) Also, sagen wir um 1 Uhr, und nachher kommen wir noch einmal zusammen.

Entschuldigt haben sich: Dr. Weber, Samsche, Wegmann, Cillien, Dr. Fricke. Hier auf der Liste steht: aus dienstlichen Gründen. Das ist ein sehr fadenscheiniger Grund. In Niedersachsen ist Parteitag.<sup>5</sup> Deswegen sind die Herren nicht hier. Ich bedaure es sehr, daß unsere Vorstandssitzung mit diesem Parteitag zusammenfällt. Wir wollen uns für die Zukunft merken, daß in diesen Zeiten eine Bundesparteivorstandssitzung wichtiger ist als ein Parteitag in einem Lande, den man doch eher verlegen kann. Es haben sich weiter entschuldigt: Herr Ministerpräsident Gebhard Müller, der in Säckingen zu tun hat, ich weiß nicht, was da los ist, (*Eplée: Sicher Trompete blasen! – Heiterkeit.*) Herr Lemmer, Herr Lensing, der, wie Sie wissen, in einem Sanatorium ist, dem es aber inzwischen bessergeht, Herr Pferdenges und Herr Bach. Herr Bach entschuldigt sich gewöhnlich von vornherein, weil er so viel am Hals hat und ein sehr temperamentvoller Mann ist.

## BERICHT ÜBER DIE LAGE

Ich darf Ihnen nun meinen Bericht über die Lage geben und anfangen mit einer kurzen Schilderung über die gestrige Sitzung der Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer.<sup>6</sup> Wir haben gestern nachmittag über vier Stunden zusammengesessen und sind auseinandergesessen mit einem Auftrag an Herrn Heck und die Landesgeschäftsführer, zwei Beschlüsse, die wir gefaßt hatten, in eine konkrete Form zu

---

3 Hassan Ibrahim, war am 18. April 1954 zunächst zum Staatsminister für die Präsidentschaft, dann zum Produktionsminister berufen worden; am 2. Juli 1956 verlor er dieses Amt (AdG 1954 S. 4481, 1956 S. 5855). Zum Besuch in der Bundesrepublik vgl. „Die Welt“ vom 10. März 1956.

4 Gamal Abd el-Nasir, genannt Nasser (1918–1970), ägyptischer Politiker; seit 1954 Ministerpräsident, 1956–1970 Staatspräsident.

5 Die bisherige Landesleitung (Adolf Cillien, Otto Fricke, August Wegmann und Karla Woldering) wurde bestätigt. Ausführlicher Bericht in UiD vom 17. März 1956.

6 Protokoll in ACDP VII-004-033/1.

bringen. Ich nehme an, daß Sie nachher, Herr Heck, darüber berichten werden. Es handelt sich um Beschlüsse von großer Bedeutung. Der erste Beschluß soll eine engere Verbindung zwischen der Organisation der Bundespartei und den Organisationen in den Landesparteien möglichst schnell herbeiführen, damit wir bei den Vorbereitungen zur Bundestagswahl 1957 schlagkräftig sind.

Der zweite Gegenstand betraf die Frage der Einwirkung der Bundespartei auf die Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag, eine Frage, die ebenfalls von besonderer Bedeutung ist. Die Sache ist deswegen sehr eilig, weil das Wahlgesetz für die Bundestagswahl 1957 in der nächsten Woche verabschiedet werden soll<sup>7</sup> und weil angestrebt wird, eine solche Einwirkungsmöglichkeit im Gesetz vorzusehen. Darüber mag Ihnen nachher Herr Krone berichten. Er ist bisher mit diesem Gedanken in der Bundestagsfraktion auf entschiedene Ablehnung gestoßen, und zwar aus menschlichen Gründen. Nach diesen einleitenden Worten darf ich übergehen zu meinem Bericht.

Ich möchte beginnen mit der Bundestagswahl 1957 und an die Spitze stellen, daß wir nach meiner Meinung noch nie einen so schweren Wahlkampf zu bestehen haben werden wie den Wahlkampf des Jahres 1957. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Bei der Wahl im Jahre 1953 haben uns vor allem zwei Themen geholfen: 1. der wirtschaftliche Aufstieg, den man damals noch mit Dank begrüßte, während man ihn heutzutage als etwas absolut Selbstverständliches betrachtet, so daß dieses Thema bei der Bundestagswahl voraussichtlich keine Rolle spielen wird; 2. der Europagedanke, der damals stark und kräftig war, der seinen stärksten Ausdruck damals in der EVG gefunden hat. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Französische Nationalversammlung die EVG getötet hat und daß seit dieser Zeit der Europagedanke, gelinde gesagt, eine starke Lähmung erhalten hat und seine Zugkraft in unserem Volke, insbesondere bei der jüngeren Generation, nicht mehr so stark ist wie im Jahre 1953.

Bei der Bundestagswahl 1949 hatte uns sehr geholfen einmal die geradezu unbeschreibliche Angriffstaktik der Sozialdemokratie, insbesondere des Herrn Dr. Schumacher. Ich erinnere mich einer Rede, die er in Köln gehalten hat auf einem öffentlichen Platz, die nach meiner damaligen Schätzung der CDU in Köln mindestens 20.000 Wähler zugeführt hat.<sup>8</sup> Die Sozialdemokraten haben nun gelernt, daß sie in der Agitation klüger vorgehen müssen. Ferner hat uns im Jahre 1949 die Reaktion gegenüber dem Nationalsozialismus geholfen, die doch weiteste Volkskreise beseelte; denn die Unterdrückung durch den Nationalsozialismus, namentlich auf dem geistigen und religiösen Gebiete, war damals noch lebendig.

Heute ist die Erinnerung an den Nationalsozialismus in weiten Kreisen nicht mehr stark und nicht mehr lebendig. Wir sind sogar so weit gekommen, daß man vielfach

---

7 Am 15. März. – BGBl I S. 383.

8 Schumacher hielt am 24. Juli 1949 vor dem Rathaus in Köln eine Wahlrede, in der er „die Kriecherei gegenüber den Alliierten“ geißelte, Adenauer als „Lügenauer“ und die CDU als die „heidnischste deutsche Partei“ bezeichnete („Kölnische Rundschau“ vom 26. Juli 1949). – Zur Kritik an Wahlreden Schumachers ALBRECHT S. 146f., 665–680; KLOTZBACH S. 175f.

in unseren eigenen Reihen nicht mehr das richtige Verständnis dafür hat, daß eine Partei, die auf dem Boden der Grundsätze des Christentums steht, notwendig ist. Das waren einige Bemerkungen, die ich vorausschicken wollte.

Ich darf nun übergehen zu einer kurzen Schilderung der innenpolitischen Lage und der Ereignisse der letzten Zeit. Die wesentlichen Tatsachen sind 1. die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen, 2. die im Anschluß daran vollzogene Spaltung der Bundestagsfraktion der FDP und 3. die letzten Landtagswahlen in Baden-Württemberg<sup>9</sup>. Wir wollen die ganzen Vorgänge in Nordrhein-Westfalen nicht mehr erörtern; denn wir haben dazu Stellung genommen.<sup>10</sup> Ehe ich Ihnen etwas sage, warum ich die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen für so außerordentlich gefährlich halte, möchte ich einige Ausführungen über die Spaltung innerhalb der FDP machen. Innerhalb der Bundestagsfraktion der FDP hatte sich schon seit geraumer Zeit insofern eine Spaltung abgezeichnet, als ein erheblicher Prozentsatz der Mitglieder dieser Bundestagsfraktion nicht mehr mit der Leitung einverstanden war. Ein überzeugender Beweis dafür ist, daß die vier FDP-Bundesminister seit längerer Zeit die Fraktionssitzungen ihrer eigenen Partei kaum noch besucht haben. Das gleiche gilt von anderen prominenten Mitgliedern der Bundestagsfraktion der FDP.

Ich möchte hier namentlich darauf hinweisen, daß Herr Wellhausen vor mehr als Jahresfrist aus dem Vorstand der Bundestagsfraktion und auch der Bundespartei der FDP unter entschiedenem Protest gegen die Politik der FDP ausgetreten ist.<sup>11</sup> Diese Gegensätze, die geschürt wurden durch Herrn Dehler und Herrn Reinhold Maier – Reinhold Maier ist der „beste Freund“, den die CDU in Deutschland aufzuweisen hat –, zeigten sich immer mehr; auf der anderen Seite zogen sich die Herren, die jetzt ihren Austritt vollzogen haben, immer mehr zurück, so daß die Schreier – ich will damit niemandem zu nahe treten – oder die Leute, die am lautesten trompetet haben, wie das häufig in der Politik ist, den Ton angaben.

Dann brachte aber der Vorgang in Nordrhein-Westfalen den Entschluß der 16 hervor, aus der Fraktion der FDP auszutreten, weil sie diesen Vorgang in Nordrhein-Westfalen für unvereinbar hielten mit den ganzen Prinzipien der FDP und auch mit den Koalitionsbesprechungen, die mit uns im Jahre 1953 abgeschlossen worden waren. Die Vorgänge in Nordrhein-Westfalen haben die offene oder versteckte Unterstützung der Leitung der Bundestagsfraktion der FDP gefunden, die identisch ist mit der Leitung der gesamten Partei der FDP. Das verderblichste und bedauerlichste dabei ist, daß in Nordrhein-Westfalen – Nordrhein-Westfalen ist die stärkste und einflußreichste Landesgruppe der FDP – die ganze FDP systematisch unterlaufen und

---

9 Ergebnis der Wahlen vom 4. März 1956: CDU 42,6 % (56 Mandate), SPD 28,9 % (36), FDP 16,6 % (21), GB/BHE 6,3 % (7).

10 Vgl. Nr. 12 Anm. 59.

11 Von einer Aufgabe seines Beisitzerpostens im FDP-Fraktionsvorstand ist nichts bekannt. Am 10. Januar 1956 war er Gegenkandidat zu Dehler bei der Wahl zum Fraktionsvorsitz; aus der Fraktion schied er erst am 23. Februar 1956 aus. Der Rücktritt aus dem FDP-Bundesvorstand erfolgte am 9. September 1955.

durchsetzt worden ist von nationalistischen Elementen. Ich gebrauche den Ausdruck „nationalistisch“ sehr überlegt. Es sind nationalsozialistische Tendenzen; es sind, so kann man fast sagen, nationalbolschewistische Tendenzen, und es sind nationalistische Tendenzen schlechthin.

Wir haben schon seit Jahren mit großer Sorge beobachtet, daß sich gerade in Nordrhein-Westfalen und speziell in Düsseldorf führende Mitglieder der damaligen NSDAP zusammenfanden. Ich darf Sie erinnern an den Fall Naumann. Die Engländer waren damals sehr besorgt darüber. Es ist natürlich sehr schwer, gegen diese nationalistischen Umtriebe im Wege eines Strafverfahrens vorzugehen, weil wir ja in einem Rechtsstaat leben und eine Straftat nachgewiesen werden muß. Und die Leute, die diese nationalistischen Ideen verbreiteten, haben sich sehr sorgsam davor gehütet, Anlaß zu einem strafrechtlichen Eingreifen zu geben. Wir haben manchmal daran gezweifelt, ob die Engländer recht gehabt haben, als sie die Sache Naumann damals so gefährlich hinstellten. Ich glaube nachträglich, man muß ihnen recht geben.

Ich möchte Ihnen einige Namen nennen: Achenbach, Best – mit seinem schönen Beinamen –, der bei Achenbach ein Jahr lang in Stellung war und jetzt in Stellung bei Hugo Stinnes<sup>12</sup> ist. Ich nenne Ihnen die Namen Rahn und Steuer. Steuer war einer der Reichstagsabgeordneten, die für die Rassengesetze gestimmt haben. Er spielt aber innerhalb der FDP eine große Rolle, derselben FDP, die gegen den Herrn Globke, der den bekannten Kommentar zu den Rassengesetzen<sup>13</sup> geschrieben hat, so zu Felde zieht, so daß ich einigen Leuten von der FDP gesagt habe, sie sollten sich doch einmal bei ihrem Freund Steuer darüber erkundigen, ob der Kommentar gut wäre oder nicht; denn der Herr Steuer ist einer der Väter dieser Rassengesetzgebung.

Diese Leute, die sich dort zusammengefunden haben, haben sehr planmäßig und sehr konsequent ihre Politik verfolgt. Sie haben bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1954 dafür gesorgt, daß unter den 26 Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen 16 ganz neue Leute sind; die anderen haben sie alle abgehängt. Sie haben namentlich dafür gesorgt, daß in der ganzen Organisation, bei den Geschäftsführern, in den Büros usw. Leute ihres Sinnes sind. Die Gesamtleitung der Partei ist im gleichen Sinne tätig gewesen, so daß wir jetzt das verblüffende Ergebnis haben, daß selbst in Hessen, von wo die meisten Bundestagsabgeordneten der FDP kamen, die ganze Organisation unterlaufen war von nationalistischen Kräften, die dann, als der Krach eintrat, auf die Seite der Nationalisten gingen. Man kann aber noch nicht sagen, daß die Entwicklung in der Partei der FDP mit dieser Spaltung der Bundestagsfraktion zu einem Stillstand gekommen sei. Erfahrungsgemäß dauert es immer einige Monate, bis

---

12 Hugo Stinnes jr. (1897–1982), Kaufmann (Firmen u.a. Hugo Stinnes Industrie und Handel GmbH).

13 Stuckart-Globke: Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung. München, Berlin 1936. – Dazu Ulrich von HEHL: Der Beamte im Reichsinnenministerium: Die Beurteilung Globkes in der Diskussion der Nachkriegszeit. In: Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes. Hrsg. von Klaus Gotto. Stuttgart 1980 S. 230–282.

politische Vorgänge in ihrer Bedeutung bei den weiten Kreisen der Parteiangehörigen erkannt werden. So wird höchstwahrscheinlich die Entscheidung darüber, was mit der FDP wird, erst auf dem Würzburger Parteitag der FDP im April dieses Jahres<sup>14</sup> fallen.

Man muß diese nationalistische Entwicklung im Zusammenhang sehen. Ich lege deswegen diesen Vorgängen in der FDP eine viel größere Bedeutung bei, als wenn es sich nur um einen Hausstreit innerhalb der FDP handelte. Es handelt sich jetzt dort um etwas viel Wichtigeres, es handelt sich darum, ob diese nationalistische Strömung, der zum Leben wiedererwachte Nationalismus, sich einer Partei bemächtigt und – auf deren Boden stehend – dann nationalistische Politik in Deutschland treibt.

In diesem Zusammenhang muß ich hinweisen auf die Vorgänge an der Saar. Sie wissen, daß Herr Dr. Schneider, der Leiter der dortigen Demokraten, eine nationalistische Politik in stärkstem Maße geradezu angewendet hat, als es sich um die Abstimmung über das Saarstatut handelte. Sie wissen, daß leider Gottes der Vorsitzende der CDU an der Saar, der Herr Dr. Ney, mitgelaufen ist mit dem Herrn Schneider in der naiven Hoffnung, er werde der erste sein. Das war ein „großer Erfolg“, den der Nationalismus – ich möchte das sehr nachdrücklich betonen – an der Saar errungen hat, der uns noch sehr zu schaffen machen wird; er hat auch frühere Nationalisten außerhalb des Saargebietes wieder zu neuen Nationalisten werden lassen.

Sie wissen auch, daß in Kreisen der FDP sehr offen darüber gesprochen wird, daß der Herr Dehler im richtigen Augenblick ersetzt werden soll durch den Herrn Dr. Schneider. Ein Wort genügt hier, um den Dr. Schneider zu kennzeichnen. Er hat während des Wahlkampfes in seiner Zeitung eine Fotografie von dieser Größe erscheinen lassen; er selbst in SA-Uniform, mit dem Herrn von Papen. Wenn jemand in den Jahren 1945 bis 1947 gesagt hätte, wir erlebten im Jahre 1955, daß der Führer einer sich bürgerlich nennenden Partei sich selbst in seiner Zeitung bei einem Wahlkampf in SA-Uniform abbilden ließe, so hätte das keiner geglaubt.<sup>15</sup> Ich weile absichtlich etwas ausführlich bei diesen Dingen, nicht etwa, um irgendeinem von uns einen Vorwurf zu machen, daß die Verhältnisse an der Saar nicht rechtzeitig erkannt worden sind, sondern ich tue es nur deswegen, damit die Vertrauensseligkeit bei uns aufhört.

Ich habe keinen Augenblick gezweifelt, und deswegen habe ich für das Saarstatut so gekämpft, auch in der Sitzung des Parteiausschusses im Januar, weil ich diese Entwicklung schon damals zu sehen glaubte und weil ich den Herrn Ney, der jetzt hier und da als Gentleman auftritt, richtig erkannt habe, daß er nämlich gar nicht in der Lage war, neben einem Manne wie dem Dr. Schneider zu bestehen. Wie Herr Dr. Ney sich bewährt hat, das mögen Sie aus folgendem ersehen: Die CVP hatte damals der CDU an der Saar eine Verschmelzung unter der Bedingung angeboten,

---

14 Vom 20. bis 22. April 1956. – Dehler wurde wieder zum Vorsitzenden gewählt (AdG 1956 S. 5737f.).

15 Vgl. dazu SCHNEIDER S. 434, der ausführt, nie in der SA oder der SS gewesen zu sein. Vgl. Nr. 11 Anm. 21.

daß fünf CVP-Leute<sup>16</sup> gemeinsam mit der CDU als Kandidaten aufgestellt würden, wobei der Herr Ney das Recht haben sollte, diese Leute selbst auszuwählen. Und dieses Anerbieten hat der Herr Dr. Ney einfach kalt abgelehnt, weil er gesagt hat, die CVP wird wie der Schnee vor der Sonne dahinschmelzen. Aber dieser Schnee hat sich gehalten; denn die CVP ist ungefähr so stark wie die CDU. Und was ist das Ergebnis? Heute bemühen wir uns sehr – bisher noch nicht mit Erfolg – diese beiden christlichen Parteien zusammenzubringen, um wenigstens auf diesem Wege den Nationalismus an der Saar, der von Herrn Schneider geführt wird, zur Ruhe zu bringen.<sup>17</sup>

Ich betone nochmals, ich war an sich sehr betrübt darüber, daß in unseren Reihen die Dinge an der Saar damals nicht richtig beurteilt wurden, aber ich bin nicht der Mann, der Karten nachhält. Das Spiel ist aus; also soll man darunter einen Strich machen. Aber man soll für die Zukunft lernen und soll sehr sorgsam verfolgen die Spuren des nationalistischen Geistes. Als damals der General Remer plötzlich ein berühmter Mann wurde dank der „Welt“, die den ersten großen Artikel über ihn brachte, und als der Herr von Thadden<sup>18</sup> als Bundestagsabgeordneter ausgelacht wurde, da haben wir uns aufgeregt über den Nationalismus, obgleich wir keine Veranlassung dazu hatten; denn das waren Figuren, denen niemals ein Erfolg beschieden sein konnte. Aber was jetzt da ist, das sind konsequente Leute, die durch die nationalsozialistische Schule gegangen sind, alle Propagandamethoden durch und durch kennen und die keine Rücksicht nehmen.

Das Tragische dabei ist, daß sich in Nordrhein-Westfalen ausgerechnet die Sozialdemokratie mit Billigung ihres Parteivorstandes mit einer solchen Partei, die so nationalistisch durchsetzt ist, verbündet. Das macht die ganze Situation so besonders gefährlich für uns und auch für Deutschland; denn Sie können sich nicht gut vorstellen, wie damals die Methoden an der Saar und jetzt diese Vorgänge in Düsseldorf uns im Ausland geschadet haben und wie groß die Einbuße an Vertrauen ist, die die deutsche Sache dadurch erlitten hat – und das alles in einer Periode, in der die ganze Welt geradezu in Flammen steht.

Das alles haben diese Herrschaften entweder nicht berücksichtigt oder nicht berücksichtigen wollen. Ich habe den Eindruck, als ob sehr viele von diesen Leuten, die für die ganze Entwicklung verantwortlich sind – das gilt für die Mitglieder der FDP wie für die Mitglieder der SPD – schon eine stramme Haltung nach dem Osten hin einnehmen und daß sie annehmen, der Westen würde sich gegenüber dem Osten doch als der Schwächere erweisen. Sonst ist die ganze Politik überhaupt nicht zu verstehen;

---

16 Vgl. Hinweise bei SCHMIDT 3 S. 444.

17 Zu den nun folgenden Einigungsbemühungen von CDU und CVP vgl. SCHMIDT 3 S. 442–476.

18 Adolf von Thadden (geb. 1921), 1948–1960 Stadtrat in Göttingen (DRP), 1949–1953 MdB (1951 fraktionslos), 1955–1959 und 1967–1970 MdL Niedersachsen (ab 1964 NPD), 1961–1964 Vorsitzender der DRP und 1967–1971 der NPD.

denn kein Politiker, gleichgültig welcher Partei er angehört, kann, wenn er einmal den ganzen heutigen Zustand der Welt an seinem geistigen Auge vorübergehen läßt, auch nur daran denken, daß diese Bundesrepublik mit ihren 50 Millionen Menschen und ein paar tausend Soldaten ohne moderne Waffen ein beachtenswerter Faktor zwischen diesen beiden großen Blöcken sein soll, geschweige denn, daß diese Bundesrepublik bei einem heißen Krieg verschont bliebe.

Die Wahlen in Baden-Württemberg! Ich will über diese Wahl, mit der Herr Ministerpräsident Gebhard Müller – wie er mir geschrieben hat – sehr zufrieden ist, nicht mehr viel bei meiner jetzigen Übersicht sagen, möchte aber ein Moment sehr stark hervorheben, das auch für das Jahr 1957 eine große Bedeutung hat. Bei dieser Wahl in Baden-Württemberg ist der Konfessionalismus in seiner schlimmsten und übelsten Art wieder hervorgetreten. Sie wissen, daß 104 evangelische Pfarrer einen Offenen Brief an eine Reihe von Bundestagsabgeordneten gerichtet haben. Ich habe gestern in diesem Raume gesagt: Wenn ich mir vorstelle, daß 104 katholische Pfarrer etwas Ähnliches täten, dann ging ein Schrei der Empörung über den halben Erdball wegen der Herrschsucht der katholischen Kirche. Aber 104 evangelische Pfarrer haben gewagt, das zu tun, und die deutsche Presse registriert das, wie sie irgendwelche andere Dinge registriert. Und es fällt keinem einzigen ein, den 104 Pfarrern zu sagen: Tut eure Pflicht in euren Gemeinden, und mischt euch in diese Dinge nicht hinein!

Dieser Konfessionalismus wird besonders geschürt durch den Herrn Dehler. (*Unruhe und Bewegung.*) Was ist los, Herr Gradl? (*Gradl:* Ich wurde gefragt, ob ich den Aufruf der 104 Pfarrer hätte.) Er ist überall abgedruckt worden. (*Gradl:* Er ist im „Neuen Deutschland“ im vollen Wortlaut mit den Namen der 104 Pfarrer abgedruckt.) Den Abgeordneten ist er zugeschickt worden. (*Zurufe:* Nicht allen!) Dann wird Herr Heck es Ihnen schicken. Der Herr Bundestagspräsident hat ihn nicht bekommen!<sup>19</sup> (*Wuermeling:* Ich habe ihn bekommen!)

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der Wahl in Baden-Württemberg hinzufügen. Der Herr Heinemann<sup>20</sup> hat in Freudenstadt-Calw 17 % der Stimmen bekommen, ein Zeichen dafür, daß wir für die Zukunft hierauf achten müssen. Wir müssen auch rechtzeitig das Unserige tun, um dagegenzuwirken, was Herr Dehler sich in Hamburg geleistet hat. Ich habe heute früh eine Bandaufnahme seiner Rede gehabt. Das war noch viel schlimmer als das, was in den Zeitungen darüber gestanden hat. Seine Beschimpfungen über das Konkordat, über die katholische Kirche, über die CDU und ihre Machtansprüche – selbstverständlich über mich – überschreiten jedes Maß und sind in der politischen Polemik nach meinem Urteil wohl das Schlimmste, was seit 1945 bei uns passiert ist.<sup>21</sup> Ich sehe von den Kommunisten jetzt ab; die haben

---

19 Vgl. UiD vom 10. März 1956 („Wissen sie, was sie tun?“).

20 Gemeint ist die GVP, die insgesamt nur 1,5 % der Stimmen erreichte.

21 Rede am 4. März 1956 auf dem Landesparteitag der FDP in Hamburg. Neben scharfen Angriffen auf Adenauer äußerte sich Dehler auch zum Reichskonkordat, das er als „verbrecherisch“ bezeichnete („Die Welt“ vom 5. März 1956, UiD vom 14. März 1956).



natürlich noch schlimmere Dinge behauptet. Aber es handelt sich schließlich um einen Mann, der vier Jahre lang Bundesminister war und der Vorsitzender der zweitgrößten Parteifraktion der früheren Koalition gewesen ist.

Es ist geradezu ungeheuerlich, was sich der Mann da geleistet hat, und, soviel mir bekannt ist, dazu noch unter dem frenetischen Beifall der Anwesenden. Das ist das Bedauerliche an der ganzen Sache. (*Sieveking*: Herr Bundeskanzler! Ich gebe Ihnen einen genauen Bericht!) Das ist eine Bandaufnahme, die gemacht worden ist, Herr Sieveking! Ich wiederhole, ich habe eben einen flüchtigen Blick darauf geworfen: „Die Wahl vom September 1953 war ein einziges Unglück für unser Volk. Daß das Ergebnis ungerecht war, darüber brauche ich kein Wort zu verlieren.“ Warum das ungerecht war, weiß ich nicht! „... sie wurde bewußt von dem großen Taktiker Dr. Adenauer herbeigeführt. Man war sehr selbstbewußt, man war auf die anderen Parteien nicht angewiesen. Die Entscheidungen fielen meist in einem kleinen Arbeitskreis der CDU. Musterbeispiel: Das Kindergeldgesetz<sup>22</sup>, eronnen von einigen katholischen Arbeitersekretären ...“

Tatsache ist, daß die CDU-Fraktion ein einziges Mal von ihrem Mehrheitsrecht Gebrauch gemacht hat, und zwar bei diesem Gesetz, und dabei waren wir selbst der Auffassung, daß wir eine große Dummheit machten. (*Unruhe und Bewegung.*) Ja, meine Herren, Ihnen war auch nicht wohl dabei.

Lassen Sie mich ein Wort sagen zu den Machtansprüchen der CDU: Wir haben die Mehrheit im Bundestag, aber wir haben bei zehn Rundfunkgesellschaften nur in einer einzigen etwas zu sagen, alle anderen stehen unter sozialistischer Führung. Diese Rundfunkgesellschaften – ich muß das hier sagen – sind ja Sache der Länder gewesen und nicht Sache des Bundes. Und nun: Föderalismus in allen Ehren, aber er muß gekonnt sein, sonst hat er wirklich keinen Zweck. Gerade die Tatsache, daß neun von diesen zehn Rundfunkgesellschaften unter sozialistischer Führung stehen – dabei wird der Rundfunk bei der nächsten Wahl eine noch viel größere Rolle spielen als bei der Wahl im Jahre 1953 –, ist für den Föderalismus wirklich kein Ruhmesblatt! Für unsere Partei kann sich eine solche Sache verheerend auswirken. So haben wir unsere „Macht“ gebraucht!

Ich führe einen anderen Beweis dafür an, wie wir unsere Macht gebraucht haben. Wir haben keine einzige große Zeitung, die unsere Politik vertritt. Die Liberalen haben eine ganze Anzahl von großen Zeitungen, die ihre Politik vertreten, von der „Welt“ angefangen bis zur – wo soll ich aufhören? Ich kann auch nicht behaupten, und hier muß ich mich an unsere Freunde in Nordrhein-Westfalen richten, daß die „Kölnische Rundschau“ ein repräsentatives Blatt für die CDU ist. Ich kann das auch nicht behaupten von der „Rheinischen Post“, obgleich die „Rheinische Post“ eine Auflage von 239.000 Exemplaren und den größten Anzeigenteil aller deutschen

---

<sup>22</sup> Vom 13. November 1954 (BGBl I S. 333) sowie Kindergeldergänzungsgesetz vom 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 841).

Zeitungen hat. Ich habe eben eine Statistik bekommen und darf Ihnen einige Ziffern bekanntgeben:

Bild-Zeitung	1.937.000	Exempl.
Hamburger Abendblatt	333.000	„
Welt	200.000	„
Frankfurter Allgemeine Zeitung	142.000	„
Frankfurter Rundschau	119.000	„
Frankfurter Abendpost	170.000	„

Ich will Ihnen das Verzeichnis schicken lassen, damit Sie einen Überblick darüber bekommen, was wir bei der nächsten Wahl an Presse und Rundfunk gegen uns haben, und damit Sie auch daraus die Kraft schöpfen, sofort anzufangen mit der Arbeit für diese Wahl; denn sonst werden wir gegenüber diesem machtvollen Faktor der öffentlichen Meinung nicht mehr durchkommen.

Es beschäftigen uns z.Z. sehr die wirtschaftlichen Fragen. Sie kennen die Redereien vom Juliusturm. Sie kennen die Forderungen der Wirtschaft auf eine Senkung der Steuern, Sie kennen die Angriffe gegen den Bundesfinanzminister Schäffer. Darüber möchte ich doch ein Wort hier sagen. Sie können davon ruhig Gebrauch machen. Was Pulverturm genannt wird, ist hier die Bank Deutscher Länder und sind die Gelder, die der Bundesfinanzminister dort stehen hat. Es handelt sich im wesentlichen um zwei große Beträge, einmal um den Betrag, den die Alliierten als Stationierungskosten im Mai abrufen, und um einen Betrag für die Wiederaufrüstung, der nun wirklich nicht auf einen Schlag ausgegeben werden kann. Nun hat man in der Wirtschaft behauptet, und auch mir gegenüber hat man das vertreten, man verstehe zwar, daß diese Beträge vorhanden sein müßten und nicht für andere Zwecke ausgegeben werden dürften, aber dadurch, daß Herr Schäffer diese hohen Beträge bei der Bank Deutscher Länder als tägliches Geld angelegt und sie dadurch dem Kreislauf der Wirtschaft entzogen habe, sei ein ungeheurer wirtschaftlicher Schaden entstanden.

Ich stelle hier fest, daß Herr Schäffer schon seit geraumer Zeit der Bank Deutscher Länder angeboten hat, diese Beträge oder einen sehr großen Teil dieser Beträge nicht als tägliche Gelder, sondern als Termingelder zu nehmen, so daß sie zu gegebener Zeit abrufbar seien, aber die Bank Deutscher Länder hat das bisher dem Herrn Schäffer abgelehnt; ein völlig unverständliches Verhalten. Wir werden uns in der nächsten Kabinettsitzung mit den Herren von der Bank Deutscher Länder darüber unterhalten müssen. Man hat dadurch, daß man diese ungeheure Summe seitens der Bank Deutscher Länder nicht in den wirtschaftlichen Kreislauf gelangen ließ, der Wirtschaft sehr geschadet. Man hat weiter dadurch die Begehrlichkeit aller anderen Stände und auch der anderen Parteien erregt, sich auf diese ungeheure Summe zu stürzen und zu sagen: Warum liegt das Geld da, das können wir doch für andere Zwecke gebrauchen!

Herrn Schäffer trifft in der Sache keine Schuld, und die Angriffe gegen ihn – auch von Freunden von uns – sind nicht begründet. Wie wir aus dieser ganzen Geschichte

herauskommen, das sollen uns jetzt mal die Bankleute klarmachen; denn daß das Geld da nicht liegenbleiben darf, bis es im Laufe dieses oder vielleicht eventuell des kommenden Jahres ausgegeben werden kann, das versteht sich von selbst. Wir werden darüber auch mit den Freunden unserer Fraktion und der Partei zu sprechen haben.

Ich möchte jetzt noch die großen sozialen Aufgaben erwähnen, die vor uns stehen. Die Sozialreform erstreckt sich nicht nur auf die Frage der Rentenversicherung, sei es Alters-, sei es Invaliditätsrente. Es ist das ganze große Gebiet, das mit der Krankenkasse, mit der Volksgesundheit und allen diesen Gesetzen, die neu geformt werden müssen, zusammenhängt. Diese Gesetze sollen nicht etwa nur geändert, sondern sie müssen neu geformt werden, wie überhaupt die ganze Struktur der sozialen Fürsorge den heutigen Verhältnissen angepaßt werden muß. Wenn wir auch annehmen dürfen, daß die wichtigsten Gesetze noch im Laufe dieses Jahres vom Bundestag verabschiedet werden, so wird sich doch das ganze Gesetzgebungswerk über mehrere Jahre erstrecken.

Wir sind verpflichtet, insbesondere für die Rentner und Kriegsbeschädigten zu sorgen, denn wir haben hier – ich spreche jetzt losgelöst von parteipolitischen Gesichtspunkten – eine moralische Pflicht, für die zu sorgen, die es notwendig haben, nachdem der Wohlstand in weiten Kreisen unserer Bevölkerung allmählich ein Ausmaß angenommen hat, daß man Angst und Sorge kriegt. Die Leute werden dadurch verdorben.

Ich möchte hier ein Wort für die Beamten einlegen. Die Führung der Beamten stellt vernünftigerweise keinen Anspruch, entsprechend dem Steigen der Arbeitslöhne und der Unternehmergewinne besoldet zu werden, aber die Beamten erheben den berechtigten Anspruch, daß ihre Gehälter [bei] der Teuerung oder dem Sinken des Geldwertes einigermaßen gehalten werden. Damit komme ich zu der Frage des Mittelstandes überhaupt, zu dem auch die Beamten gehören. Wir müssen uns dem Mittelstand in besonderer Weise widmen, weil er für das Staatsganze eine absolut notwendige Basis ist. Es darf nicht so kommen, daß wir auseinanderfallen in Arbeitnehmer und Manager, sondern der gesunde Mittelstand muß gehalten werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß er existenzfähig bleibt. Dazu gehört auch der intellektuelle Mittelstand, dazu gehören auch die Handwerker und die Bauern. Bitte betrachten Sie den Grünen Bericht auch einmal unter diesem staatspolitischen Gesichtspunkt, daß es notwendig ist, die Landwirtschaft am Leben zu erhalten.

Denken Sie bitte daran, wenn Sie diese großen Summen hören, die in diesem Jahre und in den kommenden Jahren bereitgestellt werden müssen, daß sich die Landwirtschaft in einer tiefgehenden Strukturveränderung befindet. Sie kann diese Gefahren, die damit verbunden sind, aus eigener Kraft einfach nicht überwinden. Denken Sie bitte an die Landflucht. Halten Sie sich vor Augen, daß Bauernhöfe – ich denke jetzt an ganz bestimmte Höfe –, die früher 25 bis 35 Arbeiter hatten, jetzt höchstens noch 5 bis 6 Leute beschäftigen. Dort müßten jetzt Maschinen im größten Umfange eingesetzt werden, aber das ist bei der Zersplitterung des Bodens und bei der heutigen Beschaffenheit der Feldwege nicht möglich. Es ist dringend notwendig,

um nur die hauptsächlichsten Punkte herauszustellen, eine Zusammenlegung und eine Verfestigung der Feldwege, damit der Bauer überhaupt erst mit seiner Maschine bei schlechtem Wetter auf das Feld gelangen kann.

Ich möchte dem Herrn Präsidenten Bauknecht, der anwesend ist, dafür danken, daß er das anerkannt hat, was die Bundesregierung und der Bundestag und der Landwirtschaftsminister Lübke für die Landwirtschaft tun. Der Herr Rehwinkel fängt leider wieder an, in der tollsten Weise zu stänkern. Er sagt, das sei viel zu wenig und nur ein Anfang. Ich habe Herrn Rehwinkel deswegen in diesen Tagen geschrieben, Herr Bauknecht, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie in Ihrem Kreise auch einmal darauf hinweisen wollten, daß schließlich viele etwas haben müssen, nicht nur der Bauer, sondern daß es auch sonst noch Notstände im Lande gibt. Ich habe schon die großen Kategorien der Rentner und Kriegsbeschädigten erwähnt.

Zur außenpolitischen Lage! Ich will Ihnen stichwortartig eine Glosse aus der heutigen Ausgabe der „Welt“ vorlesen<sup>23</sup>; die „Welt“ hat sich übrigens in der ganzen Sache der FDP in einer schamlosen Weise gegen uns gewandt.

Es heißt da: „Die Mächte des alten Europas machen bange Stunden durch. Schlag auf Schlag prasselt es auf sie herab – in Jordanien, in Algerien, in Marokko, auf Zypern.

Dies ist die Bilanz nur einer Woche:

Am Sonntag beriet in Madrid das spanische Kabinett, wie Marokko zu halten sei, während die Marokkaner in Tetuan, der Hauptstadt Spanisch-Marokkos, für die Unabhängigkeit und Einheit ihres Landes gegen die spanische Polizei marschierten.

Am Mittwoch debattierte in London das britische Unterhaus über die Entlassung General Glubbs<sup>24</sup> durch Jordanien, während sich in Kairo die Staatschefs Ägyptens, Saudiarabiens und Syriens zur Vorbereitung des nächsten Streiches gegen England trafen.

Am Donnerstag begann in Paris die große Algeriendebatte der Nationalversammlung, während in Nordafrika muselmanische Truppen meuterten und französische Familien von den Aufständischen ermordet wurden.

Am Freitag wurde in Nicosia Erzbischof Makarios<sup>25</sup>, der Führer der Bewegung für den Anschluß der Insel Zypern an Griechenland, von den Engländern verhaftet. Wenn nicht alles täuscht, wird dies das Signal zu neuen schweren Unruhen sein.“

Ich könnte Ihnen noch eine Reihe neuer Meldungen vorlesen, die in dem Nachrichtenpiegel von heute morgen stehen. Aber das genügt wohl, um Ihnen zu zeigen, daß tatsächlich die Welt in Flammen steht. Der einzige Lichtblick der letzten Zeit ist

---

23 Unter dem Titel „Sieben Tage“.

24 John Bagot Glubb (geb. 1897), britischer Offizier (zuletzt Generalleutnant); 1938–1956 Chef der Arabischen Legion in Jordanien.

25 Makarios III., Michael Muskos (1913–1977), orthodoxer Theologe und Politiker; 1950 Erzbischof der autokephalen Kirche von Zypern (religiöser und politischer Führer), 1956–1957 Verbannung, ab 1959 Staatspräsident von Zypern.

die Wiederherstellung der Gesundheit des Präsidenten Eisenhower und sein Entschluß, wieder zu kandidieren<sup>26</sup>, weil dadurch die Vereinigten Staaten nicht ein ganzes Jahr lang durch einen wütenden Wahlkampf von der Außenpolitik ferngehalten werden.

Ein weiterer Lichtblick, den ich erwähnen muß, ist die Beschlußfassung des Bundestages in dieser Woche über die Aufstellung der Wehrmacht. Wenn wir im Laufe dieses Jahres die Soldaten auf die Beine gestellt haben werden, so ist damit ein Moment der Stabilisierung in Europa und eine Stütze des Friedens errichtet worden. Z.Z. spielt die Bundesrepublik trotz ihrer Souveränität in allen diesen Dingen eine sehr bescheidene Rolle. Man hat hier und da etwas persönlichen Einfluß, aber ein Land, das in einer solchen Welt überhaupt keine Möglichkeit hat, sich gegenüber Angriffen zur Wehr zu setzen, spielt in der Außenpolitik nur eine klägliche Rolle, und es wird nur so nebenbei unterrichtet. Wenn ich mich in der letzten Zeit so stark dafür eingesetzt habe, die Beschlüsse noch vor dem 31. März zu fassen, so geschah das nicht etwa, weil ich glaubte, damit einen heißen Krieg abwenden zu können – das werden wir damit nicht können –, aber es geschah im Blick darauf, daß die Abnahme des Vertrauens uns gegenüber eingedämmt würde und zweitens, daß wir wieder mehr Gewicht in außenpolitischer Hinsicht bekämen.

Der Tag, an dem im Bundestag das Gesetz über die Abänderung der Verfassung und das Soldatengesetz verabschiedet worden sind<sup>27</sup>, war ein großer Tag für den Bundestag. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser Tag in der deutschen Geschichte auch noch nach vielen Jahren verzeichnet werden wird, auch wenn diese Gesetze im Parlament in einer verhältnismäßig ruhigen Atmosphäre angenommen worden sind. Es drängt mich aber hier, folgendes über die Mitarbeit der Sozialdemokraten zu sagen: Die Sozialdemokraten haben den Änderungen des Grundgesetzes zugestimmt, wobei ihren Wünschen in gewissem Umfange stattgegeben worden ist. Ich sage, in gewissem, aber nicht in gefährlichem Umfange, und ich fühle mich verpflichtet, hier zu sagen, daß wir es begrüßen müssen, daß die Sozialdemokraten diesen Änderungen des Grundgesetzes zugestimmt haben. Es ist nicht so, als ob die Sozialdemokraten damit ihren bisherigen Kurs der Außenpolitik verlassen hätten, aber es wird ihnen immerhin doch schwerfallen in der Agitation, namentlich vor der Wahl, gegen die Bewaffnung Deutschlands so stark Front zu machen, weil sie sich selber an den Änderungen des Grundgesetzes beteiligt haben. Wir sind dem Herrn Jaeger<sup>28</sup> von der CSU, dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Dank dafür schuldig, daß er das erreicht hat; denn er hat das erreicht. Ich gestehe offen, daß ich bis in die letzte Zeit hinein nicht daran geglaubt habe, daß er es erreichen würde. Er hat aber daran festgehalten. Manchmal war das sehr beängstigend, wie er daran

---

26 Am 29. Februar 1956 bekanntgegeben (vgl. AdG 1956 S. 5654).

27 Am 6. März 1956 (Sten.Ber. 2.WP Bd.28 S. 6819–6855).

28 Dr. Richard Jaeger (geb. 1913), 1949–1980 MdB (CSU), 1953–1965 und 1967–1976 Bundestagsvizepräsident, 1953–1965 Vorsitzender des BT-Ausschusses für Verteidigung, 1965–1966 Bundesminister der Justiz.

festhielt, weil die Zeit verstrichen war und wir nicht weiterzukommen schienen. Aber er hat dann Erfolg gehabt. Und das müssen wir dankbar anerkennen. Wir müssen auch dankbar anerkennen die Tätigkeit des Herrn Hoogen<sup>29</sup>, dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, der in ungewöhnlicher und kluger Weise dafür gesorgt hat, daß die Verhandlungen gerade im Rechtsausschuß einen so guten Verlauf genommen haben.

Noch ein Wort zur Frage der Wiedervereinigung und zur NATO. Wir sind nicht weit vom heißen Krieg in der Welt entfernt, und zwar im Nahen Osten. Es ist aber anzunehmen, daß die schwebewaffneten Mächte, auch die Sowjetunion, wenn ein solcher Krieg ausbräche, dann nicht das Verlangen hätten, ihn auf die ganze Welt auszudehnen, sondern sie würden sich vielmehr bemühen, ihn zu lokalisieren. Gerade die Sowjetunion hat auch ihre schweren inneren Sorgen, und sie weiß, daß – trotz ihrer Erfolge in der Aufrüstung – Amerika noch immer stärker ist auf diesem Gebiete als Sowjetrußland.

Ich habe Ihnen eben diese Themen und Bemerkungen vorgelesen, um Ihnen klarzumachen, wie töricht es wäre, wenn wir in diesem Augenblick – wie das von der SPD und der FDP verlangt wird – immer wieder bei den anderen Mächten die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in den Vordergrund stellen. Daß das die Leute nicht einsehen, ist mir schleierhaft. Die große Gefahr besteht doch, daß uns eine Macht sagen wird, wir haben wirklich jetzt etwas Besseres zu tun, als uns nur mit den Deutschen zu beschäftigen, namentlich mit den Deutschen, die jetzt wieder diese nationalistischen Zuckungen zeigen. Man muß sich auch darüber klar sein – eine These, die ich seit jeher vertreten habe –, daß die Wiedervereinigung keine Frage ist, die für sich allein gelöst werden kann und wird. Sie wird gelöst werden im Rahmen einer größeren Entwicklung. Kein Mensch kann es den Russen übelnehmen, daß sie diese Farbe jetzt nicht aus der Hand geben, wo die großen Pläne über eine Abrüstung bestehen und lebhaft zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten über die Abrüstung verhandelt wird. Die Entscheidung über die allgemeine Abrüstung wird nur fallen zwischen diesen beiden Mächten, nicht etwa bei Frankreich. Herr Pineau<sup>30</sup> war vor acht Tagen hier und sagte, Frankreich wolle die Rolle des Mittlers zwischen Ost und West spielen. Das ist genauso komisch, als wenn wir sagen würden, mit unseren 6.000 Mann in Andernach wollen wir in der Abrüstungsfrage einen entscheidenden Coup landen.

Was wir aber tun können – der Deutsche lernt die Bescheidenheit und die wahre Erkenntnis seiner Situation, wie es scheint, verdammt schwer – ist das, daß wir in der richtigen Weise ständig unsere Forderungen anmelden, aber nicht vordringlich und

---

29 Matthias Hoogen – vgl. Nr. 6 Anm. 87.

30 Christian Pineau (geb. 1904), französischer Politiker (Sozialist); 1945 Ernährungsminister, 1946–1958 Mitglied der Assemblée Nationale, 1947–1950 Minister für öffentliche Arbeiten und Transport, 1948 Finanzminister, Februar 1955 Ministerpräsident, 1956–1958 Außenminister.

namentlich nicht so, daß die öffentliche Meinung in den anderen Ländern allmählich diese Frage übergeht. Wir sind in Gefahr, das zu tun. Ich erinnere Sie an die Ausführungen der „Times“, des „Manchester Guardian“, des „Daily Telegraph“ und einer Reihe anderer englischer Blätter, die offen ausgesprochen haben: Laßt doch die Behandlung dieser Frage der Wiedervereinigung sein! Laßt dieses Deutschland geteilt! Sie wissen auch, daß bei einer Testfrage in Frankreich sich überhaupt nur 31 % der Befragten für die Wiedervereinigung ausgesprochen haben. Lediglich die Vereinigten Staaten sind ein zuverlässiger Partner bei diesem Verlangen, aber weiß Gott nicht etwa uns zuliebe, sondern in ihrem eigenen Interesse, weil sie Rußland zurückdrängen wollen. Deswegen darf man diese Frage nicht isoliert sehen, wie das Herr Dehler und die SPD tun, sondern wir müssen sie im ganzen Zusammenhang sehen, und wir müssen sie in sehr geschickter Form behandeln.

Wahrscheinlich wird bei der Wahl des Jahres 1957 diese Frage eine Rolle spielen. Herr Dehler und die Sozialdemokraten stützen sich darauf. Ich glaube, daß gerade die Entwicklung der außenpolitischen Lage der letzten Wochen [dem], der zur Behutsamkeit in der Behandlung dieser Frage nicht etwa zur Furcht, aber zur Behutsamkeit rät, durchaus recht geben wird.

Damit bin ich am Ende dieser Übersicht. Sie ist nicht gerade erfreulich, aber die Lage in der Welt ist auch in höchstem Maße unerfreulich. Sie hat sich seit 1949 derartig zugespitzt, daß wir z.Z., wie ich glaube, in der schwierigsten außenpolitischen und gleichzeitig auch in einer ungewöhnlich schwierigen innenpolitischen Epoche Europas und der Welt stehen. Wir werden den Wahlkampf bestehen müssen mit einer Unterstreichung unserer konsequenten Außenpolitik, mit einer Unterstreichung unserer konsequenten Wirtschaftspolitik, mit einer Unterstreichung der großen Sozialpolitik, die wir zu treiben im Begriff sind, und mit einer Unterstreichung der Notwendigkeit, daß wir uns gegenüber den großen Gefahren des Kommunismus, vor allem gegenüber den geistigen Gefahren, auf unsere christlichen Grundsätze besinnen müssen.

Wir müssen auch folgendes stark betonen: Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 haben wir uns zusammengefunden auf der Basis der Reaktion gegenüber dem Nationalsozialismus. Das Wort „christlich“ paßt ja leider heute schon manchem aus unseren eigenen Reihen nicht mehr. Es ist aber eine große Aufgabe den christlichen Parteien, insbesondere unserer Partei hier in Deutschland, gestellt, und zwar der Abwehrkampf gegen den dialektischen Materialismus, gegen den Kommunismus.

Dieser geistige Kampf wird noch lange dauern. Er geht Hand in Hand mit dem politischen Machtkampf. Aber man soll in dieser ganzen Entwicklung nicht nur einen politischen Machtkampf oder einen wirtschaftlichen Machtkampf des Ostens sehen, wir müssen auch darin sehen einen geistigen Kampf, den wir unbedingt bestehen müssen. Und diesen Kampf kann nur eine Partei bestehen, die ihn führt vom Boden der christlichen Grundsätze aus. Diesen Kampf kann nicht bestehen eine sozialistische Partei. Dafür hat sie zuviel Verwandtschaft mit den kommunistischen Gedankengängen, dafür hat sie in ihren eigenen Reihen zuviel Leute, die in gewisser

Weise mit den Vorgängen dort sympathisieren und sich nur zu gern dadurch täuschen lassen, daß man auf dem Moskauer Parteitag die Sache etwas anders frisiert hat.

Diesen Kampf kann auch nicht bestehen eine liberale Partei. Sie sehen ja, wie es mit der liberalen Partei in Deutschland ist. Diesen Kampf kann nur bestehen eine Partei, die – wie ich eben sagte – den Kampf führt vom Boden der christlichen Grundsätze aus. Deswegen wird die Wahl des Jahres 1957 für unsere Partei entscheidend sein. Ob wir diese ungeheuer große Aufgabe werden erfüllen können, wenn wir in diesem Wahlkampf versagen, das bezweifle ich, aber ich fürchte dann, meine Freunde, um Deutschland und um den europäischen Westen. Daran erkennen Sie die Größe der Verantwortung, die wir tragen, und die Bedeutung der Wahl im Jahre 1957. Als wir den Kampf unter dem Namen „christlich“ begonnen haben, haben wir damit eine ungeheuer große Verantwortung übernommen. Das Schicksal unserer Partei, das Schicksal Deutschlands und Europas hängt davon ab, wieweit wir uns bewußt sind, welche Verantwortung wir haben und wieweit wir die Kraft aufbringen, um in der Masse der Wähler mit unseren Ideen und Grundsätzen durchzukommen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, die außenpolitische und die innenpolitische Lage bei der Diskussion zu trennen.

*Gurk:* Wäre es nicht zweckmäßig, uns zunächst die Vorschläge von Herrn Dr. Heck mitzuteilen?

*Adenauer:* Damit wäre die Diskussion über das, was ich ausgeführt habe, erledigt. Es wäre mir sehr lieb, wenn wir wenigstens in eine kurze Diskussion über die Darstellung, wie ich sie gegeben habe, eintreten könnten. Man muß als Vorsitzender der Partei auch wissen, stimmen deine Leute im großen und ganzen mit dir überein oder nicht, oder gibt es noch andere Möglichkeiten, als ich sie aufgezeigt habe?

*Von Hassel:* Ich bin am Sonntag von einem Besuch in London zurückgekommen und darf kurz berichten von einer Sitzung im englischen Unterhaus, wo in einer außenpolitischen Debatte auch das Thema „Deutschland“ angesprochen wurde und der britische Außenminister mit Nachdruck auf eine Frage der Opposition erklärt hat, daß die Wiedervereinigung Deutschlands als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Erhaltung des Friedens angesehen würde. In den ganzen Gesprächen, die man drüben führte, wurden zwei Dinge bei der Opposition und bei der Regierungspartei gleichermaßen betrachtet, daß a) die Währung in England zu erhalten sei und b) daß Deutschland an den Besatzungskosten englischer Truppen teilnehmen müßte. Diese beiden Fragen sind dort einheitliches Gedankengut.

Ich hatte das Gefühl, daß die Engländer sehr gern bereit sind, mit uns in ein gutes Verhältnis zu kommen, namentlich auch deshalb, weil sie die Situation in Frankreich nach dieser Wahl sehr schwierig beurteilen. Sie sagen, es sind immer noch Ressentiments in der Bevölkerung auszuräumen, aber sie können ausgeräumt werden. Voraussetzung ist, daß man von Deutschland aus bereit ist, das Thema der Tragung gemeinsamer Lasten zu diskutieren. Sie haben an der Erklärung von Herrn



Schäffer<sup>31</sup> kräftig Anstoß genommen und meinen, daß man darüber in ein Gespräch kommen müsse, sonst würde dieses Gefühl einer besseren Verbindung zwischen Deutschland und England sicher erheblich Schaden leiden.

Ich wollte einmal darauf hinweisen, daß hier Ansatzpunkte wären, um die Betrachtungsweise für das Thema „Wiedervereinigung“ zu kräftigen.

*Adenauer:* Vielleicht kann man diese Frage, die Herr von Hassel angeschnitten hat, unter den größeren Gesichtspunkt stellen: Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und England überhaupt. Ich möchte aber nicht gern, daß man die Frage der Wiedervereinigung hinsichtlich der Unterstützung Englands unter das Zeichen „werden wir ein paar hundert Millionen bezahlen oder nicht bezahlen“ stellt!

Was ich jetzt sage, ist absolut vertraulich. Auf der Londoner Konferenz im Oktober 1954, nach dem Zusammenbruch der EVG, als die Westeuropäische Union beschlossen wurde, kamen ausgerechnet die Engländer mit der Forderung, daß wir uns, ohne daß wir dazu verpflichtet gewesen wären – es widersprach den Pariser Verträgen –, auf dem Gebiete der Atomenergie, und zwar über die Herstellung von Atomwaffen hinaus auf dem rein wirtschaftlichen Gebiet weitere Zurückhaltung auferlegen sollten. Von den neun Ländern, die damals vertreten waren, war es ausgerechnet nur England! Der oberste Mann, den sie haben, der neulich hier war, suchte von mir geradezu durch Druck – das klingt schöner, als wenn ich ein anderes Wort wähle – eine Zusage zu erreichen, uns – entgegen dem uns in den Pariser Verträgen zugestandenem Recht – auf dem Gebiet der Atomforschung zur Verwendung für friedliche Zwecke vollkommene Zurückhaltung aufzuerlegen. Und jetzt kommen sie und bieten uns vollste Mitarbeit auf dem ganzen Gebiete an! Der Leiter der englischen Atomgeschichte war hier.<sup>32</sup> Sie wollen mit uns arbeiten und uns alles zeigen!

Daran muß ich denken, wenn sie jetzt kommen und von uns das Geld verlangen. Mit anderen Worten: Die Engländer können gute Freunde sein; sie sind aber auch gute Rechner und denken in erster Linie an ihren eigenen Besitz und an ihr eigenes Interesse, was ich keinem Volk übelnehmen kann. Nur tut es das eine Volk in stärkerem Maße als das andere, aber sie tun es – das habe ich auf der Londoner Konferenz gemerkt – in besonders starkem Maße. Trotzdem bin ich der Auffassung, daß wir zu England gute Beziehungen pflegen sollen, auch auf dem Gebiete der Atomenergie. Ich bin weiter der Auffassung, daß man über die Kosten der Stationierung mit ihnen sprechen soll, und zwar in höflicher Weise.

Es war vielleicht nicht ganz richtig, daß das Bundesfinanzministerium mit dieser ganzen Sache viel zu stark in die Zeitungen gegangen ist. Deshalb hat sich auch Herr Conant bitter darüber beklagt, weil das in einem solchen Stadium der internen

---

31 Vgl. Bericht über ein Interview Schäffers mit United Press: „Schäffer droht dem Ausland. Stationierungskosten – eine Gefahr für die deutsche Währung“ („Die Welt“ vom 2. März 1956).

32 Empfang der Atom-Kommission am 26. Januar 1956 (TERMINKALENDER). Leiter der englischen Atombehörde war von 1954 bis 1959 Edwin Noel Plowden (geb. 1907).

Verhandlungen ein ungewöhnlicher Vorgang sei, was das Bundesfinanzministerium in die Zeitungen gebracht hat.

Lieber Herr von Hassel! Wenn wir mit dem Antrag an den Bundestag kämen, 500 oder 1.000 Millionen zu bezahlen – ohne daß Großbritannien ein Recht dazu hat –, dann weiß ich nicht, ob der Bundestag dafür eine Mehrheit aufbrächte. Ich habe eher Bedenken, daß der Bundestag sagen würde, seid ihr denn total verrückt, daß ihr in unserer Situation, wo wir diese Aufgaben vor uns haben, nun das Geld einfach hingeben wollt! Wir suchen deswegen einen anderen Weg – er ist auch von Kirkpatrick in einem Gespräch, das nicht bekanntgeworden ist, angedeutet worden –, nämlich zu versuchen, durch sofortige Anzahlung entsprechender Beträge bei der Bestellung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen den Engländern in ihrer augenblicklichen Situation etwas zu helfen. Aber man darf sich bei solchen Fragen nicht zu sehr beeindrucken lassen; wenn jemand etwas haben will, dann findet er immer schöne Worte, auch für die Wiedervereinigung. Ich glaube aber, daß die jetzige englische Regierung wirklich ernsthaft von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß es ohne die Wiedervereinigung Deutschlands keine Möglichkeit gibt, einen gesunden und dauerhaften Frieden in Europa herzustellen.

Die öffentliche Meinung in England ist allerdings nicht soweit. Ich habe Ihnen eben die Blätter genannt, die sich ablehnend verhalten haben. Aber ich darf damit schließen, daß ich an die Einladungen der Engländer erinnere. Wahrscheinlich wird auch Eden kommen. Wir freuen uns darüber. Es darf aber nicht zuviel kosten.

*Von Hassel:* Die Engländer wollen die Probleme über die OEEC lösen, und wir sind für EURATOM<sup>33</sup>. Sie haben ganz nüchtern gesagt wir wollen, daß die OEEC wirksam wird, weil das ein größerer Apparat ist und wir den Franzosen endlich einmal einen Riegel verschieben können, die dauernd in die kleineren Organisationen hineingehen, damit sie überhaupt nichts zu machen und zu unternehmen brauchen.

Wenn der Engländer seine und unsere Lage betrachtet, dann ist es so, daß die englische Lage wahrhaftig alles andere ist als erfreulich. Denken Sie an die Erhöhung des Diskonts auf  $5\frac{1}{2}$  %, an die Exportsituation. Für Schweden ist z.B. der englische Automobilexport nahezu ausgeschaltet; er ist heruntergegangen auf einen Bruchteil von früher. In der englischen Automobilindustrie arbeiten die 25.000 Beschäftigten nur drei Tage in der Woche, und warum, weil Deutschland mit dieser unerhörten Riesenanstrengung den Export für sich erobert hat. Wenn man diese Dinge zusammennimmt, bekommt man Verständnis dafür, daß die Engländer auch ihre Sorgen haben und darauf drängen, auch Barzahlungen zu bekommen. Man sollte also genau prüfen, was los ist, sonst wird sich der Bundestag eines Tages vor eine schwierige Situation gestellt sehen.

*Adenauer:* Ein Engländer hat mir vor Jahr und Tag gesagt, wenn die Engländer wirklich sechs Tage in der Woche arbeiteten, dann sähe es mit ihnen besser aus. Aber

---

33 Vgl. Peter WEILEMANN: Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von EURATOM 1955–1957. Baden-Baden 1983.

die machen freitags nachmittags Schluß, und dann fangen sie erst am Montag wieder an. Dann dürfen sie sich nicht beklagen, daß sie Mißerfolg haben.

*Kaiser:* Der Herr Bundeskanzler wollte hören, ob wir mit seiner Beurteilung der Lage übereinstimmen. Er hat gestern gesagt, er lege ausdrücklich Wert darauf, daß wir, wenn wir mit ihm nicht übereinstimmen, das klar und deutlich sagen sollten, damit unsere Aussprache einen Sinn bekomme. Er hat dazu bemerkt, wir sollten uns von vornherein gegenseitig Absolution erteilen, wenn einer etwas sagt, was mit der Auffassung des anderen nicht übereinstimmt.

Herr Bundeskanzler! Ich habe eine Bitte: Wir müssen über die Saarfrage zu einer einheitlichen Beurteilung kommen. Ich halte es nicht für gut und nicht für richtig, daß alles das, was sich da tut, von Ihnen als Nationalismus bezeichnet wird. Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Auch wir müssen ein nationalpolitisches Gesamtprogramm in uns tragen. Wenn wir das erreichen – und unser Volk umfaßt dieser Wille –, dann brauchen wir solche Worte nicht mehr. Was sich an der Saar getan hat, trotz Schneider, Herr Bundeskanzler, war eine Entscheidung im guten Sinne. Ich kenne Herrn Schneider, und ich weiß, daß er einmal Nationalsozialist war und daß vielleicht bestimmte Haltungen von daher heute noch in ihm nachklingen und nachhinken, aber ich möchte doch bitten, Herr Bundeskanzler, daß wir uns darin einig sind, daß die Entscheidung an der Saar eine nationale Entscheidung im guten Sinne gewesen ist, aus Treue zu unserem gesamten Volke. (*Zuruf:* Sehr gut!)

Ich möchte bitten, daß wir das nicht verkleinern, sondern daß wir das für uns, für die Christlich-Demokratische Union, als etwas Positives werten. (*Altmeier:* Sehr richtig!)

Zu dem Bild, Herr Bundeskanzler, das Herr Schneider – der sich im Jahre 1933 im Sportpalast zu Berlin mit dem Herrn von Papen in SA-Uniform hat fotografieren lassen – als Propagandamittel für die Politik an der Saar gebraucht hat, darf ich – und das scheint mir richtig zu sein, ich habe es wiederholt gehört – auf folgendes hinweisen: Der Mann hat das Bild nur veröffentlicht, weil es die Hoffmannsche Seite, die Christliche Volkspartei, am nächsten Tag als ein Mittel gegen Schneider gebraucht haben würde. Das ist, glaube ich, eine Tatsache, und das war der Grund, warum er das Bild vorweggebracht und dazu erklärt hat, wie das damals war. Er ist 1935 aus der Partei ausgeschieden, (*Adenauer:* Aus persönlichen Gründen!) weil er Krach mit dem Gauleiter bekommen hat. Er hat sich dann – ich habe mich nach diesem Mann erkundigt – als Anwalt nach 1935 immerhin Verdienste erworben. Er hat Leute, die vom Dritten Reich verfolgt worden sind, auch Juden, mit Bravour und mit Mut verteidigt! Ich wollte das sagen, Herr Bundeskanzler, und ich glaube, es wirkt richtig, wenn wir das gebrauchen.

Dann habe ich zu erkunden versucht, ob diese Sache mit dem Angebot von Hoffmann, nämlich eine Vereinigung zu einer Gruppe herbeizuführen, wenn Herr Ney in seine Partei vier oder fünf Abgeordnete als Kandidaten übernommen hätte, stimmt. Die Sache ist nicht verbürgt, Herr Bundeskanzler! Es ist wohl das eine oder

andere Gespräch versucht worden, aber ein förmliches Angebot dieser Art lag nicht vor.

Ich möchte deshalb bitten, daß wir das nicht mehr gebrauchen, und ich möchte wünschen, daß wir in der Beurteilung der Saarfrage zu einem einheitlichen Ausdruck kommen, auch auf unserem Parteitag demnächst; denn das scheint mir von Wichtigkeit zu sein.

Ich habe noch eine Bitte in bezug auf die Presse. Ich kann Ihnen nicht darin folgen, daß die große Presse gegen uns, die christlichen Demokraten, ist. Ich lese die „Welt“ mit Aufmerksamkeit. Ich lese die „Frankfurter Zeitung“ mit Aufmerksamkeit. Ich lese eine dritte große Zeitung mit Aufmerksamkeit, die zweimal in der Woche erscheinende „Deutsche Zeitung“, die von Stuttgart kommt. Ich habe den Gesamteindruck, daß die Leute gewiß an Einzelhaltungen von uns Kritik üben, daß sie aber insgesamt nicht etwa die Dehlersche Haltung gutheißen. (*Adenauer*: Das hat die „Welt“ ausdrücklich getan!) Ab und zu! Ich habe die Artikel von dem Herrn Schröder<sup>34</sup>, von dem Bonner Korrespondenten der „Welt“, mit Aufmerksamkeit gelesen, und ich habe den Eindruck, daß die „Welt“, die „Frankfurter Zeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ um uns werben und daß sie durchaus ein Verständnis dafür haben, was die Christlich-Demokratische Union für den Weitergang der Politik in Deutschland bedeutet.

Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß Sie nicht alles verurteilen! Ich bin der Meinung, daß die Presse dem gerecht zu werden versucht, was die Wiedervereinigung anlangt. Ich stimme mit Ihnen vollkommen darin überein, daß die Wiedervereinigung nicht isoliert betrachtet werden darf. Ich weiß, daß zu einer Wiedervereinigung wir nur kommen können im Zusammenhang mit den großen politischen Fragen, die für das Schicksal unseres Volkes eine Rolle spielen. Aber wir müssen für die Wiedervereinigung den rechten Ausdruck finden. Wir müssen an die 18 Millionen Menschen denken, deren Gesamtsituation so ist, daß sie auf die Dauer nicht mehr ertragen können, von uns getrennt zu sein.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß es keine isolierte Lösung gibt und daß wir uns auch störend äußern können mit dem Blick auf andere, aber wir müssen doch hier einen Ausdruck finden, der uns das Vertrauen unserer Menschen drüben erhält.

*Adenauer*: Meine Freunde, Ich denke nicht daran, auf dem Parteitag die Saarfrage zu erörtern! Ich habe die Saarfrage hier angeschnitten, damit – nehmen Sie mir das Wort nicht übel – unser Glaube an die Menschheit nicht zu stark über den Verstand triumphiert. Nehmen Sie auch das nicht übel, Herr Kaiser – das ist bei Ihnen ein Geburtsfehler –, Sie sind ein solcher Idealist, daß Sie von anderen Leuten ohne weiteres annehmen, auch diese seien Idealisten. Ich nehme das nicht an. Das ist der Gegensatz zwischen uns. Ich traue nur erprobten Leuten; ich traue nicht unerprobten Leuten! Ich bin nach wie vor der Auffassung – das darf ich Ihnen gegenüber auch

---

34 Georg Schröder (1905–1987), 1948–1950 Chefredakteur der „Norddeutschen Zeitung“, 1950–1953 Leiter des Büros der „Die Welt“ in Hannover und 1953–1973 in Bonn.

sagen –, daß wir in der ganzen Saarpolitik eine große Dummheit gemacht haben. Sie werden es erleben!

Was hier nicht bekannt sein kann, will ich Ihnen vertraulich sagen. Am 5. und 6. Oktober, zwei Tage, ehe ich erkrankte, bin ich in Luxemburg zusammengewesen mit Faure und Pinay und habe ihnen gesagt, nachdem die Russen sich auf der Genfer Konferenz so verhalten haben, können Sie nicht von uns verlangen, daß wir bei dem Satz des Saarstatuts bleiben, daß die Frage der Zugehörigkeit der Saar endgültig erst im Friedensvertrag entschieden werden soll. Das ist unmöglich. Sie muß spätestens in drei bis vier Jahren entschieden werden. Dann muß die Abstimmung erfolgen. Und weder Faure noch Pinay hat dem widersprochen. Sie werden erleben, daß trotz all der Geschichten, die vorgekommen sind, es noch einige Jahre dauern wird nach menschlichem Ermessen, bis die Saar zu uns zurückkommt. Ich will die Frage des Moselkanals nicht hineinwerfen, aber die Angelegenheit hat sich in Frankreich so zugespitzt, daß nunmehr die Frage lautet: entweder Moselkanal oder Rückgliederung der Saar. Wenn der Moselkanal nicht konzediert wird, dann wird die Rückgliederung der Saar noch lange dauern.<sup>35</sup>

Diesen Dingen muß man ins Auge sehen. Es wird auch von Nordrhein-Westfalen aus Sturm gelaufen gegen den Moselkanal. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen hat ausdrücklich, als er mir vorgestern seinen Besuch machte, davon angefangen und auf den Widerspruch aufmerksam gemacht. Die FDP wimmelt es heute – ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben – deshalb ab, weil der Herr Dehler seinerzeit, als er in Paris war, einen Brief geschrieben hat, man müsse, um die Saar zurückzubekommen, eventuell den Moselkanal aufgeben.<sup>36</sup> Der Brief ist in der Welt, und infolgedessen biegt er jetzt ab. Wie sich die Sozialdemokraten stellen werden, weiß ich nicht, aber im Innern des Landes wird die Frage des Moselkanals eine große Rolle spielen. Sie wird unnötigerweise viel Staub aufwirbeln, und die Erledigung der Saarfrage wird dadurch verzögert werden.

Die französische Regierung hat sich gegenüber den ganzen Vorgängen an der Saar sehr gut benommen. Pinay hat mir in Rhöndorf gesagt, wir sind Demokraten, wir sehen in der Ablehnung des Statuts eine Kundgebung des überwiegenden Teiles der Bevölkerung, zu Deutschland zurückzukehren, und wir werden diesen Standpunkt respektieren. (*Altmeier*: Na also!) Das war sehr großmütig; denn Sie dürfen nicht vergessen, daß damit eine zehnjährige Saarpolitik Frankreichs liquidiert worden ist.

Ich habe auf die Saar unter zwei Gesichtspunkten hingewiesen: 1. mißtrauisch zu sein gegenüber allem und 2. darauf zu achten, daß nach der Meinung dieser FDP-Leute der Herr Schneider ihr Leiter werden soll. Und nun schweigen Sie mir bitte von Herrn Schneider! Lassen wir über das Thema „Dr. Schneider“ kein Wort mehr sprechen! Lesen Sie doch mal die Rede, die Herr Schneider in Tübingen gehalten hat. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Die müssen Sie lesen, und dann können Sie vielleicht über Herrn

---

35 Vgl. SCHMIDT 3 S. 519–524.

36 Zur Haltung Dehlers nach den Pariser Verhandlungen (mit Nachweisen) KLINGL S. 179–183.

Schneider ein Urteil fällen. Sie haben gesagt, Herr Kaiser, der Mann habe 1935 als Rechtsanwalt treu und bieder da gelebt und mit Bravour vielen geholfen. (*Kaiser*: Ich habe zunächst von dem Bild gesprochen!) Gut, das werde ich noch gebrauchen und es der FDP stark unter die Nase halten. Wenn der Herr Schneider wirklich Vorsitzender der FDP in Deutschland werden sollte, dann werden wir von diesem Bild noch häufiger sprechen müssen. Das Ganze ist doch bezeichnend! Nehmen Sie den Achenbach, nehmen Sie überhaupt die ganze Gesellschaft, die hängen doch zusammen wie die Kletten; das ist doch alles Speck und Schwart von einer Art!

*Gradl*: Das, was wir gestern und heute über die Wahl in Baden-Württemberg gehört haben, hat gezeigt, daß diese Wahl – nicht in ihrem Ergebnis, aber mit dem Verlauf des Wahlkampfes – tatsächlich der Probefall für die Bundestagswahl gewesen ist. Sie haben die drei Schwerpunkte der innenpolitischen Auseinandersetzung genannt. Wir sollten uns heute darüber klarwerden, welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen im Hinblick auf die Wahlen im Jahre 1957.

Ich möchte drei kurze Anregungen geben:

1. Ich wüßte gern, welche gesetzgeberischen Aufgaben wir in der nächsten Zeit haben, die im Blick auf die Öffentlichkeit heikel sind. Wenn wir solche Aufgaben noch vor uns haben, wird es zweckmäßig sein, daß wir sie schnell erledigen. Ich habe gestern zufällig in einem Gespräch mit Heinrich Krone gehört, daß die Soldatengesetze noch einige Schwierigkeiten bringen werden. Wir müssen uns überlegen, ob es zweckmäßig ist, die Schlußfolgerungen aus diesen Gesetzen, wie die Gestellungsbefehle usw., zu nahe an den Bundestagswahlkampf heranzulegen. Ich weiß, daß das Empfinden der Öffentlichkeit sehr verschieden ist, aber da wir jetzt eine Planungsarbeit für den Wahlkampf machen müssen, sollten wir uns diese Dinge einmal gut überlegen.
2. Es ist schon in der vorigen Vorstandssitzung hier das Unbehagen darüber zum Ausdruck gekommen, daß die Partei nicht mehr eine gute öffentliche Meinung finde. Die Diskussion über die Presse heute ist ein Beispiel dafür. Die Schuld daran liegt sicher auch bei uns. Es ist in der Vergangenheit einiges geschehen und gesagt worden, was gegenüber der größten Partei in der öffentlichen Meinung Stoff zum Kritisieren geboten hat. Ich habe nicht die Absicht, irgend etwas aus der Vergangenheit hervorzuholen, ich meine nur, wenn wir systematisch planen für den nächsten Sommer, dann müssen wir nach Möglichkeit ärgernisregende Dinge aus unseren eigenen Reihen vermeiden. Es wäre z.B. sehr ungeschickt, wenn in Schulfragen oder vergleichbaren Dingen in den Ländern immer noch eine besondere Aktivität gezeigt würde. Vielleicht sollte man bestimmten Stellen in den Ländern raten, das jetzt nicht zu tun, damit wir nicht in der Öffentlichkeit solche Dinge verzerrt vorgesetzt bekommen mit dem Beigeschmack, das ist eine ausgesprochen klerikale Partei.

Ich nehme an, daß das, was ich meine, verstanden worden ist und daß ich nichts Genaueres zu sagen brauche.

Noch ein letztes Wort mit dem Blick auf den Bundestagswahlkampf. Ich will das ganz nüchtern tun und alle Gefühlsmomente beiseite lassen. Wir haben an dem Wahlkampf in Baden-Württemberg gesehen, daß das Thema „Wiedervereinigung“ von

den Oppositionsparteien stark in den Vordergrund geschoben worden ist. Daß sie an die Macht wollen, ist klar, und es ist ihr gutes Recht. Daß wir uns dagegen wehren, ist auch unser Recht. Wirtschaftlich und sozial – das haben Sie richtig gesagt – haben sie keinen Ansatzpunkt. Daher bleiben also nur die politischen Dinge übrig. Ich bin davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung als Wahlkampfthema mit einer Vehemenz sondergleichen in den Vordergrund geschoben wird.

Nun frage ich mich, wiederum unter dem Gesichtspunkt des Wahlkampfes, der vor uns steht, wie können wir dem begegnen? Ich habe heute in der „Frankfurter Zeitung“ den Aufsatz von Baumgarten<sup>37</sup> gelesen „Atlantische Politik der Wiedervereinigung“.

Baumgarten ist ein Mann, der uns zumindest nicht übelgesonnen ist, der sich also bemüht, diese schwierige Frage der Öffentlichkeit in unserem Sinne klarzumachen. Wenn Sie aber diesen Aufsatz lesen, dann merken Sie erst, wie schwierig es für uns ist, in der Auseinandersetzung mit der anderen Seite nun klarzumachen, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß der Weg, den die Sozialdemokraten und die 104 evangelischen Pfarrer vorschlagen, der falsche ist.

Herr Bundeskanzler! Sie haben gesagt – und ich unterstreiche das völlig –, daß wir behutsam sein müssen in der Anmeldung unserer Forderungen auf die Wiedervereinigung. Behutsam – ja, aber man darf es uns auch nicht zu schwer machen. Sie haben wörtlich gesagt: Wir dürfen das Ausland nicht dazu bringen, daß sich die Meinung durchsetzt, was sollen wir uns mit den Deutschen, die jetzt schon nationalistische Zuckungen zeigen, noch beschäftigen! Ich weiß, wie groß diese Gefahr tatsächlich ist, aber wir und vor allem Sie müssen den Ausländern klarmachen, daß wir, wenn wir über die Politik der Wiedervereinigung nicht zu einem überzeugenderen Weg vor der Öffentlichkeit kommen, dann tatsächlich Gefahr laufen, daß nach 1957 das Ausland es dann nicht mehr mit uns zu tun haben wird, sondern mit den Deutschen, die heute nationalistische Zuckungen zeigen. Ich meine damit, daß wir versuchen müssen, mit den Westmächten, insbesondere natürlich mit Amerika und England, einen Ausdruck für den gemeinsamen politischen Weg zur Wiedervereinigung zu finden, der die deutsche Öffentlichkeit überzeugt, damit sie nicht sagt, das sind doch nur Redensarten.

Die Schwierigkeit, der Sozialdemokratie und den Leuten um Heinemann in der öffentlichen Diskussion zu begegnen, liegt darin, daß diese Seite das eindrucksmachende Argument zur Verfügung hat, die CDU wolle weiter nichts als die Eingliederung in die NATO und die Wiederbewaffnung. Und es ist sonnenklar, daß wir von den Sowjets die Freigabe der Sowjetzone und die Wiedervereinigung nicht bekommen, wenn die Bundesrepublik in der NATO bleibt mit ihrer Bewaffnung. Dieser Argumentation müssen wir etwas entgegensetzen haben; wir müssen sehen, ob wir mit den beiden entscheidenden Westmächten für die Stellung Deutschlands in der NATO in der

---

37 Dr. Hans Baumgarten (1900–1968), 1923–1933 Chefredakteur des Wirtschaftsressorts des „Berliner Börsen-Couriers“, 1946–1948 Mitgründer und Redakteur der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“, 1949–1965 Mitherausgeber der FAZ.

Entwicklung von gewissen Ideen, die Herr Eden in seinen Plänen entwickelt hat<sup>38</sup> – wovon mir übrigens der eine gar nicht gefällt –, einen Plan und eine politische Linie finden können, die in der Öffentlichkeit überzeugend wirken. Ich weiß, daß das heikel ist. Ich weiß, daß das schwer ist, aber ich bin der Überzeugung, wenn wir das nicht schaffen, werden wir es im Wahlkampf ungeheuer schwierig haben. Wir müssen dann die Sorge haben, daß wir ihn nicht so bestehen, wie wir ihn bestehen wollen.

Herr Bundeskanzler! Ich hoffe genau wie Sie, nachdem dieser Disput gewesen ist, daß wir auf dem Parteitag über die Saar nicht sprechen; denn ich verstehe, was Sie zu Ihrer Haltung in der Saarfrage veranlaßt hat. Wahrscheinlich mußten Sie so sprechen, aber in der Öffentlichkeit wird das gegen uns ausgemünzt. Deswegen ist es besser, wir ziehen einen Strich darunter und freuen uns, daß an der Saar eine im deutschen Sinne so positive Entwicklung zustande gekommen ist, wobei wir – da stimme ich Ihnen zu – mal ausnahmsweise die Gelegenheit haben, Frankreich ein sehr positives Wort über sein Verhalten zu sagen.

*Adenauer:* Herr Gradl hat drei Hauptpunkte angeschnitten. Ich nehme an, daß Herr Krone auf die gesetzgeberischen Aufgaben zurückkommen wird. Zweitens hat er von den kirchlichen Stellen gesprochen. Darauf möchte ich ihm etwas sagen. Ich stimme völlig mit ihm überein und bemühe mich fortgesetzt in dem Sinne, daß kirchliche Stellen doch einsehen mögen und einsehen müssen, was hier auf dem Spiele steht. Das gilt für katholische Stellen – dafür vielleicht in erster Linie –, das gilt aber auch für evangelische Stellen. Ich erinnere an die ganze Geschichte mit den Onkel-Ehen.<sup>39</sup> Nach meiner Meinung könnte man die ganze Sache durch einen gesetzgeberischen Akt aus dem Wege schaffen. Aber auch da sind Schritte von seiten des Auswärtigen Amtes geschehen, auch in persönlicher Rücksprache mit dem Papst. Ich werde in diesem Sinne tätig sein.

Zu der Frage der Wiedervereinigung möchte ich mit Ihnen, Herr Gradl, zu einer Übereinstimmung kommen. Ich muß Ihnen sagen – ich darf es sonst nicht so kraß sagen, hier darf ich es tun –, was mir in erster Linie vor Augen schwebt. Mir schwebt in erster Linie vor Augen, daß nicht die Bundesrepublik auf den Altar der Versöhnung zwischen West und Ost geworfen wird. Das ist die große Gefahr, die mir vor Augen schwebt. Damit würde auch der Ostzone nicht geholfen sein. Damit wäre das Schicksal der Ostzone mit ihren 18 Millionen Menschen auch erledigt. Glauben Sie mir, daß ich die Frage der Wiedervereinigung keinen Tag unberücksichtigt lasse, aber ich wiederhole nochmals, ich habe die große Sorge – und namentlich bei der

---

38 Vorschlag der britischen Regierung vom 29. Januar 1954 für die Wiedervereinigung Deutschlands („Eden-Plan“), vorgelegt auf der Berliner Außenministerkonferenz (Text in: Die Viererkonferenz in Berlin, Reden und Dokumente. Hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Berlin 1954 S. 58ff.), und Vorschlag der Regierungen der drei Westmächte vom 28. Oktober 1955 betr. einen Plan für die Wiedervereinigung („revidierter Eden-Plan“), vorgelegt auf der Konferenz der Außenminister in Genf (Europa-Archiv 1956 S. 8517ff.).

39 Vgl. Nr. 3 Anm. 12.



Entwicklung, die die nationalistische Richtung in Deutschland zu nehmen droht –, daß wir schließlich von allen verlassen das Opfer auf dem Altar der Versöhnung werden, wie es der Herr Pineau machen will.

Denken Sie daran, daß die Regierung Mollet<sup>40</sup>/Pineau erklärt hat, Sowjetrußland habe zwar den Freundschaftsvertrag Sowjetrußland-Frankreich als erledigt erklärt, Frankreich betrachte ihn jedoch nicht als erledigt. Und dann lesen Sie nach, was in dem Freundschaftsvertrag vom Jahre 1944 steht!<sup>41</sup> Lesen Sie die Artikel 2, 3 und 4; das sind die maßgebenden Artikel; das ist nichts anderes als ein Bündnisvertrag Sowjetrußlands und Frankreichs gegen Deutschland! Diese Gefahr ist wesentlich größer, als Sie denken.

Dem Wort „behutsam“ möchte ich „wachsam“ hinzufügen; behutsam und wachsam in dieser ganzen Frage! Nun habe ich aus der letzten Rede, die Herr Erler über den Rundfunk in Hessen gehalten hat<sup>42</sup>, gemerkt – obgleich Erler in gewisser Beziehung ein Einzelgänger in seiner Fraktion ist –, daß man da anfängt, die Dinge realistischer zu sehen; denn er hat in dieser Rede ausgeführt, daß die allgemeine Abrüstung mit der Frage der Wiedervereinigung im engen Zusammenhang steht. Darin hat er recht. Das ist auch immer meine Meinung gewesen.

Wenn wir die Frage der Wiedervereinigung nützen wollen, müssen wir versuchen, in erster Linie diese Fragen der allgemeinen Abrüstung herauszustellen; denn das ist die Grundfrage auch für die Sowjets. Sie haben zwar nicht erklärt, dann bekommt ihr die Zone zurück, aber sie haben gesagt, wie sehr sie sich bedrückt fühlen durch die ungeheuren Kosten, die sie für die Aufrüstung aufwenden müssen, und daß sie dadurch nicht in der Lage seien, ihre sozialen Aufgaben rechtzeitig zu erfüllen. Daher müssen wir uns ganz einsetzen für die Lösung der großen Aufgaben. Aber, Herr Gradl, politische Bedeutung hat ein Land wie Deutschland, das doch den Nationalsozialismus hinter sich und den Krieg heraufbeschworen hat, nicht mehr viel. Und alles, was wir jetzt erleben, wäre nicht so unvermittelt und plötzlich über die Welt hereingebrochen, wenn nicht der Nationalsozialismus und nicht der Krieg gewesen wären. Daher müssen wir versuchen, unseren politischen Einfluß zu vermehren, um ihn dann für diese großen Aufgaben einzusetzen. Dazu gehört, daß wir die Verpflichtungen erfüllen, die wir mit der Aufrüstung auf uns genommen haben.

Ich versichere Ihnen – ich habe das gestern auch gesagt –, wenn wir eine Anzahl Divisionen stehen haben, dann gilt auch in außenpolitischen Dingen unser Wort viel mehr, als wenn wir sie nicht da stehen hätten. Die ganzen Verhältnisse auf außenpolitischem Gebiet sind z.Z. so in Fluß – Sie wissen, daß Herr Staatssekretär

---

40 Guy Mollet (1905–1975), französischer Politiker; 1946–1969 Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, 1946–1947 und 1959 Staatsminister, 1954–1956 Präsident der Beratenden Versammlung des Europarats, 1956–1957 Ministerpräsident. Die Regierung war seit dem 1. Februar 1956 im Amt (AdG 1956 S. 5597f.).

41 Sowjetisch-französischer Bündnis- und Beistandspakt vom 10. Dezember 1944 (Europa-Archiv 1947 S. 1046).

42 Zu Erlers Vorstellungen SOELL 1 S. 195–218; KLOTZBACH S. 356–362.

Hallstein nach London unterwegs ist mit den Vorschlägen von Eisenhower<sup>43</sup> –, daß man auf dem Gebiet vielleicht plötzlich eine gute Entwicklung erlebt. Unsere Haltung zu dem Problemkreis können wir, wenn wir ein halbes Jahr weiter sind und die Entwicklung überschaut haben werden, genau abgrenzen.

*Krone:* Ich darf etwas zu den politisch heiklen Gesetzen sagen. Heikel ist nur das Wehrpflichtgesetz, das wir, wenn es gutgeht, noch vor den Parlamentsferien verabschieden wollen, und zwar deshalb heikel, weil ich befürchte, daß hier eine neue „Ohne-mich-Parole“ aufkommen könnte, nicht so sehr bei uns als bei der SPD, bei Heinemann und in gewissen evangelischen Kreisen und bei einem Teil der FDP. Ich sehe vielleicht zu schwarz. In unseren Reihen ist keine Diskussion mehr; das haben die Wahlen bewiesen.

Die SPD hat etwas kalte Füße bekommen im Lande durch ihre Zustimmung zur Grundgesetzänderung. Das konnte man schon merken bei der Wahl in Baden-Württemberg, und das wirkt sich, je näher die Wahl herankommt, um so mehr aus. Die Bayernpartei sagt: keinen Zwang, Freiwilligkeit genügt. Hier sehe ich eine Gefahr. Eine Schwierigkeit sehe ich nicht in der parlamentarischen Erledigung, aber für den Wahlkampf, der um so größer wird, als es uns nicht möglich sein wird, den Einfluß von Dehler zu verhindern. Ich habe immer betont, wir können rechts von uns keine Partei in Freiheit wildern lassen im Volk. Nun, Herr Dehler ist dabei, das zu tun.

Ich weiß, wie schwierig es ist, Dehler zu binden. Wir werden von der Fraktion aus den Akzent auf die demokratische Arbeitsgemeinschaft legen, auf Wellhausen usw., aber es ist die Gefahr da, daß sich die anderen finden mit den Sozialdemokraten, auch in dieser Geschichte. Die anderen sagen gegenüber dem Wachwerden des Nationalismus, der hat bisher keine große Rolle gespielt. Die SPD wird bestimmt mit dieser These einsteigen, auch der Liberalismus. Und Düsseldorf – vestigia terrent! Wir müssen klar sehen, daß da nicht etwas kommt, was eine Mehrheit im Bundestag erhält. Und nur deshalb haben wir am Mehrheitswahlrecht festgehalten, um etwas Derartiges zu unterbinden. Das muß man sehen bei einer Kritik am Mehrheitswahlrecht. Wenn es möglich gewesen wäre, das unterzubringen, wäre es ein großes nationales Verdienst gewesen. Das ging aber nicht. Das war unsere letzte Begründung: Sicherung der Politik, wie wir sie bisher betrieben haben – nicht, daß wir an der Macht bleiben wollten. Die Gefahr, daß das unterbrochen wird, ist ohne weiteres da.

Wenn nun die SPD und diese Liberalen mit ihrer Animosität gegen die Wehrpflicht, mit Wiedervereinigungsparolen – geschürt von Herrn Sorin – usw. kommen, dann müssen wir ernstlich überlegen, was wir dagegen tun. Ich bin kein Pessimist, aber das müssen wir einmal ganz nüchtern und ruhig sagen. Darum begrüße ich Ihre Worte, Herr Bundeskanzler, die Sie zur Abrüstung gesagt haben. Wenn wir das im nächsten Jahr sagen und auch in der praktischen Politik natürlich anstreben, dann bringt uns das weiter voran auf dem Gebiete der Außenpolitik und auch in der Wiedervereinigung.

---

43 Abrüstungsvorschläge, vor allem Einstellung der Produktion von Atom- und Wasserstoffbomben, vom 5. März 1956 (Text in AdG 1956 S. 5664).

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich zögere eigentlich in diesem Augenblick, in der Diskussion etwas zu sagen, weil ich nicht ganz mit dem einverstanden bin, was mein Freund Krone hier gesagt hat. In meinen politischen Laienverstand will es nicht richtig hinein, daß wir auf der einen Seite unser Augenmerk richten sollen, und sicher auch richten müssen, auf einen internationalen Tatbestand, auf einen internationalen Vorgang, den man Abrüstung im Weltmaßstab nennen kann – für den wir alle sicher zu haben sind –, auf der anderen Seite aber einen Termin von sechs Monaten stellt und in dieser Zeit ein zweites Soldatengesetz mit Wehrpflicht machen soll. Ich hielte den Mund und setzte mich sofort hin, wenn der Herr Bundeskanzler als Chef der Regierung und dafür Verantwortliche sagen würde: Meine Herren! Ob es Ihnen paßt oder nicht, dieses Wehrpflichtgesetz muß gemacht werden als Konsequenz der Pariser Verträge, genauso wie Sie gestern und vorgestern diese Grundgesetzänderung und das Soldatengesetz gemacht haben. Aber noch ist das nicht mit Präzision ausgesprochen worden. Gewiß, von Terminen spricht man schon. Wenn das gemacht werden muß, gut, dann bin ich auch der Meinung, lassen Sie es uns machen, und lassen wir nicht viel darüber reden. Wenn das aber nicht unbedingt gemacht werden muß, dann laßt uns den Versuch machen, erst die Wahl ohne die Hypothek der Wehrpflicht zu gewinnen, um dann nachher zu sehen, wie wir durchkommen. Ich bin nicht der Meinung, daß damit die Bewaffnung der Bundesrepublik gefährdet wäre. (*Zuruf:* Kein Einberufungsbefehl!)

Meine Damen und Herren! Ich erinnere Sie an die Milizerklärung von General Heusinger<sup>44</sup> vor den Wahlen in Baden-Württemberg, wo mir sechzigjährige Männer gesagt haben, Herr Bundestagspräsident, die Miliz kommt, das ist wie beim Volkssturm. Sie haben uns immer von Europa erzählt, und dafür sind wir zu haben, aber jetzt spricht der General Heusinger von der Miliz.<sup>45</sup>

Ich mache nur darauf aufmerksam, daß hier eine große Belastung in weiten Kreisen der Bevölkerung vorliegt, die zu überwinden für uns sehr schwierig sein wird. Wenn es sein muß, schön, aber wenn es nicht unbedingt sein muß, vor allem im Rahmen eines großen Versuchs zwecks Unterstützung einer internationalen Abrüstungspolitik, dann würde ich empfehlen, die Hände davonzulassen.

Lassen Sie mich etwas zu der Geschichte mit dem Nationalismus sagen. Wenn davon die Rede ist – so sagt man draußen –, das überhört der Gerstenmaier nicht, da haut er immer drauf. Es gibt auch CDU-Leute, die mir Briefe schreiben und vorrechnen, wieviel hunderttausend Stimmen es die CDU koste, weil sie sich nicht genug national kostümiere. Solche Briefe könnte ich Ihnen vorzeigen. Ich finde, daß wir uns mit dieser Sache in einer schwierigen Situation befinden. Ich finde, mein lieber Freund Kaiser, daß wir nicht tief genug hier unsere Aufmerksamkeit

---

44 Adolf Heusinger (1897–1982), 1955 Vorsitzender des militärischen Führungsrates im Bundesverteidigungsministerium, 1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte, 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 114 Anm. 16).

45 Vgl. FAZ vom 3. März 1956 „General Heusinger kündigt eine Miliz an“.

auf einen Tatbestand richten, den wir in der Weimarer Republik an einem anderen Beispiel erlebt haben; denn ob Adolf Hitler an die Macht gekommen wäre ohne die Kriegsschuldfrage von Versailles, ist eine Frage. Sicher ist, daß die Kriegsschuldfrage von Versailles Adolf Hitler den Start erleichtert hat; denn damit ist ein moralischer Stachel hineingekommen in die rasante Entwicklung des deutschen Nationalismus, die dann zum 30. Januar 1933 geführt hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hieß dieser Stachel: Wiedervereinigung. Das ist genauso, wie es damals in der Weimarer Republik war. Es ist wahr, daß es eine Kriegsschuldfrage gegeben hat, daß Versailles gegen die gottgewollte Ordnung gerichtet war. Und genauso ist jetzt der Tatbestand der Spaltung Deutschlands ein kaum zu ertragender Tatbestand. Und dieser Tatbestand wird jetzt genauso wie damals die Kriegsschuldfrage zur Entfesselung des Nationalismus benutzt. Wir sehen, daß der Tatbestand der Spaltung Deutschlands zur Entwicklung des Neonationalismus führt – ich sage nicht des Neonationalsozialismus, sondern des Neonationalismus. Und das ist der Tatbestand, aufgrund dessen sich jetzt die FDP und Herr Dehler zu dieser Politik entschlossen haben. Hier wird mit der Wiedervereinigung Mißbrauch getrieben. Hier tut Dehler etwas, was im Blick auf die rechtsstaatliche Integrität unerlaubt ist. Und man muß demnächst mit der SPD und der FDP, wenn es nicht anders geht, öffentlich ein klares Wort sprechen und an diesem Punkt klipp und klar den Fehdehandschuh hinwerfen. Ich sage das deshalb so deutlich, weil wir das vielleicht schon in Stuttgart tun müssen. Das muß heraus! Dieser Mißbrauch der Wiedervereinigung in Form eines falschen Nationalismus mit dem Schicksal eines großen Teiles des deutschen Volkes, diese Schweinerei muß endlich ein Ende haben! (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht gesagt, mit einer solchen Wiedervereinigungspolitik wird unser ganzer Blick und das Blickfeld verengt. Man meint, wir spekulierten den Leuten vor, und man tut so, als ob die Frage der Wiedervereinigung im wesentlichen eine Frage der nationalen Initiative wäre, obwohl doch jeder Einsichtige weiß und wissen muß, ganz gleich, ob er unsere Politik mitmacht oder nicht, daß sie eine Funktion der internationalen Politik und ihrer Entwicklung ist. (*Zuruf: Beides!*)

Mein lieber Freund! Hier muß ich Ihnen entgegenhalten, es ist einfach unerhört, wie kann Herr Schütz(?)<sup>46</sup> in einer dubiosen Sprachregelung den Leuten ins Gehirn blasen, daß die Wiedervereinigung von unserer Entschlossenheit abhinge, und weil wir sie nicht hätten, müsse es an unserer Entschlossenheit irgendwie mangeln. Mit solcher Agitation sind verbunden Angriffe gegen den Bundeskanzler persönlich, daß er etwas anderes im Kopfe habe oder daß er es nicht ganz ehrlich meine und nicht ganz entschlossen sei. Eine solche Unverschämtheit steckt z.B. auch in dem Brief der 104

---

46 Wahrscheinlich Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz (geb. 1911), bis 1951 Korrespondent der NZZ in London, 1951–1957 politischer Berater des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, 1957–1972 geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Zu den Auseinandersetzungen um Schütz vgl. KOSTHORST S. 105, 306f.

evangelischen Pfarrer mit vielen konfessionellen Argumenten und Ressentiments. Das Ganze ist eine unerträgliche Geschichte! Sie ist so verlogen wie sonst etwas, aber höchst gefährlich! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Herr Bundeskanzler! An einem Punkt möchte ich Ihnen widersprechen. Bis jetzt ist es nämlich so, daß diese Geschichte zwar grassiert in den uns oppositionell gegenüberstehenden Gruppen des Bundestages und in den darum gruppierten politischen Formationen, daß sie sich aber noch nicht durchgesetzt hat in der Masse des Volkes, was zu erhärten ist an dem Ergebnis des Wahlkampfes in Baden-Württemberg. Es ist wahr, daß Heinemann in Freudenstadt-Calw 17 % der Stimmen bekommen hat, aber im ganzen hat er in Baden-Württemberg genau 1,5 % bekommen, und das ist immerhin ein Tatbestand, auf den man hinweisen kann. Ich komme deshalb darauf zurück, weil ich der Meinung bin, daß wir dann, wenn wir uns in diesem Punkt zu einem offensiven und nicht zu einem defensiven Verhalten entschließen, eine Chance haben, diese Geschichte in der Masse der Bevölkerung noch zu retten. Aber es ist an der Zeit, daß wir das tun, daß wir es klar und schonungslos tun und nicht defensiv. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Zur Saar! Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns in der Saarfrage auf stille Defensive einstellen sollten. Die Saar ist heute an diesem Punkt allein aufgrund der Politik, die der Bundeskanzler gemacht hat, und jetzt sollen wir aufhören, das den Leuten zu sagen! Jetzt sollen wir uns in eine milde Defensive und entschuldigende Position stellen! Ich tue das jedenfalls nicht! Waren wir denn nicht von Anfang an dabei bei dieser Politik? Haben wir nicht im Europarat vom Jahre 1950 ab gekämpft? Sind wir nicht in London und in Paris gewesen, wo Herr Dehler der Sprachregelung zugestimmt hat, die besagt, daß man diese Pariser Verträge habe machen müssen, um überhaupt den Status quo an der Saar zum Durchbrechen zu bringen? Es tut mir heute noch leid, daß leider im Flugzeug von Paris Herrn Hallstein diese Sprachregelung wieder entwunden wurde. Herr Dehler hat zugestimmt. Leider hat Herr Hallstein gemeint, man könne das den Franzosen nicht zumuten. Kurz und gut, einer defensiven Haltung in der Saarfrage kann ich nicht zustimmen; ich will in dieser Sache Klarheit und werde unablässig darauf hinweisen, wie die Begründung zusammenhängt.

Zum Schluß ein Wort zu den diskreten Andeutungen von Herrn Gradl über die Schulpolitik! Wir haben gewiß in diesem Wahlkampf schwer und ernst damit zu tun gehabt, daß der CDU vorgehalten wird, sie sei eine klerikale Partei. (*Zuruf*: Das ist eine der gefährlichsten Wahlparolen gegen uns!) Sie ist deshalb so gefährlich, weil sie in einem Zeitpunkt der Resäkularisierung erfolgt. Gewiß haben wir es damit schwer, und wir werden es noch schwerer haben, je besser unser wirtschaftliches Leben floriert. Aber was ich sagen möchte in diesem Zusammenhang ist folgendes: Es ist eine Unverschämtheit – die ich als Verteidiger des Bundeskanzlers nicht annähme –, wenn gesagt wird, daß hier nicht nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten regiert und verfahren würde, sondern mit autoritären Methoden, die an bekannte Vorbilder erinnerten, Herr Verfassungsminister! (*Schröder*: Das ergäbe Freispruch und Propaganda für die anderen! – *Bewegung und lebhaft Unruhe.*)

Herr Verfassungsminister! Ich würde empfehlen, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wie man es hineinbringt, daß solche Freisprüche nicht mehr vorkommen! Solange Sie das nicht fertiggebracht haben, bleibt uns nur übrig, Artikel zu schreiben. Sie sollten einen Brief von Herrn Simpfendörfer veröffentlichen, und zwar kurz und knapp, angreifend und verletzend und gerecht! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Die 104 Pfarrer haben hier diese Fragen aufgeworfen. Jeder, der einen Artikel darüber schreibt, müßte als Überschrift anführen: Hirt oder Schafe? – Schafe oder Hirt? – Schafe! (*Erneute Heiterkeit.*)

*Simpfendörfer:* Herr Dehler hat gesagt, es sollten Koalitionsbesprechungen stattfinden. Es ist unklar, wie sich unser Verhalten hier entwickelt. Wenn das Konkordat als rechtskräftig vor der nächsten Wahl erklärt wird, bekommen wir ganz bestimmt die Wahlparole: Kündigung des Konkordats. Das ist mir schon in den Versammlungen begegnet. Das wäre eine sehr gefährliche Parole; denn dann hätten wir den Kulturkampf auf der Bundesebene. Wenn die Entscheidung über das Konkordat über die Bundestagswahl hinaus verschoben werden könnte, so wäre das für uns eine große Hilfe.<sup>47</sup>

Was die Saar anbetrifft, so bin ich der Meinung von Herrn Gerstenmaier. Wir haben ja in jeder Versammlung darüber gesprochen und gesagt, wenn das Statut nicht angenommen worden wäre, hätte es keine Veränderung gegeben. Wir haben erklärt, der Herr Bundeskanzler hat gewußt, wie die Abstimmung ausfallen würde. Wir sollten uns die Chance nicht entgehen lassen, daß es auf jeden Fall ein Verdienst der CDU gewesen ist. Wenn wir weiter darüber schweigen, werden die anderen sagen, wir hätten gegen die deutschen Interessen an der Saar gestimmt.

*Adenauer:* Zu der Frage des Konkordats! Sie dürfen eines nicht übersehen, daß das Konkordat ein dem Völkerrecht unterstehender Vertrag ist. Und wenn jetzt die Bundesrepublik erklärt, daß sie solche Verträge nicht mehr als geltend betrachte, dann verliert sie wieder einen Aktivposten in der ganzen Weltöffentlichkeit. Aber davon abgesehen, verehrter Herr Simpfendörfer, Sie dürfen auch nicht übersehen, daß auf seiten der Katholiken ein sehr begreiflicher Unmut entstünde, wenn die Entscheidung über die Gültigkeit des Konkordats ad calendae graecas hinausgeschoben würde. (*Simpfendörfer:* Wir sind einig, Herr Bundeskanzler!) Man muß auch versuchen, die Sache der Bevölkerung möglichst klarzumachen. Wir müssen viel stärker widersprechen! Herr Dehler hat folgendes gesagt:

„... ein Konkordat, das unter schlimmen Umständen von Hitler geschaffen worden ist mit der Tendenz, auf dem internationalen Parkett anerkannt zu werden, nicht etwa in dem Willen, mit der katholischen Kirche zu einem Einverständnis zu kommen. Die

---

47 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Frage, ob das Land Niedersachsen mit Erlaß seines Schulgesetzes gegen das Reichskonkordat verstoßen habe, erfolgte am 26. März 1957 – BVerfGE 6 S. 309; vgl. Der Konkordatsprozeß. In Zusammenarbeit mit Hans Müller hrsg. von Friedrich Giese und Friedrich August Frhr. von der Heydte. 4 Bde. München 1957/58. – Neuerdings REGEN: Konkordatsstreit.

Akten, die jetzt offen vorliegen, lassen auch den Willen auf der Seite des Vatikans erkennen, mit Hitler einen kleriko-faschistischen Staat in Deutschland errichten zu können. (*Zurufe*: Unverschämt! – Nicht zu glauben!) Der Bundeskanzler hat dieses Konkordat anerkannt und bei der Übergabe des Beglaubigungsschreibens durch den Nuntius Muench<sup>48</sup> anerkennen lassen, ohne einen zuständigen Menschen (vielleicht wird er Herrn Globke gefragt haben) gefragt zu haben, nicht sein Kabinett, nicht die Länderregierungen, nicht die Länderkabinette, nicht den Bundestag, nicht den Bundesrat. Welch souveräne Verachtung der demokratischen Institutionen!“

Dazu möchte ich folgendes sagen: Die Konkordatsverhandlungen haben begonnen im Jahre 1929, vier Jahre, bevor Hitler an die Macht gekommen ist. Sie sind damals geführt worden von dem jetzigen Papst und damaligen Nuntius Pacelli<sup>49</sup>. Im Jahre 1933 war der jetzige Papst Staatssekretär. Ich mache kein Hehl daraus, daß mir die Zustimmung damals recht unwillkommen war, weil ich daran Anstoß genommen hatte, daß man diese Kerle, den Hitler und Konsorten, damit als völkerrechtlich anerkannte, obgleich völkerrechtlich nichts dagegen einzuwenden gewesen ist. Aber „kleriko-faschistischer Staat“, das ist ein solcher Blödsinn, daß man gegen diese gemeine Brunnenvergiftung wirklich vorgehen muß, und zwar mit aller Energie! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Herr Dehler bietet um so mehr Handhabe dafür, als er behauptet hat, ich hätte bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch den Nuntius, ohne irgend jemand gefragt zu haben, das anerkannt. Dabei müßte der Herr Dehler wissen – wahrscheinlich weiß er es auch –, daß der Nuntius, wie alle Botschafter und Gesandten, sein Beglaubigungsschreiben gar nicht dem Bundeskanzler überreicht, sondern dem Bundespräsidenten. Und er müßte wissen, daß der Bundespräsident in der Erwiderung auf die Ansprache des Nuntius erklärt hat, die Bundesrepublik werde ihre vertraglichen Abmachungen erfüllen.

Also, der Herr Bundespräsident Heuss hat es anerkannt, denn er hat das Beglaubigungsschreiben bekommen. In diesen Tagen fiel mir ein: Ich habe eine sehr starke Vermutung, daß damals Herr Dehler als Bundesjustizminister den Fortbestand des Konkordats bejaht hat! Ich bin somit Herrn Simpfendorfer dafür dankbar, daß er die Rede darauf gebracht hat, weil sich hier an diesem Punkt klar die Gemeinheit der Agitation des Herrn Dehler ergibt. Ich habe keinen anderen Ausdruck dafür.

Er hat weiter gesagt: „Der Papst hat eine Christus-Vision gehabt. Dem Bundeskanzler ist am Bett erschienen der Geist des Thomas Dehler.“ Das ist geschmacklos.

---

48 Dr. Alois Joseph Muench (1889–1962), 1913 Priesterweihe, 1935 Bischof von Fargo (Nord-Dakota, USA), 1950 Erzbischof, 1946 Apostolischer Visitator für Deutschland, 1949 Regens der Nuntiatur, 1951 Apostolischer Nuntius, 1959 Kurienkardinal. Vgl. C. BARRY: American Nuncio-Cardinal Aloys Muench. Collegeville, Minnesota 1969.

49 Pius XII., Eugenio Pacelli (vgl. Nr. 3 Anm. 28), 1917 Titularerzbischof und Nuntius in München, 1920–1929 in Berlin, – Vgl. dazu auch Konrad REPGEN: Ungedruckte Nachkriegsquellen zum Reichskonkordat. Eine Dokumentation. In: Hist. Jahrbuch 99 (1979) S. 375–413, hier S. 388 Anm. 51.

Man mag zu der Frage der Christus-Vision stehen, wie man will, aber ein solcher Vergleich ist derart geschmacklos ...

*Sieveking*: Herr Bundeskanzler! Darf ich dazu sagen, das ist ein Irrtum! Ich bin in der Versammlung gewesen. Dieser Vergleich ist von allen als höchst abgeschmackt bezeichnet worden. Die Leute haben gesagt, wie konnten Sie das machen. Die Schwierigkeit ist die: Der Mann schillert; er ist nicht zu fassen. Er hat die Rede gehalten wie ein Conferencier. Er kam gar nicht von Ihnen los, der arme Kerl, er war wie eine Fliege im Honig. (*Unruhe und Zuruf*: Nette Fliege!) Ich muß sagen, Sie beurteilen es falsch, wenn Sie von frenetischem Beifall sprechen. Es war eine gutverteilte Claque von jungen Demokraten da, aber das Gros des Publikums hat den Mann zum Teil überhaupt nicht ernstgenommen, und seine eigenen Leute waren überrascht und haben gesagt, na, gottlob, daß das vorbei ist.

Ich sage das zum Problem der Behandlung Dehler. Es ist falsch, wenn man den Mann zu ernst nimmt. Bei uns in Hamburg hat ihm diese Rede mehr geschadet als genützt. Daran ist gar kein Zweifel. Deswegen ist es dumm, wenn nachher in der Presse solche Artikel erscheinen.

*Adenauer*: Dann will ich Ihnen eine Tonbandaufnahme des Rundfunks vorlesen: „Dem Heiligen Vater, dem Papst Pius XII., ist die Vision Jesu Christi erschienen; dem Dr. Adenauer ist der böse Geist von Thomas Dehler erschienen.“

Ich habe nicht gehört, daß jemand „pfui“ gesagt hat!

Es ist so, Herr Sieveking, klügere Leute suchen ihn zu mäßigen. In einer späteren Pressekonferenz hat er neben sich gehabt den Herrn Becker und den Herrn Steuer, und die haben ihn am Rock festgehalten, damit er nicht losging vor der Presse. Aber draußen findet er, wie die Menschen sind, Beifall. Ich will Ihnen mal das Stenogramm seiner Rede vom Parteitag in Oldenburg vom März des vergangenen Jahres<sup>50</sup> schicken. Da finden Sie alle die Beifallsäußerungen verzeichnet, die er bekommen hat bei den wüstesten Angriffen gegen die CDU.

Die 16 Leute<sup>51</sup> haben geglaubt, sie würden mindestens 21, 22 werden, denn sie meinten, sie hätten mehr Landesorganisationen hinter sich. Aber sie haben keine einzige hinter sich. In einer Zeit wie der unsrigen, mit dieser Nervosität und mit diesem Hang zum Nihilismus, der doch vorhanden ist, macht ein Mann wie Dehler mit solchen Geschichten Eindruck. Das kann man nicht bestreiten. Ich halte ihn 1. für einen intellektuell sehr begabten Mann, 2. für einen ausgezeichneten Redner und 3. für einen großen Schauspieler, der jede derartige Bemerkung genau überlegt ins Publikum schleudert, weil er weiß, welches Echo er bekommt. Der Herr Dehler wird nur dann geheilt werden von diesem wüsten demagogischen Auftreten, wenn er sieht, daß er in der Öffentlichkeit keinen Beifall mehr bekommt. Das ist das einzige Mittel, um ihn mundtot zu machen und ihn loszuwerden.

---

50 Text der Rede vom 25. März 1955 in ACDP VII-002-258.

51 Vgl. Nr. 12 Anm. 3.



Ich schätze Herrn Dehler und solche Reden für viel gefährlicher ein als Sie, Herr Sieveking. Nun hat die Bundesregierung von dem Nuntius einen Einspruch deswegen bekommen. Das ist nicht angenehm. Kurz vor seiner Reise nach Rom hat Herr von Brentano den Einspruch im Kabinett vortragen müssen. Nun stellen Sie sich vor, der deutsche Außenminister fährt in dieser Situation mit einer Delegation nach Rom zum 80. Geburtstag des Papstes und überreicht ein Geschenk vom Bundespräsidenten und von mir.<sup>52</sup> Der jetzt lebende Papst ist für Deutschland während des Krieges und nach dem Kriege so eingetreten, wie noch niemals ein Papst eingetreten ist. Und nun wird ihm in einer solchen Weise unterschoben – das geht ihn persönlich an, er hat die Verhandlungen fast vier Jahre lang in Berlin geführt –, er habe einen kleriko-faschistischen Staat in Deutschland schaffen wollen.<sup>53</sup> (*Zurufe*: Ungeheuerlich! – Unerhörte Frechheit!) Das ist eine ganz unverschämte Beleidigung gegenüber einem solchen Mann – ich sehe davon ab, darüber etwas zu sagen, welche Persönlichkeit der gegenwärtige Papst ist –, der immerhin das Oberhaupt der katholischen Kirche ist, und die katholische Kirche bedeutet etwas in der Welt! Aber das ist geradezu ungeheuerlich! Deswegen dürfen Sie mir nicht übelnehmen, Herr Sieveking, wenn ich sage, ich hätte es wirklich begrüßt, wenn unsere Parteifreunde, die auf der Versammlung gewesen sind, hinausgegangen wären.

*Sieveking*: Wenn das angeschnitten wird, Herr Bundeskanzler, dann erlauben Sie mir vorzulesen, was unsere katholischen Parteifreunde zu dieser Sache zu sagen haben. Das ist der Beweis für das, was gesagt worden ist. Es sind falsche Meldungen in der Presse erschienen. Über die Qualifikation und die Äußerungen Dehlers sind wir uns völlig einig. Ich frage mich, wie wird man diesen Mann los? Alle anständigen Leute in Hamburg haben seine Rede als höchst deplaciert empfunden. Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, nur über die Behandlung dieses Mannes ... (*Adenauer*: Ihre richtige Behandlung wäre gewesen, aufzustehen und hinauszugehen! Das wäre die richtige Behandlung gewesen. – *Zurufe*: Sehr richtig!)

Ich möchte Ihnen von folgendem Bericht Kenntnis geben:

Berichterstattung der KNA über die Vorkommnisse auf dem Parteitag des Landesverbandes der FDP in Hamburg anlässlich der Rede Dr. Dehlers bei der öffentlichen Kundgebung am 4. März 1956.

In zwei Sitzungen hat der Gesamtvorstand des Landesverbandes der CDU in Hamburg die Frage der Teilnahme am Parteitag der FDP in Hamburg besprochen, weil eine Rede von Herrn Dr. Dehler auf einer öffentlichen Kundgebung angekündigt und in ihr mit Entgleisungen zu rechnen war.

Es wurde beschlossen, daß der CDU-Vorstand einer vorliegenden Einladung nicht Folge leisten sollte. Hingegen wurde mit Rücksicht auf die politische Konstellation

---

<sup>52</sup> Am 2. März 1956 (vgl. Bericht in FAZ vom 3. März).

<sup>53</sup> Zum Reichskonkordat vgl. Konrad REPGEN: Die vatikanische Strategie beim Reichskonkordat sowie Die Historiker und das Reichskonkordat. Eine Fallstudie über historische Logik. In: DERS.: Von der Reformation zur Gegenwart. Paderborn 1988 S. 167–195, 196–213.

in Hamburg dem Vorsitzenden des Hamburg-Blocks (CDU/FDP/DP/BHE), Herrn Bürgermeister Dr. Sieveking, und dem Fraktionsvorsitzenden des Hamburg-Blocks, Herrn Güssefeld<sup>54</sup>, anheimgestellt, zu dieser Veranstaltung zu gehen. Beide Herren waren sich darüber einig, daß sie aber dann gezwungen wären, die Rede Dr. Dehlers unter allen Umständen „durchzustehen“. Dieses entsprach auch der Auffassung des Landesvorstandes. Beide Herren haben dementsprechend gehandelt.

Wenn in KNA „Norddeutscher Dienst Nr. 11“ vom 5. März 1956 die Rede davon ist, daß „ein prominentes Mitglied der CDU“ diese Veranstaltung hätte verlassen müssen, so widerspricht das dem eingangs geschilderten Tatbestand.

Die Berichterstattung der KNA (offensichtlich des Herrn Scholl<sup>55</sup>) ist zu beanstanden, weil die beiden genannten Herren nicht in der vom Berichterstatter erwähnten Eigenschaft an dieser Versammlung teilnahmen, und ferner, weil „führende CDU-Kreise“ nach unseren Ermittlungen nicht ihr Befremden darüber zum Ausdruck gebracht haben, daß die beiden Herren den Saal nicht verlassen haben. Der Berichterstatter hätte Gelegenheit nehmen müssen, mit den in diesem Falle in Frage kommenden „führenden CDU-Kreisen“ Rücksprache zu nehmen. Das hat er aber nicht getan.

In einer am Montag, dem 5. März 1956, stattgefundenen Sitzung der maßgeblichsten katholischen CDU-Politiker Hamburgs, nämlich des Senators Luigs<sup>56</sup>, des Bundestagsabgeordneten Dr. Seffrin<sup>57</sup>, fast aller katholischer Hamburger Bürgerschaftsmitglieder, einiger katholischer Landesvorstandsmitglieder, mehrerer Mitglieder der Kreis- und Ortsvorstände und vieler Delegierter des Landesausschusses sowie des Vorsitzenden des Katholikenausschusses Hamburg, meldete sich auf ausdrückliches Befragen niemand als Gewährsmann für die Berichterstattung des Herrn Scholl. Es herrschte selbstverständlich einhellige Empörung über die Entgleisungen des Herrn Dr. Dehler, aber man war sich auch darüber einig, daß die Berichterstattung der KNA weniger gegen Dr. Dehler als gegen die Herren Bürgermeister Dr. Sieveking und Güssefeld gerichtet erschiene. Die katholischen Politiker Hamburgs sahen gerade darin eine Gefährdung ihrer Arbeit und der Wahrnehmung der katholischen Belange in Hamburg.

Die Art und Weise der Berichterstattung des Herrn Scholl war bereits mehrfach Gegenstand von Beanstandungen. Bereits am 21. November 1953 brachte sein Artikel Nr. 848 in der KNA unter der Überschrift „Christliche Belange kommen zu kurz“ Verwirrung und Verärgerung. In Nr. 35 des „Katholischen Informationsdienstes“ vom

---

54 Wilhelm Güssefeld (1886–1974), 1921–1953 Vorstandsmitglied der Hypothekenbank Hamburg, 1953–1961 MdHB (CDU).

55 Heinz Scholl, damals Leiter der Landesredaktion der KNA Hamburg, dann München, später freier Journalist.

56 Paul Luigs (geb. 1902), 1949–1957 MdHB, 1953–1957 Senator für Ernährung und Landwirtschaft sowie Wirtschaft und Verkehr.

57 Dr. Roland Seffrin (1905–1985), vor 1933 Zentrum, Mitgründer der CDU Altona, 1953–1965 MdB, 1959–1965 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse Hamburg.

28. August 1954 war ein weiterer Artikel „Strafgericht gegen Hamburger CDU“ dem „Hamburger Echo“ vom 30. August 1954 ein willkommener Anlaß zu einer Polemik. Der Katholikenausschuß Hamburg nahm diese Vorkommnisse am 16. September 1954 zum Anlaß, Herrn Scholl zu schreiben, daß er sich nicht mehr in der Lage sähe, ihm das Pressereferat weiter anzuvertrauen und ihn weiter als Mitarbeiter in seinen Reihen zu behalten. Ein Bericht an den Chefredakteur der KNA, Herrn Dr. Bringmann<sup>58</sup>, führte zu einem umfangreichen Schriftwechsel und zu mündlicher Berichterstattung des Vorsitzenden des Katholikenausschusses Hamburg (Rechtsanwalt Josef Krause<sup>59</sup>) beim Herrn Erzbischof Dr. Berning<sup>60</sup>. Der Chefredakteur Dr. Bringmann kündigte zwar einen Besuch in Hamburg zur Bereinigung der Angelegenheit an. Dazu ist es aber bis heute nicht gekommen.

Auch die neun katholischen Bürgerschaftsabgeordneten Hamburgs unter Führung des Senators Luigs richteten am 9. Oktober 1954 ein Schreiben an den Chefredakteur der KNA, in dem sie sich über die Berichterstattung des Herrn Scholl in Hamburg beschwerten und baten, die „geeignet erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen, um die genannten Schwierigkeiten zu beheben.“ Einen praktischen Erfolg hat auch diese Eingabe nicht gezeigt.

Bei den Etatberatungen der Hamburger Bürgerschaft bezog sich der ehemalige Bürgermeister Brauer in einer Rede auf die KNA, so daß Herr Bürgermeister Dr. Sieveking sich in der Sitzung vom 31. März 1955 genötigt sah, darauf wie folgt zu antworten:

„Ich darf in diesem Zusammenhang eine kurze Bemerkung über ein kleines Blättchen machen, das Herr Bürgermeister Brauer hier angezogen hat. Meine Damen und Herren! In unserer unvollkommenen Welt gibt es immer Menschen, die ihren Beruf darin sehen, überall Hundehaare zu säen, wie man bei uns sagt. Aber ich weiß mich mit unseren katholischen Freunden darin einig, daß diese Mitteilungen der „Katholischen Nachrichtenagentur“ nicht weiter tragisch zu nehmen sind. Mich persönlich regen sie gar nicht auf. Das einzige, was ich bedaure, ist, daß unter Umständen die katholische Sache, die doch weiß Gott in Hamburg immer in guten Händen gewesen ist, Schaden nehmen könnte, wenn jemand diese gute Firma so mißbraucht.“

Längere Zeit schien die Arbeit des Herrn Scholl nicht mehr zu Beanstandungen Anlaß zu geben, bis jetzt durch die Berichterstattung über die Dehler-Rede erneut eine fast böswillig erscheinende Art der Berichterstattung zutage tritt.

Wir vermißten stets eine Einfühlung des Herrn Scholl in die Hamburger Verhältnisse und bedauerten es immer, daß er keinen Kontakt mit den führenden katholischen

---

58 Dr. Karl Bringmann (geb. 1912), 1937–1938 Redakteur bei der „Germania“, 1947–1952 bei der „Rheinischen Post“, 1953–1958 Chefredakteur bei KNA, 1959–1978 Verlagsdirektor der „Rheinischen Post“.

59 Josef Anton Krause (geb. 1903), 1953–1961, 1964–1966 MdHB (CDU).

60 Dr. Wilhelm Berning (1877–1955), 1914–1955 Bischof von Osnabrück.

Politikern suchte, obwohl er dazu mehrfach angehalten wurde. Durch eine derartige Berichterstattung erschwert Herr Scholl die Arbeit der katholischen Abgeordneten im Rahmen des Hamburg-Blocks und setzt die Früchte langjährigen Wirkens leichtfertig aufs Spiel.

Uns erscheint es untragbar, daß der Berichtstatter der KNA in Hamburg über seine Aufgaben als Nachrichtenvermittler weit hinausgeht und politische Konsequenzen fordert.

Hamburg, den 9. März 1956

gez. Paul Luigs, Alfred Brockhagen<sup>61</sup>, Josef Krause

Das, meine Damen und Herren, zur Illustration, um die Vorgänge in der richtigen Proportion zu sehen. Dieser Mann versucht seit Jahren immer wieder, konfessionellen Hader zu säen. Er gibt von diesen Dingen eine völlig falsche Darstellung, die sich zum Schaden aller auswirkt.

*Adenauer:* Ich will nicht viel dazu sagen, möchte aber feststellen, daß ich den Namen Scholl zum ersten Male in meinem Leben heute gehört habe. Seine Korrespondenz kenne ich überhaupt nicht. Und ich bin von ihm weder direkt noch indirekt benachrichtigt worden. Meine Kenntnisse der ganzen Vorgänge verdanke ich einmal einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“<sup>62</sup> (*Sievekings*: Der geht darauf zurück!) und zweitens der Bandaufnahme, die ich hier habe. Das hat gar nichts damit zu tun, daß ich zufällig Katholik bin. Ich finde es ungeheuerlich, daß der Herr Dehler etwas Derartiges gegen den Papst sagt und gegen den Mann, der sich so für die deutsche Sache eingesetzt hat. Und nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Sieveking, wenn die CDU in Hamburg gemeint hat, Sie und ein anderer Herr sollten dorthin gehen, so darf ich einwenden, derselbe Dehler hatte vorher in Baden-Württemberg solche (*Zurufe*: Stuttgart!<sup>63</sup>) Reden gegen die CDU gehalten, daß mich keine zehn Pferde dazu gebracht hätten, in seine Versammlung zu gehen. Er hat in Baden-Württemberg – die Dinge sind nicht so in die Presse gekommen – gesagt, daß die ganze CDU aus Leuten bestehe, die aus Idiotenhäusern entlassen worden seien. In eine solche Versammlung kann man nicht hineingehen, auch wenn er diese Geschichte mit dem Papst nicht gemacht hätte.

*Zimmer:* Ich habe die Verlautbarungen über Herrn Dehler genau verfolgt. Wir hätten es sehr gewünscht, wenn wir ein Wortprotokoll der Stuttgarter Ausführungen des Herrn Dehler sofort bekommen hätten. Das, was in den Zeitungen gestanden hat, war ungeheuerlich. Ich muß die Frage aufwerfen, ob unsere Freunde in Hamburg, nachdem sie das aus der Presse gewußt haben, tatsächlich aus ihrer Hamburger Sicht heraus richtig und zweckmäßig gehandelt haben, überhaupt an dieser Versammlung

---

61 Alfred Brockhagen (1889–1977), vor 1933 Zentrum, 1946 CDU, 1948 stv. Caritasdirektor Hamburg, 1953–1970 MdHB.

62 5. März 1956.

63 Am 26. Februar 1956 (vgl. u.a. FAZ vom 27. Februar sowie UiD vom 1. März 1956).

teilzunehmen. In Hamburg gibt es eine besondere Situation, aber als Gesamt-CDU können wir uns unmöglich von einem Dehler in dieser schamlosen Weise beschimpfen lassen und dann noch obendrein in seine Versammlungen gehen ohne Not! (*Zurufe*: Sehr richtig! – *Bewegung*. – *Zuruf*: Kein Mensch sagt dem Dehler etwas!)

Wir haben neulich hier nach den Düsseldorfer Vorgängen einen Beschluß gefaßt, in dem es hieß: Wir haben eine Parteihhre. Im Volk hat man dafür ein sehr feines Empfinden, ob eine Partei entschlossen ist, auch einmal ordentlich zurückzuschlagen, wenn sie in einer solchen infamen Weise wie in Stuttgart angegriffen wird.

Auch in Hamburg ist gesagt worden – ich weiß nicht, ob die Zeitungsnachricht richtig ist –: Recht ist, was dem Volke nützt, war die Parole im Nationalsozialismus; jetzt scheint der Satz zu gelten: Recht ist, was dem Konrad Adenauer nützt! Ich möchte fragen, ob das wirklich geschehen ist. Jedenfalls dürfen wir uns solche infamen Beleidigungen unseres Vorsitzenden und unserer Partei nicht gefallen lassen; wir dürfen sie nicht widerspruchslos hinnehmen, sonst verlieren wir doch jeden Respekt. (*Lebhafte Zurufe*: Sehr richtig! Wir müssen uns energisch dagegen verwehren. – *Unruhe*.)

Herr Bundeskanzler! Man wird es als eine Unaufrichtigkeit betrachten, wenn wir zur Saarfrage schweigen. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, man soll nicht nachkarten, aber ich bin es der Aufrichtigkeit schuldig zu erklären, daß wir die Dinge, was die Vergangenheit angeht, etwas anders beurteilen. Wir hoffen und glauben, daß der 23. Oktober eine Ausgangsbasis für eine gemeinsame Beurteilung geschaffen hat. Herr Gerstenmaier hat schon darauf hingewiesen, was wir sagen können und müssen, was immer unsere Auffassung war. Jawohl, wir haben uns für die Bejahung des Saarstatuts eingesetzt, weil das Saarstatut die Alternative des Ja oder des Nein geschaffen hat. Und dann hat es ein Nein gegeben, das befreiende Nein. Dieses Nein, Herr Bundeskanzler – und jetzt unterscheiden wir uns etwas, ich hoffe aber nicht auf die Dauer –, mag in etwa ein Ausdruck der nationalistischen Übersteigerung des Herrn Schneider gewesen sein, aber in der Masse war es nicht so. Es war in der Masse der Ausdruck des ehrlichen und anständigen Willens der Saarbevölkerung, bei ihrem deutschen Volk und Vaterland zu bleiben. Und dieses Bleiben sahen sie nun einmal bei einem Ja nicht gewährleistet. Die Möglichkeit des Nein ist das Ergebnis Ihrer Politik gewesen, und deshalb ist die künftige Saarpolitik, wenn sie in unserem Sinne verläuft, nur mit Ihrer Politik möglich gewesen.

Zu der Verbindung des Herrn Schneider mit Düsseldorf will ich mich nicht äußern, aber ich möchte doch ein Fragezeichen hinsichtlich der Ausdeutung machen. (*Adenauer*: Der Herr Döring hat es schon erklärt!) Ja, ich möchte aber von der Saar aus gesehen ein Fragezeichen machen. Damit will ich über die Dinge noch nichts gesagt haben. Ich kenne Herrn Schneider. Es wird vielleicht eine Zeit kommen, Herr Bundeskanzler, wo sich die Notwendigkeit ergibt, mit dem Herrn Schneider sogar politisch zusammenzuarbeiten. (*Johnen*: Der Herr Dehler kann auch wieder ins Kabinett kommen! – *Unruhe*. – *Adenauer*: Herr Johnen, sagen Sie das noch einmal!) Ich will Ihnen sagen, was mir ein französischer Politiker, der sehr rechts gerichtet

ist – ein Oberst a.D. – und am politischen Leben einen großen Anteil nimmt, nach achttägiger Tätigkeit in unserem Lande erklärt hat. Er hat mir geschrieben, das Nein an der Saar habe ihn gar nicht mehr überrascht, das habe er für eine Selbstverständlichkeit gehalten, nachdem die Französische Kammer durch Ablehnung der EVG dafür die Ausgangsbasis geschaffen habe.

An der Saar hat es sicher einen französischen Nationalismus gegeben, und die Saarfrage ist durch diesen französischen Nationalismus entstanden, nicht durch den deutschen Nationalismus, wenn sich auch am französischen Nationalismus in begrenztem Rahmen ein deutscher Nationalismus als sekundäre Folge entwickelt hat. Es wäre daher gut, wenn wir in Zukunft nicht nur von diesem sekundären Nationalismus auf deutscher Seite sprächen, sondern viel mehr den primären französischen Nationalismus herausstellten. Im ganzen gesehen ist es gut, wenn wir uns für die Zukunft in dieser Frage zu einer Auffassung einigen.

Nun zu der Frage, die an die Existenz unserer Partei geht! In einer Sitzung des Vorstandes im Oktober des vergangenen Jahres, die unser verstorbener Freund Tillmanns geleitet hat – der Herr Bundeskanzler war vorzeitig weggegangen –, habe ich die Notwendigkeit betont, daß wir über das konfessionelle Problem in sehr verantwortlicher Weise unsere Gedanken austauschen müßten.<sup>64</sup> Herr Tillmanns und die anderen Freunde haben damals zugestimmt. Herr Tillmanns ist aber dann leider bald darauf gestorben, und es ist dann nichts mehr aus diesem Gespräch geworden. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß das Buch von Ellwein<sup>65</sup> geradezu verheerend gewirkt hat. (*Zuruf*: Das Buch war vorher bestellt!) Es wurde in einer großen Auflagenzahl in Deutschland verbreitet. Ich spreche als Katholik, Herr Bundeskanzler! Ich muß sagen, auf unserer Seite sind bedauerliche Fehler gemacht worden. Es war im September 1953 nicht notwendig, ja, es war sogar völlig falsch, daß ein führender CSU-Politiker die Abschaffung der standesamtlichen Trauung verlangt hat.<sup>66</sup> Ich stehe als Katholik auf dem Standpunkt, daß, wenn wir sie nicht hätten, sie aus Ordnungsgründen – wenigstens als Ehevertrag, nicht als Trauung – eingeführt werden müßte, weil ja die Pfarrer vielfach nicht in der Lage sind, überhaupt Ordnung zu halten bei Leuten, die derartig durcheinandergewirbelt sind in allen deutschen Gauen. Es war ein schwerer Fehler, der uns großen Schaden zugefügt hat. Ich wünsche, daß die Herren das Bewußtsein dafür bekommen, daß sie mit solchen Vokabeln viel mehr geschadet haben, als es heute vielleicht in Erscheinung tritt. Aber uns wird die Sache in die Schuhe geschoben. Ich will aber nun nicht weiter darauf eingehen.

Als wir im Jahre 1945 die CDU gegründet haben, haben wir eine jahrhundertlange Tradition abgebrochen und aus der gemeinsamen Verfolgung heraus einen neuen Weg

---

64 Vgl. Nr. 10 S. 709.

65 Vgl. Nr. 10 Anm. 66.

66 Richard Jaeger im Bayerischen Rundfunk am 7. Oktober 1953 (UiD vom 10. Oktober 1953).

eingeschlagen, der natürlich mit Hypotheken aller Art belastet war. Infolgedessen wurden und werden an die Konsequenz und die Sorgfalt des Politikers höchste Anforderungen gestellt. Wir wollen nicht eine Partei für zehn Jahre sein, und wir müssen über diese Dinge hinwegkommen; wir müssen den Mut haben, gegen beide Seiten zu sprechen! Ich muß mich gegen katholische Pfarrer und gegen evangelische Pfarrer zur Wehr setzen, allerdings mit handfestem Material. Wir müssen eine christliche Partei sein, die bereit ist, nach beiden Seiten hin konsequent ihren Standpunkt zu vertreten, ohne daß wir uns gegenseitig etwas vormachen.

Die Bundestagswahlen werden nicht erst im sogenannten Wahlkampf gemacht, sondern schon heute und in den kommenden Monaten. Ich erinnere an das Buch von Ellwein, das von Mund zu Mund geht in vielen Kreisen. Ich bitte darum, daß wir über diese Frage ernsthafte Überlegungen anstellen. Es ist so, wie der Herr Bundeskanzler gesagt hat: Wir sollen uns offen aussprechen.

Das Volk nimmt die Erfolge unserer Politik inzwischen als etwas Selbstverständliches hin, und zwar nicht nur auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, sondern auch auf dem Gebiete der Außenpolitik. (*Simpfendorfer*: Es wird nicht mehr honoriert!) Es wird nicht honoriert, sondern diese Affekte werden im politischen Denkraum ausgefüllt. Und aus diesem mit politischen Affekten erfüllten Denkraum heraus erfolgt eine negative Entscheidung bei der Wahl, (*Zurufe*: Sehr richtig!) und eine negative Entscheidung wird immer gegen uns sein, wie wir das in den verschiedenen Ländern erlebt haben. Der Parteitag bietet die Möglichkeit, daß die CDU aus ihrer defensiven Haltung der letzten Monate wieder herauskommt. Wir sind in der öffentlichen Meinung in die Defensive geraten. Wir wehren uns zwar gegen Verdächtigungen und Mißdeutungen, aber das genügt nicht mehr! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Der Parteitag muß benutzt werden, um zur Offensive überzugehen, nicht nur mit der Sozialreform, denn das nimmt man uns als selbstverständliches Geschenk ab, sondern wir müssen auch da vorstoßen, wo man uns diese unverschämten Vorwürfe macht, nämlich auf dem Gebiete der Außenpolitik, der Europa- und Weltpolitik. (*Lebhafte Beifall*.)

*Adenauer*: Ich würde vorschlagen, noch den Herrn Gurk zu hören und dann die Pause einzulegen. Ich darf noch folgendes sagen: Meine Politik bezüglich der Saar ist die, dafür einzutreten, daß nach der Abstimmung am 23. Oktober möglichst schnell, möglichst reibungslos und möglichst billig die Saar zu uns zurückkehrt. Aber wir müssen uns darüber klar sein, diese Forderungen des Herrn Schneider, die er jetzt wieder stellt, sind so unerhört, daß er dadurch die öffentliche Meinung in Frankreich weiter gegen uns bringt. Und wenn Sie meinen, die Gefahr, daß er an die Spitze der Dehler-Partei zu stehen kommt, sei nicht groß, dann irren Sie gewaltig. Das ist die Absicht der sogenannten jungen Leute, nicht in der Öffentlichkeit, aber in internen Kreisen haben sie das ganz ruhig ausgesprochen, und Herr Schneider hat selbst erklärt, es sei jetzt noch für ihn zu früh. Und wenn Sie meinen, ich würde mich mit Herrn Schneider an einen Tisch setzen, so hoffe ich, daß ich das nicht auch noch zu tun brauche. Ich glaube, ich würde es wirklich nicht tun. In gewissen Dingen muß man bei der Parteipolitik absolut hart und konsequent sein, sonst verliert man seinen Einfluß.

Herr Johnen hat eben einen Zwischenruf gemacht, der sehr leise war, aber es klang so: Herr Dehler kann auch wieder ins Kabinett kommen! Das haben Sie doch gesagt, Herr Johnen? (*Johnen*: Ja, das stimmt! Ich weiß nicht, ob er auf dem Wege ist!) Es gibt Leute – allerdings nicht bei uns –, die davon sprechen. (*Johnen*: Ich habe nur laut gedacht!)

Und nun zur öffentlichen Meinung! Das ist gerade das Ende vom Lied! Die öffentliche Meinung wird gemacht durch die Presse und durch den Rundfunk. (*Zimmer*: Und durch die Journalisten!) Das ist doch identisch mit der Presse. Sprechen Sie mal mit einem Korrespondenten. Der sagt Ihnen, die Redaktion streicht mir meine Sachen zusammen. Das bedauerliche dabei ist, daß wir hier in Bonn keine Redaktion einer Zeitung haben, so daß Sie die politische Atmosphäre gar nicht in sich aufnehmen können. Sie haben vollkommen recht, von der öffentlichen Meinung sind wir abgeschnitten und isoliert. Das liegt auch an den Rundfunkgesellschaften, von denen ich gesprochen habe. Der Südwestfunk dringt leider nicht durch auf weite Gebiete der Bundesrepublik, und die anderen Sender sind alle sozialistisch geführt, und zwar zum Teil rabiat sozialistisch! Und das ist die Schuld der Länder. Daran kommen Sie nicht vorbei!

*Gurk*: Ich möchte etwas zum Bundestagswahlkampf sagen: Zur Außenpolitik bedarf es keiner weiteren Ausführung als die gründliche Unterstreichung dessen, daß wir die Frage der Wiedervereinigung korrespondierend darstellen müssen, wie sie sich nach unserer Meinung darstellt. Was Herr Gerstenmaier gesagt hat, möchte ich unterstreichen. Wir müssen uns in der Sache stellen, wie wir uns im Jahre 1953 gegen andere nationalistische Thesen gestellt haben. Ich habe in jeder Versammlung im Wahlkampf in Baden-Württemberg das Thema „Wiedervereinigung“ korrespondierend behandelt.

Zur Innenpolitik! Das Kindergeldgesetz muß geändert werden, und zwar bald.<sup>67</sup> Es sind zwar nur Pfennige, um die gestritten wird, aber jeder Scherenschleifer bringt in jeder Versammlung das Gesetz zur Sprache, so daß man sein Material herauskramen muß, um das abzuwehren. Auch wenn der Bauer 25 Pfennig oder eine Mark bezahlt, es nützt nichts. Schaffen Sie es ab! Die Leute sagen, wir haben sechs Kinder erzogen und keinen Pfennig dafür bekommen, und jetzt, wo die Kinder groß sind, müssen wir auch noch Kindergeld bezahlen. Korrigieren Sie das bitte! Ich darf sagen, die Ministerien sind nicht genügend politisch geführt. Ich meine jetzt nicht den Kollegen Dr. Wuermeling. Ich darf Sie nochmals bitten, geben Sie in dieser Beziehung nicht nach, auch nicht gegenüber dem Gewerkschaftsflügel, der in dieser Hinsicht offenbar unheilvoll wirkt. (*Krone*: Wir sind uns darüber einig, daß unter DM 12,- nicht

---

<sup>67</sup> Die letzte Änderung des Gesetzes zur Ergänzung des Kindergeldgesetzes stammte vom 23. Dezember 1955 (BGBl I S. 841). Am 24. Februar 1956 setzte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Sonderausschuß zur Überprüfung des Kindergeldgesetzes ein (vgl. UfD vom 1. März 1956; ACDP VIII-001-1007/2 S. 162). Eine erneute Änderung beschloß der Bundestag am 28. Juni 1957.



mehr gezahlt wird!) Man kann die Leute nicht in die Steuergruppe 1 schicken. Sie bekommen das in jeder Versammlung zu hören.

Zur Sozialreform möchte ich hervorheben, man sollte dem Bundesfinanzminister Schäffer etwas Beistand leisten, damit er nicht so sehr das Fiskalische betont. Zur Frage des Grünen Berichts braucht man nicht viel zu sagen.<sup>68</sup> Darin sehe ich eine erfreuliche Entwicklung, mache aber darauf aufmerksam, daß der Landesbauernverband in Baden-Württemberg den Versuch eines Einbruchs hat erkennen lassen, während die Bauernverbände in Südwürttemberg standgehalten haben. Bitte achten Sie darauf.

Ich habe eine dringende Bitte bezüglich der Wehrfrage. Die Ungeschicklichkeit, mit der der Vertreter des Bundesverteidigungsministeriums uns den Wahlkampf in Baden-Württemberg eröffnet hat, war nicht mehr zu überbieten! (*Zurufe*: Nanu!) Ich möchte bitten, dort einen politischen Beistand vorzusehen. Darf ich den Ausdruck „Beistand“ nehmen? Ich bin darauf gefaßt, daß dieses Ministerium drei Tage vor der Wahl die ersten Gestellungsbefehle herauschickt! Vielleicht sollte man dem Bundesparteivorstand Gelegenheit geben, zu den kommenden Wehrgesetzen<sup>69</sup> Stellung zu nehmen. Ich bin gebeten worden, hier vorzutragen, ob man nicht wenigstens zu einem Miliz-System übergehen könnte. Diese Wehrgesetzgebung wird uns beim Nachwuchs der Wähler Schwierigkeiten bereiten, insbesondere bei der Wahl. Man könnte mit einem Miliz-System einiges erreichen.

Bei den Intellektuellen werden die konfessionellen Kämpfe eine erhebliche Rolle spielen. Das haben wir schon jetzt gespürt. In jeder Versammlung wurde von den Sozialdemokraten herausgeschleudert: Ihr wollt die Konfessionsschule! Wir müssen uns in allen Versammlungen auf den Boden der Verfassung stellen und die Meinung von der Konfessionsschule im Sinne des Elternrechts korrigieren, aber im übrigen betonen: Wir wollen an der verfassungsmäßig bestehenden Simultanschule nichts ändern.

Insgesamt darf ich eine Bitte in aller Bescheidenheit ausdrücken: Leisten Sie den Ressorts in Bonn starken politischen Beistand, damit sie in ihren Maßnahmen und Entscheidungen etwas gebremst werden, wenn aus irrationalen Affekten der Wahlkampf geführt werden sollte.

*Adenauer*: Ich kann mir nicht helfen, meine Freunde, ich neige nicht zur Ängstlichkeit, und hier erst recht nicht. Das Wehrgesetz ist im Kabinett verabschiedet und ist beim Bundesrat und nimmt seinen Lauf. Daran ist nichts zu ändern. Kommen Sie jetzt bitte nicht mit der Miliz! Es sind bis jetzt schon über 200.000 Freiwillige da. Sie glauben nicht, was für junge Leute sich alle gemeldet haben: Studenten, Akademiker, Bergleute usw. Ich weiß, daß eine ganze Reihe von jungen Bergleuten gesagt hat:

---

68 Vgl. Bericht über die Lage der Landwirtschaft vom 10. Februar 1956 (BT-Drs. 2100).

69 Soldatengesetz vom 19. März 1956 (BGBl I S. 114); das Wehrpflichtgesetz wurde am 6. Juli 1956 im Bundestag angenommen und trat am 21. Juli 1956 in Kraft (BGBl I S. 651), das Gesetz über die Dauer des Grundwehrdienstes und die Gesamtdauer der Wehrübungen am 24. Dezember 1956 (BGBl I S. 1017).

Wir gehen in die Truppe. Es sind Leute aus dem Aachener Revier und aus dem Ruhrgebiet. Sie hätten einmal sehen sollen, welche Freude die Bauarbeiter hatten, als die Musikkapelle gespielt hat. (*Unruhe.*) Und nun fängt der Bundestagspräsident Gerstenmaier mit der Uniform an. Wir konnten doch unmöglich den Soldaten einen so tadellosen Cut geben wie Ihnen als Bundestagspräsident! (*Gerstenmaier: Zu einem Kommiß mit solchen Uniformen würde ich nie gehen!*) Ich habe den Herren Heusinger und Speidel<sup>70</sup> dasselbe gesagt, und Herr Heusinger hat erklärt, beruhigen Sie sich, wir haben damals mit der Reichswehr genauso angefangen, schmucklos ... (*Unruhe und Bewegung.*) Warten Sie doch ab! Er hat gesagt, es ist kein Jahr vergangen, da waren wir von oben bis unten voller Lametta. Ich habe auch gesagt, Sie sehen aus wie ein Hotelportier. Aber sonst hätte der Bundestag und die Öffentlichkeit geschrien: Einfachheit! Einfachheit! (*Gerstenmaier: Die Soldaten des Herrn Schröder sind auch richtig angezogen!*) Der Herr Schröder hat keine Soldaten!<sup>71</sup> Aber wir wollen nun die Pause einlegen.

### *Pause*

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Herr Krone hat vorgeschlagen, der Bundesvorstand möge eine Empfehlung fassen hinsichtlich der Bundesliste.

*Heck:* Zur Frage der Bundesliste waren hier die Landesgeschäftsführer völlig einig, daß eine Bundesliste eine Notwendigkeit ist, wenn überhaupt eine Möglichkeit der Korrektur in der Kandidatenaufstellung auf der Kreisebene geschaffen werden soll.

*Adenauer:* Da verschiedene Herren darum gebeten haben, zu Hause mit ihren Leuten die Frage besprechen zu lassen, schlage ich vor, namentlich solange wir noch alle zusammen sind, nur die Frage der Bundesliste zu diskutieren.

*Krone:* Ich habe folgende Bitte: 1. einen Beschluß des Bundesvorstandes zu fassen, einer Bundesliste zuzustimmen, und zwar 50 % Wahlkreis, 40 % Landesliste und 10 % Bundesliste, 2. daß das im Gesetz stehen möge. Wir haben 242 Wahlkreise, davon 40 % auf Landesliste, und 10 % auf Bundesliste. Wir bleiben bei 484, und zwar wegen der Vertriebenen, aus konfessionellen Gründen usw.

Der Bundesvorstand soll die Fraktion auffordern, der Bundesliste zuzustimmen. Im Wahlgesetz soll stehen, daß überkreisliche Instanzen ein Mitspracherecht haben sollen bei der Kandidatenaufstellung, nämlich der Landesvorstand und der Bundesvorstand. (*Johnen:* Ich warne davor, über Bundestagskandidaten zu sprechen!)

---

<sup>70</sup> Dr. Hans Speidel (1897–1984), 1955–1957 Leiter der Abteilung Gesamtstreitkräfte im Bundesverteidigungsministerium, 1957–1963 Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in Mitteleuropa (vgl. PROTOKOLLE I S. 114 Anm. 17).

<sup>71</sup> Gemeint ist der Bundesgrenzschutz, 1951 als Sonderpolizei des Bundes errichtet und dem Bundesminister des Innern unterstellt. Aufgabe: Sicherung des Bundesgebiets gegen unberechtigte Grenzübertritte, Ordnung im Grenzgebiet, Schutz gegen sonstige Störungen der öffentlichen Sicherheit.

*Adenauer:* Herr Krone! Herr Johnen hat darum gebeten, wir möchten dieses Thema nicht anschneiden.

*Johnen:* Das ist ein Irrtum, Herr Bundeskanzler! Ich habe nur davor gewarnt, jetzt über die Bundestagskandidaten zu sprechen. Wir müssen doch das Wahlrecht durchsprechen, und da kommt es auf jede Stimme an. Sie dürfen keinen vertreiben. Deshalb warne ich davor, jetzt von Bundestagskandidaten zu sprechen.

*Adenauer:* Dann habe ich Sie falsch verstanden, Herr Johnen!

*Heck:* Die Landesgeschäftsführer waren der Auffassung, daß die Bundestagsabgeordneten eine derartige Regelung wahrscheinlich nicht akzeptieren werden. Sie betonen, man solle in das Wahlgesetz lediglich schreiben, daß die Kandidatenaufstellung nach den Statuten der Partei zu erfolgen habe und daß im Parteistatut das Recht der Landesparteien, von der Bundespartei aus auf die Aufstellung der Kandidaten für den Bundestag wirksam Einfluß nehmen zu können, verankert werden soll.

*Simpfendorfer:* Ich bin gegen Listenverbindungen. Wir haben die Listenverbindung vor dem Ersten Weltkrieg kennengelernt. Das waren immer unsaubere Geschäfte, die da gemacht worden sind.

*Krone:* Es heißt nur, daß der Wahlkreis die Möglichkeit hat, aber keine Verpflichtung.

*Simpfendorfer:* Ich bin grundsätzlich dagegen; denn je nach dem Wahlkreis verbinden sich heterogene Elemente. Das war früher sehr anfechtbar. Sie wissen, daß die SPD ihre Zusammenarbeit mit uns davon abhängig gemacht hat, daß gewisse Dinge im Wahlgesetz nicht passieren. Und diese Listenverbindung ist einer dieser Punkte. Aus diesem Grunde und auch aus grundsätzlichen Erwägungen bin ich gegen eine Listenverbindung.

*Adenauer:* Lassen Sie mich ein praktisches Beispiel anführen: Wir haben das größte Interesse daran, daß die Deutsche Partei im künftigen Bundestag ist. Das wird nur möglich sein, wenn wir mit ihr eine Listenverbindung eingehen. Lassen wir also die theoretischen Betrachtungen sein. Und wenn Sie sagen, Herr Simpfendorfer, das sei ein unsauberes Geschäft, dann muß ich Ihnen erwidern, die ganze Politik ist ein unsauberes Geschäft! (*Gerstenmaier:* Dreiviertel ist zu wenig!) Herr Gerstenmaier meint, dreiviertel sei zu wenig.

*Johnen:* Das Begehren, das Herr Krone vorgetragen hat, ist richtig und wesentlich. Wir haben es im Verhältnis Kreis zum Land wie jetzt Land zum Bund. Wer das von unten her mitmacht, muß ein Mitspracherecht haben vom Land zum Kreis und selbstverständlich auch vom Bund zum Land. Sie haben in der Bundestagsfraktion Persönlichkeiten nötig, für die ein Wahlkreis nicht zu schaffen ist, wahrscheinlich auch Persönlichkeiten, die, wenn sie auch nicht reden können oder sonst nicht attraktiv sind, irgendwie sehr wertvoll für die Fraktion sind. Sie müssen eine Gelegenheit haben, diese Leute auf einer sogenannten Reserveliste zu placieren.

Deshalb unterstreiche ich dick, wenn es möglich ist, daß Sie eine Bundesliste machen, wo eben das Bundesorgan der Partei entscheiden kann; nur muß der Bundesvorstand – oder wer das macht – dann auch so stark sein, dafür zu sorgen, daß nur

die Interessen der Fraktion hierbei ausschlaggebend sind. Es darf nicht sein, daß sich Persönlichkeiten einen Wahlkreis besorgen, auf sicherem Platz der Reserveliste stehen in den Ländern und dann noch auf der Bundesliste stehen. Das ist nicht der Sinn der Bundesliste.

Ich weiß, daß die Bundestagsabgeordneten genau wie die Landtagsabgeordneten nicht für eine solche Lösung sind. Ich weiß, daß die Kreisparteien dagegen angehen werden. Und es wird sehr schwer sein, das durchzubringen. Aber jeder, der einigermaßen vernünftig ist, muß die Idee der Bundesliste, wenn Sie es gesetzlich hinkriegen, unbedingt bejahen, und zwar aus überörtlichen und überländermäßigen Interessen heraus.

*Krone:* Darum ist ein Beschluß des Bundespartei Vorstandes notwendig.

*Johnen:* Ich warne aber davor, einen Beschluß zu fassen: Der Bundestag soll nicht verkleinert werden. Wir sollten uns darum nicht kümmern. Ich bin der Auffassung, er soll verkleinert werden, aber trotzdem, ich bin nicht dafür, das jetzt in einem Beschluß zu sagen. Wir sollten auch nicht sagen in dem Beschluß: Es bleibt bei der alten Stärke. Man sollte so beweglich wie möglich bleiben.

*Gerstenmaier:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wenn hier über die Bundesliste abgestimmt wird, möchte ich jetzt schon sagen, daß ich an dieser Abstimmung nicht teilnehmen werde; denn eine Empfehlung des Bundespartei Vorstandes an die Fraktion hat zur Folge, daß sie trotz des geradezu heroischen Kampfes des Bundesinnenministers vor der Fraktion zugunsten der Bundesliste abgelehnt wird. Die Sache hat in der Fraktion nur Aussicht auf Erfolg, wenn hier ein glasklarer Beschluß für die Bundesliste gefaßt wird. Ohne einen solchen Beschluß wird die Fraktion die Bundesliste glatt ablehnen.

Ich kann deshalb nicht mitwirken, weil dieser Beschluß über die Bundesliste sicherlich die Konsequenzen haben wird, daß der Bundestag in der seitherigen Größe unbedingt bestehenbleibt. Denn es ist klar, beides machen die Leute nicht mit. Sie sagen sich, eine Bundesliste bei dieser Größe von 484 geht unweigerlich zu Lasten der Landesliste. Die Kandidaten, die noch Aussicht hätten, auf der Landesliste an einen brauchbaren Platz zu kommen, verringern ihre Chancen, wenn sie einer Bundesliste zustimmen sollten; nicht die Nr. 1 bis 3 auf der Liste, aber die Nr. 4 bis 15 etwa, die sind dann möglicherweise durch die Bundesliste betroffen. Infolgedessen würden die Leute in der Fraktion sagen, wenn es unter allen Umständen darum zu tun ist, die Sitze zu zementieren, gut, wir sind für die Bundesliste, wenn man sich entschließt, die Zahl der Abgeordneten von 484 auf 50 plus 50 zu erhöhen.

Ich bin in der Fraktion belehrt worden, auch aus staatspolitischen Gründen sei es unerläßlich notwendig, die 484 Abgeordneten zu behalten. Nun warte ich darauf, daß sie sagen, es sei notwendig, die 484 plus 150 auf zusammen über 600 – und wenn Deutschland wieder vereinigt ist, sind es über 1.000 – zu erhöhen. Kurz und gut, weil diese Bundesliste diese Konsequenzen hat hinsichtlich der Größe des Bundestages, kann ich nicht mitstimmen. Ich bin entschlossen, mich im Parlament auf den Rücken legen zu lassen, aber ich bin nicht bereit, den Kampf aufzunehmen, um das Parlament

noch zu vergrößern. Ich mache mir keine Illusionen. (*Lebhafter Widerspruch und Unruhe.*)

Meine Herren! Im Wahlrechtsausschuß haben aufgrund der Instruktion der Fraktion 11 zu 8 zu 3 für 484 gestimmt. Nun können Sie sich vorstellen, wie die Sache aussieht, wenn jetzt noch ein langer Kampf um die Bundesliste losgeht. Die 8 wollen 400. Und wenn eine namentliche Abstimmung bei der zweiten Lesung beantragt wird, dann möchte ich sehen, wie man in den Wahlkreisen sagen will, wir haben für die Verkleinerung des Bundestages gekämpft, sind aber überstimmt worden. Dann wird im Protokoll nachzulesen sein, wie man gestimmt hat. Auch bei der namentlichen Abstimmung bin ich der Meinung, daß Herr Schröder mit seiner Voraussagung recht haben wird. Die Leute werden vielleicht mit einer knappen Mehrheit für die 484 stimmen. Wenn das herauskommt, dann will ich wenigstens den Gewinn der Bundesliste haben. Dann kann das Ganze ein bißchen Sinn haben, und das bißchen Sinn liegt in der Tat darin, daß der Bundesparteivorstand einen gewissen Einfluß hat.

Der Listenverbindung kann ich prima vista meiner württembergischen Obrigkeit nicht zustimmen. Ich bin gegen die Listenverbindung, vor allem deshalb, Herr Bundeskanzler, weil ich fürchte, daß wir hierbei zu viel bezahlen müssen an die DP. Die DP hat uns im Bundestagswahlkampf in Baden-Württemberg eine Reihe von Chancen dadurch genommen, daß sie völlig aussichtslose Kandidaten aufgestellt hat. Und in manchen Kreisen hat sie uns mit 100 bis 1.000 Stimmen die Chancen verpatzt! Eine Listenverbindung, die möglicherweise die DP ermutigt, aber zu unseren Lasten geht, sollten wir lieber nicht machen.

Ich bin für die Verstärkung des Mitspracherechtes der Landesvorstände; aber das muß genau definiert werden, damit man weiß, wer nun dieses Mitspracherecht ausübt. Der Verweis auf das Parteienstatut ist mir eine zu riskante Sache. Ich bin dafür, das genau zu formulieren.

*Adenauer:* Lieber Herr Gerstenmaier! Soviel ich weiß, gab es in Baden-Württemberg keine Listenverbindung. Infolgedessen hat die DP selbständig Kandidaten aufgestellt. Wäre aber eine Listenverbindung möglich gewesen, dann hätte ein gewisser Austausch stattfinden können. Die würden aber jetzt eine Listenverbindung mit uns eingehen, und dann bekommen Sie Ihre Chancen. (*Gerstenmaier:* Aber nicht zu unseren Lasten eine Verbindung eingehen!) Wir sind uns doch darüber klar, Herr Gerstenmaier, daß der Test, der vor der Wahl in Baden-Württemberg gemacht worden ist, wonach die CDU die absolute Mehrheit bekommen sollte, uns kolossalen Schaden zugefügt hat. Deswegen kommen wir gar nicht ohne ... (*Gerstenmaier:* Ich bin einverstanden!) Dann müssen Sie die Leute auch am Leben lassen! (*Gerstenmaier:* Das geht in Niedersachsen in den fünf Wahlkreisen, aber in Baden-Württemberg ist es doch völlig ausgeschlossen. Das ermutigt die Leute, in den Ländern, wo sie überhaupt keine Chance haben, auch noch mit Kandidaten zu kommen! – *Von Hassel:* Es ist nur möglich, wenn wir eine Listenverbindung eingehen. – *Unruhe.* – *Krone:* Das ist die einzige Möglichkeit! – *Gerstenmaier:* Wenn wir eine Listenverbindung eingehen, dann sind deren Chancen hoch!) Die DP wird niemals eine

Listenverbindung mit der SPD eingehen; sie wird niemals eine eingehen mit der FDP. (*Gerstenmaier*: Na! Na!) Nein, sie wird es nicht tun, Herr Gerstenmaier. Das sind mit die zuverlässigsten Leute, die wir haben. Meine Freunde! Damit die Diskussion nicht zu sehr auseinandergeht, möchte ich feststellen, daß Übereinstimmung darüber besteht, der Fraktion zu empfehlen, eine Bundesliste einzuführen. Sind wir darüber einig? (*Zurufe*: Ja! – *Gratl*: Ist das ein ganz klarer Beschluß? Dann müssen wir ihn schärfer formulieren!) Das möchte ich nicht; die Fraktion wird es übelnehmen, wenn wir es schärfer formulieren. Ich darf wiederholen: 1. eine Bundesliste, 2. im Gesetz ein Mitspracherecht der überkreislichen Instanzen festlegen, was noch formuliert werden muß.

*Fay*: „Mitspracherecht“ ist zu weit gefaßt. Der Einspruch, den wir haben, genügt nicht. Ich bin der Auffassung, auch ein echtes Vetorecht genügt noch nicht, sondern wir müssen in bestimmten Fällen eine ganz konkrete Entscheidungsbefugnis haben. Ich habe einmal erlebt, als ich versuchte, meinen Einspruch geltend zu machen, daß der Kreisverband mir gedroht hat, er werde überhaupt keinen Kandidaten aufstellen, wenn er nicht seine Kandidaten aufstellen könne. Damit wollte er den gesamten Wahlkampf gefährden. (*Gerstenmaier*: Das ist doch unmöglich!) Doch, solche Dinge passieren bei uns! Deswegen muß man das Wort „Mitspracherecht“ sehr wohl überlegen. Ich bin für eine sehr scharfe Formulierung, damit man wirklich eine scharfe Waffe in der Hand hat, sonst machen die doch, was sie wollen.

*Gerstenmaier*: Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß an sich ein Veto ausreichen müßte. Wenn ein Landesvorstand ein Vetorecht gegen die Aufstellung eines Kreiskandidaten hat, dann müßte das doch ausreichen. In einer anderen Weise das Mitspracherecht zu formulieren, erscheint mir schwierig, weil das Gesetz in allen Fraktionen diskutiert wird. Daß man aber dieses Veto verlangen kann, das scheint mir mehr als berechtigt. Ein Kreis kann doch von sich aus in einer so wichtigen Angelegenheit nicht tun, was er will. Ein Kreis muß sich darüber klar sein, daß, wenn er heute einen Kandidaten aufstellt – sagen wir den Kandidaten Schmidt –, dieser Mann erst etwas wird durch den Namen der CDU; denn sein Name wird mit der CDU verbunden. Und dafür hat der Kreis etwas zu bezahlen. Infolgedessen hat die Partei ein Recht darauf, daß sie gehört wird. Ich werde das auch in aller Schärfe in der Fraktion und im Bundestag vertreten.

*Schröder*: Im Wahlgesetz heißt es, wir werden wieder eine zweite Stimme, ein Zweistimmenwahlrecht, bekommen, d.h., für die endgültige Verwertung entscheidet eigentlich die zweite Stimme. Man könnte sich vorstellen, daß wir nirgendwo einen Direktkandidaten aufstellen, sondern daß wir alles über die Liste bekommen, um es einmal extrem auszudrücken, und zwar Kreiswahlvorschläge, Landeswahlvorschläge und – wenn das andere kommt – Bundeswahlvorschläge. Die Kreiswahlvorschläge müssen – so heißt es im § 20 – von dem satzungsmäßig zuständigen Landesvorstand unterzeichnet sein. D.h. also, wenn der Landesvorstand bei einem bestimmten Wahlvorschlag sagt, den reichen wir überhaupt nicht ein, dann ist eben nichts da. Dann

kann – das ist eine Art ultima ratio – in einem solchen Gebiet nur gewählt werden die Liste der CDU, weil kein wirksamer Wahlvorschlag eingereicht worden ist. Das ist mehr der technische Teil der Sache.

Es steht über das Einspruchsrecht weiter darin: Der Landesvorstand oder eine andere in der Parteisatzung hierfür vorgesehene Stelle kann gegen den Beschluß einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung Einspruch erheben. Auf einen solchen Einspruch ist die Abstimmung zu wiederholen. Ihr Ergebnis ist endgültig. D.h. also praktisch, daß der Landesvorstand eine Art verzögerliches Veto hat mit dem Ergebnis, wenn man dabei bleibt, kommt derselbe Kandidat wieder!

Dann gibt es nur das, was ich als ultima ratio bezeichnet habe, der Landesvorstand reicht den Vorschlag nicht ein, und das verdirbt die Stimmung in den Gebieten ganz sicher. Ich möchte meinen, daß man über das, was hier steht, nicht hinaus kann. Die Fraktion wird man schwer dazu bekommen, darüber hinauszugehen. Wir haben einen viel zu großen Kreis von Direktabgeordneten, als daß bei ihnen Neigung bestehen könnte, über das hinauszugehen, was hier verzögerliches Veto genannt wird. Das ist die Lage, wie wir sie hatten: keine Veränderung – und wie sie jetzt in dem Entwurf wieder erscheint.

*Adenauer:* Ich glaube, daß Herr Schröder in dieser Hinsicht recht hat. Auf der anderen Seite müssen wir die Autorität des Herrn Krone durch einen solchen Beschluß stärken. Wieviel Gebrauch er davon macht, ist eine andere Sache, aber seine Autorität müssen wir stärken. Und ich bin dafür, daß wir seinen drei Petita zustimmen. Einer großen Formulierung bedarf es nicht. Ich schlage vor: 1. Bundesliste, 2. Mitspracherecht und 3. die Möglichkeit der Listenverbindung. (*Zimmer:* Eine Wahlauseinandersetzung ist kein echtes Mitspracherecht. Es muß ein echtes Veto sein!) Ein Mitspracherecht hat nach meiner Meinung etwas Positives in sich. (*Zimmer:* Das ist zu wenig!)

*Von Hassel:* Diese Sache nützt uns nichts. Es muß hinein: bedarf der Zustimmung des Landesvorstandes! Von unseren 14 Leuten in Schleswig-Holstein werden 12 nicht nur vom Wahlkreis aufgestellt, sondern auch vom Landesvorstand akzeptiert. Fraglich sind nur 2 oder 4 Mann. Von den meisten weiß man doch, daß sie die Zustimmung bekommen werden. Und es sind nur ein paar Typen, die nicht die Zustimmung bekommen werden. Diese Leute werden natürlich dagegen sein. Mit ihnen haben wir aber nichts weiter wie Ärger. Ich meine also: ein ganz klares Zustimmungsrecht des Landesvorstandes!

*Adenauer:* Sie wünschen, daß der Bundesvorstand etwas zu sagen hat? (*Zurufe:* Ja! Nicht klar! – *Unruhe.*) Lassen Sie die Dinge doch einmal vor Ihrem geistigen Auge passieren. Lassen wir doch wenigstens den Vorschlag von Herrn Krone annehmen; dann wird Herr Krone sehen, wie weit er kommt. (*Krone:* Mitspracherecht aktiv gesehen, nicht nur ein Veto! – *Zimmer:* Sagen Sie zwei Drittel des Landesvorstandes! Dann bekommen Sie es eher durch! – *Simpfendorfer:* Man könnte uns Vorwürfe machen, ich hätte nicht klar gesprochen. Herr Mommer hat in der Zeitung geschrieben, er sei gegen die Entwicklung, d.h. die Liste.) Ich bin anders unterrichtet worden,

daß nämlich Herr Schoettle<sup>72</sup> der Auffassung war, der Beschluß, der damals gefaßt worden ist, solle geändert werden, und zwar wegen der Geschichte mit dem Grabensystem.<sup>73</sup> (*Simpfendorfer*: Nein! Nein!)

*Krone*: Wir sind in einer Reihe von Punkten anderer Meinung wie die SPD. (*Simpfendorfer*: Die Listenverbindung ist gegen die SPD.) Die SPD sagt 400, und wir sagen 480. (*Simpfendorfer*: Das macht nichts!) Die SPD sagt, wenn ihr Berlin nicht mitwählen laßt, stimmen wir gegen das ganze Gesetz. Zur Listenverbindung sagt die SPD intern: Ich würde gern mit dem BHE eine Listenverbindung eingehen. Es geht darum, daß Schoettle nicht genau im Bilde war, als er meinte, wir wollten auf das Grabensystem zurückkommen. (*Gerstenmaier*: Herr Menzel liegt mir immer in den Ohren, daß die Listenverbindung zustande kommt.)

*Adenauer*: Die Gefahr einer Listenverbindung zwischen SPD und FDP ist viel naheliegender als etwas anderes! (*Simpfendorfer*: Bei uns nicht! Da ist es die FDP und die CDU. – *Krone*: Ich möchte ein Veto bekommen!) Herr Krone kann mal mit Herrn Schoettle über diese Frage sprechen. Ich bin dafür, daß wir zustimmen. Daß wir über den Gedanken der Listenverbindung nicht die Regierung in Baden-Württemberg falsch laufen lassen, ist ganz klar. Können wir damit diesen Punkt verlassen? (*Simpfendorfer*: Ich bin gegen die Listenverbindung! – *Gerstenmaier*: Gegen die Listenverbindung habe ich nichts zu sagen, aber bei der Bundesliste habe ich mich enthalten!) Sie haben von einem zementierten Sitz gesprochen. Das ist sehr kühl und nackt! (*Gerstenmaier*: Er ist unbequem, aber ein fester Sitz!) Wir können damit den Punkt 1 der Tagesordnung verlassen.

*Heck*: Für diejenigen, die an der gestrigen Sitzung<sup>74</sup> nicht teilgenommen haben, darf ich kurz folgendes bemerken: Gegenstand der Beratungen war die Frage, wie es möglich sei, die Zusammenarbeit der Bundesgeschäftsstelle mit den Landesparteien und den Landesgeschäftsstellen etwas intensiver und wirksamer zu gestalten als bisher. Man hielt das für unbedingt notwendig, um die Bundestagswahlen gut vorbereiten und die Organisation der Partei vernünftig aufbauen zu können. Die Landesgeschäftsführer sind beauftragt worden, Vorschläge auszuarbeiten, über die der Bundesvorstand Beschluß fassen soll. Ich darf Ihnen die Vorschläge der Landesgeschäftsführer zur Kenntnis bringen:

„Die Landesgeschäftsführer bitten einstimmig den Vorstand, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Bundesgeschäftsführer ist berechtigt, den Landesgeschäftsstellen Weisungen zu erteilen in allen Fragen, die die Vorbereitung der Bundestagswahl betreffen oder zur Durchführung von Beschlüssen notwendig sind, die vom Bundesparteivorstand verbindlich für alle Landesverbände gefaßt wurden.

---

72 Erwin Schoettle (1899–1976), 1947–1962 und 1968 Vorsitzender der SPD Württemberg, 1949–1972 MdB (vgl. PROTOKOLLE I S. 110 Anm. 6).

73 Zur Diskussion jener Wochen um das Wahlgesetz vgl. LANGE S. 701–710; JESSE S. 103–110, 158–169. Das Wahlgesetz trat am 7. Mai 1956 in Kraft (BGBl I S. 383).

74 Konferenz der Landesvorsitzenden (vgl. Anm. 6).



2. Der Bundesgeschäftsführer hat das Recht, die Kreisverbände zu besuchen und die Arbeit der Kreisgeschäftsführer zu kontrollieren.
3. Der Mindestbeitrag der Mitglieder beträgt für die gesamte Bundespartei DM 1,- pro Mitglied monatlich. Darüber hinaus werden gestaffelte Monatsbeiträge je nach Vermögenslage eingeführt. Die Landesgeschäftsführerkonferenz wird beauftragt, einen entsprechenden Entwurf dem Parteivorstand vorzulegen.
4. Die Landesverbände sind verpflichtet, sofort den Aufbau des Vertrauensleutesystems in Angriff zu nehmen mit dem Ziel, bis Ende des Jahres in jeder Gemeinde und in jedem Stimmbezirk der größeren Gemeinden und der Städte zwei aktive Vertrauensleute zu haben.
5. Die Bundesgeschäftsstelle wird beauftragt, zur Vorbereitung der Bundestagswahl achtstägige Lehrgänge für die Kreisgeschäftsführer durchzuführen.
6. Die Bundesgeschäftsstelle und die Landesparteien werden beauftragt, eine Mitgliederwerbungsaktion vorzubereiten.“

*Adenauer:* Die Sache ist gut. Ich denke, wir können zustimmen.

*Gurk:* Wenn der Bundesgeschäftsführer direkt Weisungen an die Landesgeschäftsführer gibt, erfahren das die Landesvorsitzenden?

*Adenauer:* Die können eine Abschrift bekommen. Darf ich feststellen, daß Sie zustimmen?

*Johnen:* Ich halte es nicht für durchführbar, DM 1,- zu nehmen. Wir haben eine Reihe von Leuten, die DM 0,50 bezahlen. Wir können nicht verlangen, daß die DM 1,- bezahlen.

*Heck:* Herr Schreiber hat den Antrag gestellt, DM 1,- festzusetzen, weil in der Satzung des Landesverbandes Rheinland der Mindestbeitrag von DM 1,- festgesetzt sei. (*Johnen:* In der Satzung steht noch mehr drin!)

*Fay:* So erfreulich die Festsetzung eines Mindestbeitrages von DM 1,- ist, so würde ich das doch bedauern; denn für meinen Kreisverband habe ich als Mindestbeitrag DM 2,- festgesetzt. Wenn die hören, daß der Mindestbeitrag DM 1,- ist, dann sagen die Leute, wir zahlen auch nur DM 1,-.

*Adenauer:* Dann sagen wir: nicht weniger als DM 1,-. Herr Johnen, halten Sie Ihre Bedenken aufrecht?

*Johnen:* Ich kenne den Freund Bach. Die zweite Stufe ist eine Abgabe der Landespartei an die Bundespartei, verrechnet nach einem Mindestbeitrag von DM 1,-, während es in Wirklichkeit nur DM 0,80 sind. Das ist der Sinn. Darauf möchte ich nicht hereinfließen.

*Adenauer:* Der Herr Bach muß auch leben, und wir müssen auch leben! Dagegen können Sie nicht stimmen. Das reiche Land Nordrhein-Westfalen! Das ist doch unmöglich.

*Heck:* Die Einzelheiten werden noch ausgearbeitet von der Landesgeschäftsführerkonferenz und dann hier zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt, Herr Johnen, so daß Sie dann Ihre Bedenken noch anbringen können. Sie dürfen sicher sein, daß die

Regelung nicht so aussehen wird, daß ein Prozentsatz von dem Beitrag genommen wird, sondern man wird beschließen, pro Mitglied beispielsweise DM 0,10.

*Zimmer:* Wahrscheinlich geht man davon aus, daß ein großer Teil der Mitglieder DM 2,-, DM 3,-, DM 5,- oder DM 10,- bezahlt.

*Adenauer:* Ich stelle fest, daß Herr Johnen stillschweigend zustimmt. (*Johnen:* Das ist nur eine Empfehlung, was wir jetzt tun?) Es ist mehr als eine Empfehlung, nur sollen die Einzelheiten noch ausgearbeitet werden.

*Wuermeling:* Eine steuertechnische Bemerkung! Wir haben im Steuergesetz vorgesehen, daß die Zuwendungen an die Parteien steuerlich absetzbar sind. Man muß unterscheiden zwischen Beiträgen, die nicht absetzbar sind, und Spenden, die absetzbar sein sollen. Ich bitte, bei der endgültigen Formulierung der Dinge darauf Rücksicht zu nehmen, daß hier bei den höheren Beträgen eine entsprechende Scheidung vorgenommen werden kann, damit sie nicht unter die nicht absetzbaren Beiträge fallen. Ich will mit Herrn Schäffer sprechen, ob die Sache in Ordnung ist.

*Adenauer:* Ich darf also feststellen, daß Sie zustimmen!

Dann kommen wir zum Punkt 3 der Tagesordnung. Ich möchte bitten, daß wir den Punkt 3 vor dem Punkt 2 behandeln, denn es verschwinden schon einige Herren. Das Wort zum Punkt „Bundesparteitag“ hat Herr Heck.

#### BUNDESPARTEITAG IN STUTT GART

*Heck:* Zur Vorbereitung des Parteitages hat sich der geschäftsführende Vorstand in mehreren Sitzungen mit dem Programm des Parteitages beschäftigt. Die ursprüngliche Vorstellung, daß der Parteitag ausschließlich die Sozialreform behandeln soll, wie sie im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres geplant war, ist insofern zum Teil hinfällig geworden, weil der Parteitag nicht im Oktober, sondern erst im April stattfindet; außerdem ist über die Sozialreform, was die Invaliden- und Altersrente anlangt, durch das Sozialkabinett praktisch bereits Beschluß gefaßt. Wir waren trotzdem der Auffassung, weil die Sozialreform noch andere Gebiete umfaßt, daß das Thema „Sozialreform“ einen gebührenden Platz im Rahmen des Parteitages einnehmen soll.

Der zweite Gesichtspunkt, der neu für die Gestaltung des Parteitages auftauchte, ist durch die jüngste Entwicklung entstanden. Ich erinnere an die Tatsache, daß wir uns urplötzlich allein in Front gegen die Liberalen und die Sozialisten sehen. Ich erinnere an den KPdSU-Kongreß in Moskau.<sup>75</sup> Ein weiterer Punkt ist der, daß auf dem Parteitag klar zum Ausdruck kommen soll, in welche Gefahr wir, Europa und die Welt geraten sind durch den Kommunismus, und daß gegen den Kommunismus weder das liberale Ethos der Liberalen noch das sozialistische Ethos der Sozialisten ausreicht, sondern daß zu seiner wirksamen Bekämpfung die christlichen Kräfte und Anschauungen erforderlich sind.

---

<sup>75</sup> 20. Parteitag vom 14. bis 25. Februar 1956 (AdG 1956 S. 5631–5643).

Wir waren der Meinung, daß auf innenpolitischem Gebiet über das Thema der Sozialreform hinaus die Probleme der Landwirtschaft, die mit dem Grünen Plan in einem ersten Anlauf in die Öffentlichkeit hineingetragen worden sind<sup>76</sup>, auf dem Parteitag vertieft werden sollen.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen möchte ich nunmehr den Programmentwurf, wie ich ihn zusammen mit Herrn Minister Kaiser nach den vorangegangenen Besprechungen im geschäftsführenden Vorstand aufgestellt habe, Ihnen zur Kenntnis bringen:

Entwurf eines Programmes für den Bundesparteitag in Stuttgart vom 26. bis 29. April 1956

10 Jahre Christlich-Demokratische Union Deutschlands

- |             |   |
|-------------|---|
| Erster Tag  | Donnerstag, 26. April   |
| 15.00 Uhr   | Sitzung des Bundesvorstandes  |
| 19.00 Uhr   | Sitzung des Parteiausschusses   |
| Zweiter Tag | Freitag, 27. April  |
| 9.00 Uhr    | Eröffnung des Parteitages durch den<br>1. Vorsitzenden, Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler<br>Wahl des Präsidiums, des Redaktionskomitees<br>und der Mandatsprüfungskommission<br>Begrüßungsansprachen<br>10 Jahre Politik für Deutschland<br>Es sprechen:<br>Dr. Konrad Adenauer, Bundeskanzler<br>Dr. Eugen Gerstenmaier, Präsident des Deutschen Bundestages<br>Mittagspause |
| 15.00 Uhr   | Plenarsitzung<br>Das Los Mitteldeutschlands<br>oder<br>Entwicklung in Mitteldeutschland<br>Jakob Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen<br>Der Kommunismus als Weltgefahr<br>oder<br>Der Weltkommunismus, die Sowjetunion und wir<br>Kurt Georg Kiesinger, MdB<br>Aussprache  |
| Dritter Tag | Samstag, 28. April  |
| 9.00 Uhr    | Plenarsitzung<br>Die Arbeit der Fraktion<br>Dr. Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion   |

---

<sup>76</sup> Vgl. BT-Drs. 2100: Bericht über die Lage der Landwirtschaft vom 10. Februar 1956 sowie Zusammenstellung vom 23. Februar 1956 über die von der Bundesregierung getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955.

- Sozialreform  
Professor Dr. Ludwig Neundörfer  
Dr. Collmer<sup>77</sup>
- 11.00 Uhr Arbeitskreise
1. Arbeitskreis  
Reform der sozialen Leistungen  
(Alters- und Invalidenversicherung, Krankenversicherung,  
Rehabilitation, Prävention, Fürsorge)  
Leitung: Anton Storch, Bundesminister für Arbeit  
Heinrich Lünendonk, stv. Direktor der LVA Hessen
2. Arbeitskreis  
Familienpolitik und Wohnungspolitik  
Leitung: Edo Osterloh<sup>78</sup>, Kultusminister in Schleswig-Holstein  
Paul Lücke, MdB
3. Arbeitskreis  
Eigentumspolitik  
Leitung: Karl Hahn<sup>79</sup>, MdB  
Erwin Häussler<sup>80</sup>, MdB
4. Arbeitskreis  
Wirtschafts- und Finanzpolitik  
Leitung: August Neuburger, MdB
5. Arbeitskreis  
Landwirtschaft  
Leitung: Heinrich Lübke,  
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Mittagspause
- 15.00 Uhr Arbeitskreise
- 17.00 Uhr Plenarsitzung  
Rechenschaftsbericht der Partei  
Dr. Bruno Heck, Bundesgeschäftsführer

---

77 D. Dr. Paul Collmer (1907–1979), Vizepräsident der Inneren Mission und des Hilfswerks der EKD, bis 1972 Vorsitzender des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Württemberg, Geschäftsführer der Deutschen Sozialpolitischen Gesellschaft, 1955–1959 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher. Vgl. Zum Gedenken an Paul Collmer. Stuttgart 1979.

78 Edo Osterloh (1909–1964), 1935–1941 Dozent an der Kirchlichen Hochschule Berlin (Bekennende Kirche), 1953–1956 im Bundesministerium des Innern bzw. für Familienfragen, 1956–1964 Kultusminister in Schleswig-Holstein (CDU).

79 Karl Hahn (1901–1982), vor 1933 DNHV, 1953–1969 MdB (CDU), 1958–1970 MdEP.

80 Erwin Häussler (1909–1981), 1946–1953 Stadtrat in Stuttgart (CDU), 1952–1956 MdL Baden-Württemberg, 1953–1961 und 1964–1972 MdB, seit 1963 stv. Vorsitzender des CDU-Landesverbands Nordwürttemberg.

Änderung des Parteistatuts

Berichterstatter:

Professor Dr. Adolf Süsterhenn

Aussprache und Beschlußfassung

Wahl des 1. Vorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter

18.00 Uhr Sitzung des Parteiausschusses

Vierter Tag Sonntag, 29. April

Gottesdienste

11.00 Uhr Plenarsitzung

Berichte der Arbeitskreise

Mittagspause

Aussprache und Beschlußfassung

Schlußwort des 1. Vorsitzenden

*Simpfendörfer:* Ich vermissе einen Arbeitskreis für den gewerblichen Mittelstand.

*Adenauer:* Nicht der gewerbliche, sondern der Mittelstand überhaupt. Und dann, meine Freunde, was heißt eigentlich Arbeitskreis? Als wenn die anderen nicht arbeiteten! Das ist auch so ein modernes Wort, hinter dem nichts steht, genau wie das Wort „dynamische Rente“. Was heißt das eigentlich? Ich kann mir nichts Konkretes darunter vorstellen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

*Wackerzapp:* Ich möchte etwas zur Statutenänderung sagen und darauf hinweisen, daß der Parteitag erheblich mehr Mitglieder als sonst aufweisen wird; denn die Entsendung der Delegierten bei je 25.000 abgegebenen CDU-Stimmen wird ungefähr 500 Leute ausmachen, ebenso wird der Parteiausschuß sich numerisch verstärken. Dies bedeutet eine erhebliche Belastung für die Geschäftsführung. Wir haben gegen unsere Satzung mehrfach verstoßen. Die gewählten Mitglieder sind in ihrer Amtsperiode nach einem Jahr abgelaufen, sie sind satzungsmäßig und juristisch nicht mehr da! (*Zurufe:* Doch! Irrtum!) Wir haben keine Bestimmung in unserer Satzung, daß die gewählten Mitglieder ihr Amt so lange behalten, bis sie neu gewählt werden.

Was am dritten Tage alles in der Plenarsitzung vorgesehen ist, kann technisch nicht durchgeführt werden. Wir haben keine offizielle Geschäftsanweisung für die Parteigremien. Wir haben bisher analog der Grundgedanken der Bundesgeschäftordnung gehandelt, aber das ist nur in wenigen Fällen anwendbar. Nach dem Statut hat jedes Gremium in einer zufälligen Besetzung das Recht, Beschlüsse zu fassen. So kann z.B. eine Zufallsmajorität über wichtige Dinge entscheiden, so daß also der wahre Wille der Majorität nicht zum Ausdruck kommt. (*Unruhe und Zurufe:* Das ist unklar! Was heißt denn das?)

Nach unserer Satzung können Satzungsänderungen mit einfacher Mehrheit der jeweils Erschienenen beschlossen werden, und wenn man will, auch die Auflösung unseres ganzen Bundes. Es ist auch nicht gesagt, in welcher Form die Wahlen stattzufinden haben, ob durch Akklamation oder durch Stimmzettel usw., ob geheime Wahl verlangt werden kann usw. Das hängt alles in der Luft. Nach dem neuen

Satzungsentwurf sollen in den Parteiausschuß die Landesgeschäftsführer mit beschließender Stimme hineinkommen, während sie bisher nur beratende Stimme hatten. Das bedeutet, daß die Angehörigen des Parteiapparates maßgeblich mitwirken sollen an der Willensbildung des wichtigsten Parteigremiums. Es fragt sich, ob es richtig ist, Mitglieder der Parteibürokratie maßgeblich an der politischen Willensbildung der Partei mitwirken zu lassen. Ich halte es nicht für richtig.

Dann haben wir einen eigentümlichen zivilrechtlichen Status unserer Partei. Wir sind keine Körperschaft des öffentlichen Rechts, wir sind kein eingetragener Verein, wir fallen nicht in das Handelsgesetzbuch. Was sind wir eigentlich? Wir sind ein nicht eingetragener Verein und unterliegen den Gesellschaftsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hier sollte etwas geschehen, insbesondere wenn das neue Parteiengesetz geschaffen wird. Die Dinge müssen alle im Parteistatut geregelt werden. Es ist in der Beziehung aber auch nichts geschehen, was zu praktischen Ergebnissen geführt hätte! Wir sollten darüber eine ausgiebige Aussprache führen.

Eine der wichtigsten Aufgaben des Parteiausschusses ist die Mitwirkung bei der Bildung des Vorstandes. Er wählt die drei Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes, die in ihrer Kompetenz und Arbeitsweise intensiviert werden sollen. Es ist sehr wesentlich, daß für die Personen des geschäftsführenden Vorstandes Klarheit geschaffen wird. In der letzten Zeit war es so, daß der geschäftsführende Vorstand durch den Tod von Herrn Tillmanns, durch die Krankheit von Herrn Kiesinger und durch die Überlastung von Herrn Wuermeling eigentlich nicht mehr vorhanden war, so daß die ganze Verantwortung der Entscheidungen in der Hand des Bundesgeschäftsführers gelegen hat, was ich aus bestimmten Gründen nicht für richtig halte.

Ich möchte bitten, daß über diesen Punkt etwas gesagt wird. Die Statuten spielen in guten Zeiten der Partei keine Rolle, aber in bösen Zeiten werden die juristischen Sachverständigen aufgeboten, und die können dann aus einer mangelhaften Satzung enorme Schwierigkeiten der Partei bereiten.

*Adenauer:* Ich schlage vor, daß wir die Debatte anders führen, als sie Herr Wackerzapp vorgetragen hat. Ich meine, wir können heute nicht in die Einzelheiten des neuen Statuts eintreten. Wir haben es auch nicht vorliegen, geschweige denn, daß wir es im Kopf haben. Ich gebe ohne weiteres zu, von dem, was Sie gesagt haben, ist vieles richtig, aber wir beschäftigen uns heute doch mit der Frage, wie sich der Parteitag abspielen soll, und zwar geht es darum, ob Sie mit den Themen und den Rednern einverstanden sind. Und hier habe ich bis jetzt nur den Vorschlag von Herrn Simpfendorfer gehört, man solle auch einen Arbeitskreis für Mittelstandsfragen schaffen. Ich glaube, das ist auch richtig. Wir sollten das tun. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Dann hat Herr Wackerzapp bemängelt, daß die Zeit zu kurz sei für eine Plenarsitzung. Darin mag er recht haben. Wir müssen also sehen, daß wir etwas mehr Zeit dafür vorsehen. Die Frage der Geschäftsordnung und die des Statuts müssen wir erörtern, wenn wir noch einmal zusammenkommen. Wir können es unmöglich heute hier erledigen, weil wir nicht darauf vorbereitet sind. Ich würde großen Wert darauf

legen, daß bei der ganzen Sache hier auch Raum gegeben wird für Besprechungen außerhalb der Tagesordnung.

Dann möchte ich mir die Frage erlauben, genügen die Herren Hahn und Häußler bei dem Arbeitskreis „Eigentumspolitik“? Ich halte es für notwendig, daß noch jemand anders dabei ist; denn die Frage der Eigentumspolitik ist nicht nur eine Frage der Arbeitnehmer, das ist eine Frage von allgemeiner staatspolitischer Bedeutung. Wenn es nur eine Frage der Arbeitnehmer wäre, würde sich die Sache erschöpfen in der Frage: Besitz eines eigenen Hauses.

*Strickrodt:* Wir haben in der Partei einen Ausschuß „Eigentumspolitik“, der am Montag in Klausur tagt. Vorsitzender ist Dr. Hellwig. In diesem Ausschuß wird intensiv gearbeitet. Herr Häußler arbeitet da mit. (*Adenauer:* Es muß noch jemand anders hinein!) Vielleicht Herr Hellwig, weil er den Ausschuß der Partei führt.

*Adenauer:* Ich halte den Vorschlag mit der Investment-Gesellschaft für gut. Das ist einer der besten Wege, um Eigentum zu erwerben, auch für die kleineren Leute. Wenn irgendwo die Aktien heruntergehen, haben die Leute einen großen Verlust, aber eine gutgeleitete Investment-Gesellschaft gleicht das aus, so daß diejenigen, die als Aktionär teilnehmen, geschützt sind. Das ist ein guter Gesetzentwurf, der von unserer Fraktion eingebracht worden ist.<sup>81</sup> Leider liegt er ein halbes Jahr da, weil der Bundesfinanzminister oder ein Referent dagegen Widerspruch erhoben hat. Es handelt sich um die Frage, ob von der Dividende, die die Gesellschaft einnimmt als Aktionär, noch Steuer bezahlt werden soll von den Aktionären dieser Gesellschaft, so daß eine doppelte Besteuerung stattfindet. Ich habe mich etwas dafür interessiert auf Intervention von Herrn Neuburger. Ich habe nun gehört, die Sache sei jetzt glatt. Die Frage des Erwerbs eines eigenen Hauses ist eigentlich gelöst, aber diese Frage, nämlich das Interesse auch der kleinen Leute an der Gesamtwirtschaft zu wecken, ist ungemein wichtig.

*Heck:* Auf dem Parteitag in Köln wurde ein Beschluß gefaßt, daß ein Ausschuß gegründet werden soll, der das Problem „Miteigentum“ zu untersuchen habe. In diesem Ausschuß sind die Arbeitnehmer wie die Unternehmer vertreten. Beide Gruppen haben sich im großen und ganzen auf drei Punkte geeinigt. Die liegen vor, so daß dieser Arbeitskreis eigentlich nicht mehr darüber streiten dürfte, was vorgeschlagen werden soll. Es wird am Montag noch eine abschließende Sitzung stattfinden, der aber mehr redaktionelle Bedeutung zukommt.

Wir haben Herrn Neuburger deswegen für den Arbeitskreis „Wirtschafts- und Finanzpolitik“ vorgesehen. Ich halte es für zweckmäßig, neben Herrn Häußler, der die Arbeitnehmer vertritt, noch Herrn Hellwig in die Leitung dieses Arbeitskreises zu nehmen, weil Herr Hellwig der Vorsitzende des Ausschusses für Miteigentum der Partei ist.

---

<sup>81</sup> Gesetzentwurf über Kapitalanlagegesellschaften vom 9. Juli 1955 (BT-Drs. 1585); Gesetz vom 16. April 1957 (BGBl I S. 378).

*Strickrodt:* Der Arbeitskreis „Wirtschafts- und Finanzpolitik“ hat anscheinend keine Fühlung mit dem Wirtschaftsausschuß der Partei genommen, dessen Vorsitzender Herr Etzel ist. Herr Neuburger wird immer gebeten, zu diesem Kreis zu kommen, aber er erscheint fast nie. Herr Neuburger weiß nicht, was in diesem Kreis vor sich geht.

*Adenauer:* Eine allgemeine Bemerkung! Es sind mir zu viele Minister und Bundestagsabgeordnete darin. Und ein Minister kann nichts anderes sagen als das, was er vertreten hat. Das gilt auch für die Bundestagsabgeordneten. Haben wir denn keine Leute, die nicht gebunden sind an ihr Ministeramt oder an ihr Abgeordnetenmandat, die aber trotzdem gute Gedanken haben? (*Zurufe:* Sehr richtig!) Selbst wenn ihre Gedanken nur kritisch sind. Ich halte den Vorschlag von Herrn Strickrodt für sehr gut. Herr Neuburger liegt mehr oder weniger fest. Die Ausschüsse unserer Partei beklagen sich mit Recht darüber, daß sie entweder gar nicht einberufen werden von ihrem Vorsitzenden oder, wenn sie einberufen werden, dann die Mitglieder zu den vier Wänden sprechen. Das macht natürlich auf die Partei keinen Eindruck. Ich würde also raten, die ganze Geschichte noch einmal durchzuarbeiten. (*Simpfendorfer:* Wir sollten eine geistige Standortbestimmung festlegen!) Auch nach meiner Meinung ist viel zuwenig Raum gelassen für den geistigen Standort unserer Partei. Das ist das, was uns andere voraus haben, und wenn uns das nicht gelingt beim deutschen Volk, dann sind wir eben überflüssig. Unser geistiger Standort muß stärker betont werden.

Ich weiß, Herr Gerstenmaier, Sie werden das ausgezeichnet machen. Ihr Thema lautet „10 Jahre Politik für Deutschland“. Das sind aber die vergangenen Jahre! (*Gerstenmaier:* Weder Sie noch ich mache das als ein historisches Kolleg!) Das wissen Sie doch gar nicht! Es handelt sich um zwei Gesichtspunkte, meine Freunde! Den einen Gesichtspunkt habe ich neulich angeführt: Wir gehen herum, bescheiden, artig und tun die Arbeit und sagen nichts. Aber einmal gerade herausgesprochen! Lassen wir doch mal auf die Pauke schlagen! Lassen wir dem deutschen Volke doch sagen, laut und deutlich, was die CDU in den letzten zehn Jahren geleistet hat.

Das soll mit hinein, und zwar sollten wir mal wirklich mächtig auf die Pauke schlagen, damit die Öffentlichkeit auch sieht, was gemacht worden ist von uns in dieser Zeit auf allen möglichen Gebieten! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich wiederhole: Die Frage des geistigen Standorts ist sehr wichtig. Es ist aber nur vorgesehen in dieser Hinsicht ein Vortrag von Herrn Kiesinger. Ich habe mir sagen lassen, daß die politische Entwicklung der Sowjets von 1918 bis 1933 – nicht die innenpolitische, sondern die außenpolitische Entwicklung Sowjetrußlands – frappante Parallelen zu der Politik bietet, die die Sowjets jetzt machen. Deswegen habe ich vorgeschlagen, mit einem Professor Conze<sup>82</sup> in München, der dort ein Kolleg über europäische

---

82 In der Vorlage: Konz. – Dr. Werner Conze (1910–1986), 1952 a.o. Professor für Neuere Geschichte in Münster, ab 1957 o. Professor in Heidelberg. – In München lehrte Dr. Hans Koch (1894–1959), Universitätsprofessor; seit 1953 Direktor des Osteuropa-Instituts München.



Geschichte liest, Föhlung aufzunehmen, ob er nicht 30 Minuten lang diese Parallelen aufzeichnen könnte. Herr Bach hat es übernommen, mit Herrn Conze zu sprechen. Ich kenne Herrn Conze nur aus Schilderungen seiner Hörer. Herr Bach hat mir mitgeteilt, er habe mit Herrn Conze gesprochen, der einen hervorragenden Eindruck gemacht habe. Herr Conze behalte sich vor eine endgültige Stellungnahme bis heute abend. Herr Conze ist evangelisch. Ich lege großen Wert darauf, daß ein evangelischer Professor im Hinblick auf manche Pastoren einen solchen Vortrag auf unserem Parteitag hält. Wenn also Herr Conze bereit ist, dann bitte ich Sie, ihn noch in das Programm einzufügen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich stelle das fest.

*Heiler:* Unsere Partei sieht so aus, als ob sie ein reines Männergremium sei. Es ist keine Frau dabei. Ich möchte bitten, daß in den Arbeitskreisen „Familienpolitik“ und „Neuordnung der sozialen Leistungen“ eine Frau mit zu Wort kommt; auch in der Leitung. Wir haben dort wirklich etwas anzumelden.

*Adenauer:* Sie haben vollkommen recht, Frau Heiler!

*Eplée:* Ich habe Sorge, daß wir mit der Zeit, die für die Aussprache vorgesehen ist, nicht auskommen werden. Auch für die Sitzung des Bundesvorstandes ist zu wenig Zeit vorgesehen. Ich erinnere an Hamburg, wo es einen Kampf gegeben hat wegen der Neuwahl der Mitglieder für den Parteivorstand und den Parteiausschuß. Ich halte es auch für richtig, daß am dritten Tage nur ein Bericht des Fraktionsvorsitzenden gegeben wird, der nicht aufgesplittert werden sollte. Diese Kurzberichte machen nach außen keinen guten Eindruck und stören die Geschlossenheit.

*Wackerzapp:* Zu dem Punkt „Der Kommunismus als Weltgefahr“ möchte ich anregen, einen Flüchtling aus der Sowjetzone, und zwar aus der jungen Generation, zu Wort kommen zu lassen, der sich mit dem dialektischen Materialismus und mit den Kriegsgefangenen beschäftigt.

*Adenauer:* Das ist eine sehr gute Anregung. Wir müßten einen Kriegsgefangenen ausfindig machen, der referieren kann. Unter den zuletzt zurückgekehrten Kriegsgefangenen sind ausgezeichnete Menschen.

*Heck:* Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die Vorschläge einander widersprechen. Der eine Vorschlag besagt, es müsse mehr Zeit vorgesehen werden für die Diskussion, für die Sitzung des Bundesvorstandes, und die anderen wollen eine Ausweitung der Themen durch Hinzuziehung einer Frau.

*Adenauer:* Nein, Herr Heck, die Anregungen gingen dahin, eine Frau in die Arbeitskreise zu nehmen und daß ein Kriegsgefangener sprechen soll. Das halte ich für eine wertvolle Anregung. Wie groß wollen Sie die Arbeitskreise machen? (*Zurufe:* 15! – *Wuermeling:* Ein Bundesminister sollte keinen Arbeitskreis leiten!) Das halte ich auch für richtig. Es ist nicht gut, daß Herr Storch und Herr Lübke als Vorsitzende des Arbeitskreises eingesetzt werden. Da soll doch die Partei zu der Arbeit der Herren etwas sagen.

Wir haben also eine Reihe von Anregungen und wissen nun Bescheid. Wir können die Sache noch etwas ummodelln.

*Wackerzapp*: Wie steht es mit der Beteiligung der Vertreter der Saar auf dem Parteitag? Muß nach unserer Satzung der Bundesvorstand einen Beschluß fassen?

*Adenauer*: Verzeihen Sie, Herr Wackerzapp, wenn ich unterbreche. Das können Sie nicht wissen, was ich jetzt sage. Es sind durch Vermittlung von Herrn Lenz<sup>83</sup> Erörterungen im Gange, um eine Verschmelzung der beiden christlichen Parteien an der Saar herbeizuführen. Durch eine solche Verschmelzung würde unsere Sache außerordentlich erleichtert werden. Sonst kommt die CDU, und es kommt die CVP. Und was sollen wir dann tun? Daß wir den Herrn Hoffmann nicht aufnehmen können, ist klar, daß aber in der CVP auch anständige Leute sind, ist auch klar. Deswegen meine ich, sollten wir das mal der Entwicklung überlassen. Ich will Herrn Lenz mitteilen, er möchte die Verhandlungen möglichst beschleunigen. Wenn also vor dem Parteitag eine Verständigung zwischen den beiden Parteien erzielt wird, können wir sie zusammennehmen.

Übrigens hat der Herr Dr. Ney den Herrn von Brentano gefragt, ob er nicht zusammen mit ihm zum Papst gehen könne als offizieller Teilnehmer von der Delegation. Natürlich hat Herr von Brentano gesagt: Das tut mir sehr leid, aber es ist nicht möglich. Er hat damit gerechnet, daß dann auch der Herr Dr. Schneider kommen könne. Dr. Schneider ist auch Katholik. Bei der FDP sind übrigens katholisch der Herr Dehler, der Herr Mende, der Herr Blücher, der Herr Bucher<sup>84</sup> und der Fraktionssekretär Ungeheuer<sup>85</sup>, ein aus der katholischen Kirche ausgetretener Priester. (*Zimmer*: Ein verheirateter Kaplan.)

*Heck*: Das Parteistatut ist vom Bundesvorstand und von der Konferenz der Landesvorsitzenden bereits behandelt worden. Herr Wackerzapp hat diese Ausführungen schon einmal auf einer Sitzung des Bundesvorstandes gemacht. Der Vorstand hat damals einmütig die Auffassung vertreten, daß die Dinge, die Herr Wackerzapp moniert, wichtig seien, daß sie aber in einer Geschäftsordnung geregelt werden müßten. Die Statutenkommission ist beauftragt worden, dem Bundesvorstand eine Geschäftsordnung vorzulegen und sich zur Frage des rechtlichen Status der Partei zu äußern. Ich glaube daher nicht, daß wir diese Frage heute noch einmal im Bundesvorstand diskutieren sollten. Sie sind im Bundesvorstand und bei den Landesvorsitzenden schon einmal diskutiert worden.

---

83 In seiner Funktion als Vorsitzender des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie als Vorsitzender des Saarausschusses des Bundestages hatte Otto Lenz häufig mit Saarvertretern zu tun.

84 Ewald Bucher (geb. 1914), 1950 DVP/FDP, 1953–1969 MdB (1956–1961 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion), 1962–1965 Bundesminister der Justiz, 1965–1966 für Wohnungswesen und Städtebau.

85 Dr. Josef Ungeheuer (1901–1959), 1945 FDP, 1949–1959 Leiter der Pressestelle der Parteizentrale (nicht Fraktionssekretär).

*Adenauer:* Ich halte die Anregung, geheime Wahlen stattfinden zu lassen, für beachtenswert. Wie sollen die Wahlen stattfinden, öffentlich oder geheim? (*Kaiser:* Sie waren immer geheim. – *Zimmer:* Darüber gibt es ein ungeschriebenes Gesetz: Immer geheim! – *Wackerzapp:* Die Frage ist ungeklärt, ob mindestens die Hälfte der Stimmberechtigten dasein muß.) Es werden mehr als die Hälfte dasein. (*Wackerzapp:* Es könnte die Beschlußfähigkeit angezweifelt werden. Das liegt alles im dunkeln. Es könnten sich unter Umständen die Leidenschaften austoben, wenn auch bisher Windstille war.) Herr Wackerzapp, ich muß Herrn Heck folgen, daß wir heute nicht noch einmal die ganze Geschichte aufrühren können. Wir wollen das für das nächste Mal machen. Würden Sie damit einverstanden sein?

*Zimmer:* Zur Sozialreform sollen zwei bekannte Wissenschaftler sprechen. Ist es nicht richtig, daß wenigstens ein Sozialpolitiker, der in der CDU einen Namen hat, authentische Ausführungen dazu macht? Die Öffentlichkeit erwartet von uns authentische Erklärungen der Partei zur Sozialreform.

*Adenauer:* Wollen Sie einen nennen! (*Zimmer:* Es gibt eine Reihe!) Dann nennen Sie ein paar! (*Zimmer:* Ich bin nicht autorisiert. Es gibt aber eine Reihe erstklassiger Leute.) Das ist leider nicht der Fall, Herr Zimmer. (*Zimmer:* Vielleicht wird Freund Kaiser jemand vorschlagen können.) Wir haben das Thema in diesen Tagen besprochen. Herr Krone hat mit Recht geklagt, daß in der Fraktion nur noch sehr wenige Herren sind, die die Sozialpolitik des alten Stils – so will ich sie nennen – beherrschen. Wir haben aber keinen da, der die neue Sozialpolitik beherrscht. Und wir wollen doch etwas anderes. Nun sollen die Herren Neundörfer und Collmer etwas vortragen. Wie ich hörte, ist Herr Collmer ein ausgezeichnete Mann. Er hat auch mitgearbeitet. Herr Neundörfer ist katholisch und Herr Collmer evangelisch. (*Zimmer:* Ich bezweifle nicht die sachliche Legitimation der Herren. – *Gerstenmaier:* Er ist nur Sozialphilosoph!)

*Zimmer:* Die Öffentlichkeit erwartet Ausführungen von einem Sozialpolitiker der Partei, Herr Bundeskanzler. Das sind die beiden doch nicht. Vor zwei Jahren hat Herr Arnold gesprochen. Wenn Herr Arnold ein Kolleg dieser Art halten könnte, dann würde das in der Öffentlichkeit gut ankommen.

*Adenauer:* Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich etwas sage, ich will Ihnen nicht wehe tun, aber ich habe es selbst bis vor wenigen Tagen nicht gewußt, was ich jetzt sage. Es ist eine solche Fülle an neuem Stoff vorzutragen, das kann weder Herr Arnold noch sonst jemand. Ich könnte das auch nicht; denn der ganze Bezirk der sozialen Frage ist wesentlich anders geworden.

*Heck:* Die Vorstellung der Herren ist nicht ganz richtig. Ein Arbeitskreis hat ein Jahr lang gearbeitet, und es ist nicht notwendig, daß wir einen prominenten Vertreter der CDU über die Sozialreform sprechen lassen. Ich kann auch dem Herrn Arnold nicht zumuten, auf dem Parteitag das vorzutragen, was in einem Arbeitskreis vorher erarbeitet worden ist. Herr Collmer ist Mitglied dieses Arbeitskreises. (*Zimmer:* Das ist natürlich etwas anderes! Er soll also die Ergebnisse des Arbeitskreises mitteilen!)

*Wackerzapp:* Noch etwas zur Sozialreform! In Kreisen der privaten Sparer ist man der Meinung, daß wir in eine soziale Versorgung hineinkommen, die das Interesse und den Ansporn, aus eigener Kraft für seinen Lebensabend zu sorgen, sehr verkümmern lassen wird. Wenn das Geld der Sozialrentner auf 60 Prozent des Lohnes festgesetzt wird, besteht kein Interesse mehr, sich etwas hinzuzuverdienen. Ich will diese Sorgen der Kreise vortragen, daß die Sozialrente wertbeständig gemacht wird, während eine Vorsorge für die Wertbeständigkeit der Sparguthaben nicht getroffen wird. Ich weiß nicht, ob man eine positive Lösung für dieses Problem in Aussicht genommen hat.

*Adenauer:* Es ist nicht richtig, daß die Renten den Löhnen angepaßt werden sollen. Das ist leider zuerst in die Presse gebracht worden, und jetzt klagen die Leute darüber. Es handelt sich um etwas anderes. Es sollen der Arbeiter, der Angestellte oder wer es ist, auch die freien Berufe, die in dieser Versicherung sind und dafür laufend Beiträge bezahlen, an der Produktivität der Wirtschaft und an der Hebung ihres Standes dadurch teilnehmen, daß alle fünf Jahre nachgeprüft wird, ob die Rente noch angemessen ist, und je nachdem soll sie erhöht oder nicht erhöht werden.

Zu dem Thema der Sparer möchte ich sagen, Sie können nicht eine absolute Parallele ziehen. Der Sparer bezieht doch, während er arbeitet, Zinsen. Der Sozialrentner bezieht während seiner Arbeit nichts davon. Das ist ein sehr großer Unterschied. Ich bestreite nicht, daß bei der andauernden Entwertung der Kaufkraft des Geldes, und zwar in allen Ländern der Welt, der Sparer genau wie derjenige, der eine Hypothek einem Gläubiger gegeben hat, nicht das zurückbekommt, was er gegeben hat. Aber das war immer so, und es ist unmöglich, auf dem ganzen Gebiet der Wirtschaft und des Lebens eine Einrichtung zu treffen, daß jeder, an der Kaufkraft gemessen, das zurückbekommt, was er als Darlehen in irgendeiner Form hergegeben hat. Ich glaube, damit können wir den Punkt 2 als erledigt betrachten.

*Heck:* Es wäre gut, wenn der Bundesvorstand und der Bundesparteiausschuß noch vor dem Parteitag zusammentreten könnten, um sich mit den Vorschlägen der Sozialreform zu beschäftigen, ehe die Vorschläge dem Parteitag vorgelegt werden.

*Adenauer:* Ich halte den Vorschlag von Herrn Dr. Heck für undurchführbar. Die Materie ist so kompliziert und umfangreich, daß der Vorstand unmöglich in einer Sitzung dazu eingehend Stellung nehmen kann. Das kann er einfach nicht. (*Heck:* Das Parteistatut soll im Parteiausschuß behandelt werden, damit es im Plenum des Parteitages verabschiedet werden kann.) Ich würde vorschlagen, daß wir in Stuttgart eine Sitzung des Parteiausschusses machen. Den Parteiausschuß um die Osterzeit allein zu der Frage des Parteistatutes hierherzubekommen, halte ich nicht für möglich.

*Gratl:* Man schafft das vorher nicht mehr. Man sollte den Donnerstag mehr ausfüllen. Wir sollten die Sitzung des Bundesvorstandes auf 11 Uhr verlegen und die Sitzung des Parteiausschusses auf 3 oder 4 Uhr legen. Wir brauchen einen Abend, um mit den Delegierten über den Parteitag zu sprechen, damit alles diszipliniert vor sich geht und nicht wild durcheinandergeredet wird.

*Adenauer:* Ich verstehe Sie dahin, daß eine Sitzung des Parteiausschusses nicht um 19 Uhr stattfinden soll. (*Gradl:* Ich würde sagen, am Vormittag den Vorstand, am Nachmittag den Parteiausschuß, und dann ist der Abend frei.) Um 11 Uhr haben Sie den Vorstand nicht zusammen. Ich würde vorschlagen, um 15 Uhr Parteivorstand und um 16 Uhr Parteiausschuß. (*Heck:* Herr Bundeskanzler, das ist zu kurz, eine Stunde! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Über die Wahlen sollten wir zuerst in einem engen Kreis sprechen, z.B. über die Frage des stellvertretenden Vorsitzenden evangelischer Konfession. Das ist eine Frage sehr delikater Natur. Es muß zunächst eine Verständigung unter den evangelischen Freunden erfolgen. (*Kaiser:* Kann das nicht vorher erledigt sein?) Wir kommen nicht vorher zusammen. Der Evangelische Arbeitskreis hat nicht darüber zu entscheiden, zu entscheiden haben darüber die evangelischen Mitglieder des Parteitages. Wir können es nicht so machen, daß der Vorstand und der Evangelische Arbeitskreis zusammen etwas vorschlagen, und die anderen haben dann den Mund zu halten und einfach zu wählen. Ich bin der Auffassung, wir finden sicher eine Stunde für den Parteivorstand. Ich nehme nicht an, daß alle Parteivorstandsmitglieder ständig von einem Arbeitskreis zum anderen laufen. (*Gerstenmaier:* Ich würde vorschlagen, um 15 Uhr Sitzung des Bundesvorstandes und um 17 Uhr Sitzung des Parteiausschusses.)

Gut, damit sind Sie einverstanden! Ich schlage noch vor, daß Herr Gerstenmaier mit Herrn Heck etwas für die Presse ausarbeitet.<sup>86</sup>

Dann darf ich die Sitzung schließen und Ihnen allen herzlich danken, daß Sie bis zum Schluß ausgehalten und so viel Geduld aufgebracht haben.

---

<sup>86</sup> Vgl. UiD vom 14. März 1956.